

# Arbeiter

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 1,20 Mark pro Monat,  
 eingetragene in der Post-Belegungs-  
 Liste für 1900 unter Nr. 7878.  
 Unter Kreuzband für Rußland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erhältlich täglich außer Montags.

#### Die Infections-Gefahr

beträgt für die hochgepöhlte Kolonien-  
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Vereine  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,  
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (nur das erste Wort frei). Inzerate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 11 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.  
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonntag, den 19. Januar 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.  
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

### Das „Stiefkind“ des Staates.

Im Jahre 1897 gaben die Nationalliberalen  
 oder, wie Sigi sie nannte, die Nationalmiserablen ein offizielles  
 „Handbuch“ heraus, dessen Existenz ihnen jetzt, wo sie fast  
 ausnahmslos in das Lager der Brotwucherer abgeschwenkt  
 sind, sehr unangenehm sein dürfte. Das Handbuch springt  
 nämlich mit den jetzigen Bundesgenossen der National-  
 liberalen, den Agrariern, gar nicht zimperlich um,  
 es sagt ihnen verächtlich unangenehme Wahrheiten ins Gesicht  
 und bringt eine stattliche Reihe von gewichtigen Argumenten  
 gegen die Erhöhung der Getreidezölle. Ganz besonders aber  
 nimmt es die agrarische Unverschämtheit und Unerfährlichkeit  
 mit einer Energie auf das Korn, die man dem lendenlahmen  
 Nationalliberalismus gar nicht zutrauen sollte. Dabei stellte  
 es unter andern alle die staatl. Hilfen, die der  
 Landwirtschaft schon bis 1897 sowohl vom Reiche, wie  
 auch von der preussischen und bayerischen Regierung  
 nach und nach zu teil wurden, zusammen. Wir wollen hier-  
 mit den wichtigeren Teil dieser schier endlosen Liste  
 wiedergeben.

Hinsichtlich des Reiches und Preußen heißt es im  
Handbuch:

Dem ungünstigen Einfluß der Börsen auf die Preisbildung  
 der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ist gesteuert — Die Reform des  
 Branntweinsteuer-Gesetzes hat den Brennereibetrieb als  
 Nebengewerbe des landwirtschaftlichen Betriebes gegenüber  
 dem rein gewerblichen Betrieb begünstigt, die Brennerei selbst  
 und mit ihr vor allem der Kartoffelbau der weiten  
 Sandfläche des Ostens nach Möglichkeit auf dem Niveau der  
 Rentabilität erhalten und die Ausfuhr erleichtert. —  
 Ingleichen ist durch Kontingenterung und Steuererlass im veränderten  
 Zuckerenergiegesetz der Rübenbau geschützt und die Konkurrenz-  
 fähigkeit des Rübenzuckers am Auslandsmarkt durch Prämien  
 gewährleistet. — Der Identitätsnachweis ist beseitigt.  
 Der Osten genießt seitdem etwa denselben höheren Preis am Inland-  
 markt wie der Westen. — Der Zolltarif für den Getreide-Impor-  
 teur ist auf die Hälfte eingeschränkt, die gemischten Trans-  
 porttarife sind, wo sie nicht vorwiegend nur dem Durchgangsverkehr  
 dienen, wieder beseitigt. — Die Novelle vom 12. März 1894  
 hat den Unterstufungswohnort nach dem Wunsch des  
 platten Landes anderweitig geregelt. — Die Gewerbe-  
 novelle von 1896 verbietet den Hausierhandel mit  
 Bäumen, Sträuchern, Blumen- und Gemüsesamen usw. und läßt  
 zu, daß der Hausierhandel mit Vieh und Geflügel beschränkt  
 oder verboten wird, wenn Schenkelverschleppung zu befürchten  
 ist. — Die Arbeiter aus Rußland-Polen werden zu vorübergehender  
 Beschäftigung wieder zugelassen, damit der Arbeitermangel im Osten  
 überwunden werden kann. — Für die Verbringung der Stundlohn-  
 mit Wollereiprodukten an Sonn- und Feiertagen sind die Vor-  
 schriften über Sonntagsruhe gemildert. — Ein Margarine-  
 gesetz war dem Reichstag vorgelegt, das den berechtigten Wünschen  
 nach schärferen Mitteln gegen den unlauteren Wettbewerb auf diesen  
 Gebieten entsprach. — Die Steuerreform in Preußen hat den  
 ländlichen Besitz um eine Leistung von insgesamt  
 20 Millionen Mark jährlich entlastet. Die Kommunal-  
 steuer-Reform hat überdies Gelegenheit geboten, die Kosten derselben  
 so weit zu verschärfen, daß immerhin manches Steuer-  
 prozent auf den Gewerbebetrieb, auf Fabriken z. ab-  
 gewälzt werden konnte, welches bis dahin den Grund und Boden  
 belastete.

Die neue Stempelsteuer hat gerade die Grundbuch-  
 Gebühren ermäßigt, die Kauf- und Lieferungsverträge  
 über eigne Produkte des Verkäufers befreit. Der  
 Staat trägt zu den Volksschulkosten infolge der Gesetze von 1888 ff.  
 jährlich 28,8 Millionen bel, wovon nur 19,6 Millionen auf das  
 platte Land entfallen! Widerständige Beihilfen an leistungs-  
 unfähige Schulverbände gewährt der Staat seit 1891/92; sie betragen  
 5,8 Millionen und stehen natürlich ganz allein dem platten Lande  
 zu. Außerdem werden dem platten Lande 11,5 bis 12 Millionen  
 jährlich zur Schreiebefreiung, zu Volksschulbauten z. zugewendet.  
 — Von den 517 Millionen, die seit 1887 zu neuen Eisenbahn-  
 bauten bewilligt wurden, kommen 206 Millionen auf die öst-  
 lichen Provinzen. — Billige Eisenbahntarife sind  
 für den platten Lande gewährt für den Bezug seiner Wege-  
 bau-Materialien und für die Anfuhr von Getreide und Mehl, wie  
 von Spiritus und Stärfestoffen nach den Seehäfen, für die An-  
 fuhr von Zucker und Spiritus nach der Schweiz und der unteren  
 Donau z.; der sogenannte Rohstoff-Tarif, also überhaupt der  
 billigste, gilt für seine Rohenerzeugnisse (Kartoffeln, Rüben,  
 Rübenschnitzel); 20 Proz. Ermäßigung genießen alle Dingen-  
 mittel; der Staffeltarif gilt für den Viehtransport der östlichen  
 Provinzen über Berlin hinaus. — Das Kaschubikat, dem auch die  
 staatl. Gruben angehören, hat, auf Drängen der Regierung  
 für Kaschubigebieten den Preis für Kaschubigebieten herabgesetzt und  
 ermäßigt den Preis mit der Entfernung des Bezugsortes. — Der  
 Landtag hat 3 Millionen bewilligt, damit auf fiskalischem Boden  
 Kornhäuser (Silos) errichtet werden. — Alle Behörden, namentlich  
 die Heeresverwaltung, sehen darauf, daß Getreide, Heu,  
 Stroh usw. im direkten Anlauf von den Produzenten  
 erworben werden. — Im Bürgerlichen Gesetzbuch sind nach  
 den Vorschlägen des Landes-Oekonomienstimmungs zahlreiche Einzel-  
 bestimmungen im Interesse der Landwirtschaft auf-  
 genommen. Zur Unternehmung der Wasserwerke in den der  
 Ueberflutung ausgesetzten Flußgebieten ist seit 1892 ein Hoch-  
 wasser-Ausschub bestellt. — Behufs Förderung von Meliorationen  
 sind seit 1891 (nach Ausschreibung der Ausgaben für das Personal)  
 27,1 Millionen Mark aufgewendet worden, davon 20,1 für die  
 ostpreussischen Provinzen. — Die Zuwendungen an die land-  
 wirtschaftlichen Vereine für Schulen, Ausstellungen,  
 wesen usw. für die Pferde-, Viehzucht, das Wollereiwesen,  
 Garten-, Obst- und Weinbau und für die Landeskultur im all-  
 gemeinen, für die Fischerei usw. sind in außerordentlicher  
 Weise vergrößert. Alles in allem befreiten sich diese Auf-

wendungen der land- und forstwirtschaftlichen Verwaltung Preußens  
 Ende der achtziger Jahre auf 4, jetzt auf 7,25 Millionen jähr-  
 lich. Die Abwehr der Viehseuchen, der Viehplauge usw. wird  
 ohne alle Rücksicht auf die Kosten betrieben.“

#### Betreffs Bayern sagt das Handbuch u. a.:

Der Darlehensklassen-Verband (Landesverband) ist  
 begründet worden, für die Revision und Begründung hat der  
 Staat einen Zuschuß geleistet. Der Verband umfaßt 806,  
 die Centraldarlehensklasse 660 Darlehensvereine; ihr Umsatz betrug  
 1898 29 1/2 Millionen. Der Landwirt findet nun überall rasch, billig  
 und meist an seinem Wohnorte selbst Personalcredit je nach seiner  
 Leistungsfähigkeit. Für die neubegründete Viehvermehrung hat der  
 Staat bedeutende Zuschüsse gegeben, eine Million einmalig,  
 40000 Mark jährlich. Die Landeskultur-Deputation  
 anhalt hat über 2 Millionen Mark Darlehen zu Meliorations-  
 zwecken gegeben und setzt den Zuschuß von 4 1/2 auf 9 1/2, herab.  
 Das Kriegsministerium hat mit Erfolg die Provinzialämter  
 zum direkten Einkauf von den Landwirten angehalten.  
 Demnächst wird überhaupt nur noch von den Genossenschaften bezw.  
 aus den Korn-Lagerhäusern gekauft. Für Errichtung von  
 solchen Lagerhäusern, deren das rectorische Bayern  
 anfangs 1899 schon acht, zur Zeit elf hat entstehen lassen,  
 sind vom Staat je nach Bedürfnis Zuschüsse  
 à fond perdu und unverzinsliche Darlehen  
 gegeben worden. Ein Landesinspektor für die Tier-  
 zucht ist angestellt, er hat 1898 über 30 Vorträge gehalten  
 und 181 Reisen im Lande unternommen; außerdem sind (Bezirks-)  
 Inspektoren für die Genossenschaftsbezirke Kitzau und Wiesbad  
 angestellt, desgleichen im Anschluß an den landwirtschaftlichen Verein  
 ein Konsulent für Wollereiwesen. Unter Dr. Baumanns Leitung  
 ist die Moorkultur-Kommission in voller Arbeit. — Es  
 werden in Landshut, Weihenstephan und Triesdorf Baum-  
 wasserkurse abgehalten, in den andern Kreisen hat das  
 Institut der Wanderlehrer für Obst- und Garten-  
 bau sich bewährt und soll mit 10000 M. mehr unter-  
 stützt werden.“

So sieht also die stiefmütterliche Behandlung, die der  
 Landwirtschaft vom Staat zu teil wird, aus! Die Gesetz-  
 gebung, der Verkehr, die Steuern, kurz alles wird zu Gunsten  
 dieses sonderbaren Stiefkinds zurechtgeschitten, die Millionen  
 werden ihm nur so in die Taschen gesteckt. Der jährliche  
 Steuernachschuß allein, der der Landwirtschaft in Preußen  
 gewährt wurde, beträgt 20 Millionen und kommt der Summe  
 gleich, die das gesamte Reich z. B. 1896 für die Arbeiter-  
 versicherung verwendete. Aber die Millionen und Millionen  
 die den Agrariern aus dem Säckel der Allgemeinheit geschenkt  
 werden, genügen den Junkern und Junkerengenossen doch nicht.  
 Auch der höchste Brotwucher wird ihr Schreien nicht zum  
 Schweigen bringen. Sie werden weiter fordern, fordern,  
 fordern! Und die Nationalliberalen sind heute die Hörigen  
 der Junker.

### Politische Ueberblick.

Berlin, den 18. Januar.

#### Der Reichstag.

setzte am Sonnabend vor noch schlechter als am Freitag be-  
 fehlten Vänten die Verhandlungen über die Rotstands-  
 Interpellation fort. Die Debatte trug einige sehr  
 charakteristische Züge. Eine Rede des Grafen Kanitz leitete  
 sie ein, die den Beweis erbrachte, daß dieser Agrarphilosoph  
 in der Beurteilung der Arbeiterfrage über den Standpunkt  
 der bürgerlichen Kinderfibel-Weisheit noch nicht hinaus-  
 gekommen ist. Er bekam es fertig, den Arbeitern als Mittel  
 gegen die Wirkungen der Arbeitslosigkeit erhöhte Sparsamkeit  
 in den Zeiten der Hochkonjunktur zu empfehlen. Vermehrte  
 Sparsamkeit würde natürlich nichts anderes bedeuten  
 als Einschränkung des Konsums und damit Ver-  
 schleppung der Absatzkurve. Der Teufel würde durch  
 Weelgebur vertrieben werden. Ebenso einseitig war die  
 Gegenwarts des Redners gegen eine Arbeitslosen-Versicherung  
 mit Unternehmerbeiträgen. Er gab dem Geschrei unserer  
 Industriearbeiter über die unerhörten socialpolitischen Lasten,  
 die sie jetzt schon zu tragen haben, recht und stellte die kühne  
 Behauptung auf, daß die Landwirtschaft, die doch in ihrer  
 vorgeschrittensten Form immer mehr zum Saisonbetrieb wird,  
 Arbeitslosigkeit überhaupt nicht kenne. Selbst die bescheidene  
 Forderung einer Centralisation der Arbeitsnachweise ging ihm  
 zu weit. Staatshilfe durch das Reich oder die Einzelstaaten  
 will er ausschließlich auf die notleidenden Landwirte beschränkt  
 wissen: für die Arbeitslosen Arbeiter reichen ihm die Bettel-  
 pfennige der kommunalen Armenpflege völlig aus. Sonst  
 brachte die Rede noch ein Plaidoyer für den neuen Zolltarif,  
 für Kampfschiffe gegen Amerika und für Maßnahmen gegen  
 die Syndikate.

Für die Nationalliberalen sprach ihre Autorität in Fragen  
 der socialen Versicherungs-Gesetzgebung, Herr Hofmann-  
 Dillenburger. Er war ehrlich genug, die Machtlosigkeit der  
 bürgerlichen Gesellschaft gegen die Krisen einzugehen. Für  
 eine Centralisation der Arbeitsnachweise war er zu haben und  
 wenn er auch erst genaue statistische Unterlagen verlangte, so  
 ist er doch kein absoluter Gegner einer Arbeitslosen-Versicherung,  
 die er sich in Anlehnung an die Berufsgenossenschaften auf-  
 gebaut denkt. Verunzert wurde die Rede durch einige thörichte  
 Bemerkungen über die angebliche Antipathie der Social-  
 demokratie gegen die Frauenarbeit. Gegen ein Arbeits-  
 ministerium führte der Redner den merkwürdigen Grund ins  
 Feld, daß es mit der Verfassung im Widerspruch stünde.

Zubeil hatte gestern auf die Arbeiterentlassungen des  
 sächsischen Eisenbahnstaus hingewiesen. Der sächsische Gesandte  
 Graf v. S o h e n t h a l hatte sich telegraphisch eine Verächtigung  
 beim sächsischen Finanzminister bestellt, die er verlas. Aber  
 die Verächtigung b e s t ä t i g t e im wesentlichen die Behauptung  
 unfres Redners.

Eine höchst merkwürdige Rede hielt der Oberagrarter  
 G a m p, der neben Kardorff jetzt das Stummische Häufchen  
 führt. Sein verstorbener Freund muß sich während des ersten  
 Teils dieser Rede im Grabe umgedreht haben, aber der zweite  
 Teil wird ihm wieder zur richtigen Lage verholfen haben.  
 Herr Gamp entwickelte seine persönlichen Anschauungen —  
 wie er ausdrücklich betonte — über die Arbeitslosigkeit und  
 ihre Bekämpfung. Er setzte sofort damit ein, unsrem Genossen  
 Zubeil unverlangtes Lob zu spenden und von dem wohl-  
 thuenenden Gegensatz seiner ruhigen und sachlichen Art zu den  
 Reden anderer Socialdemokraten zu sprechen. Dann öffnete  
 er sein socialreformerisches Herz. Welche Wendung! Vertreter  
 der verhassten Arbeiterorganisationen sind Herrn Gamp bei der  
 Feststellung des Umfangs der Arbeitslosigkeit genehm. Selbst  
 die Gewerkschaften sind berechtigt, wenn sie Arbeitslosen-  
 Versicherung treiben. Für Herrn Gamp steht es fest, daß  
 Arbeitslosigkeit in großem Umfang besteht, und er klagt das  
 Reich und die Einzelstaaten an, daß sie nicht längst plan-  
 mäßig gegen die Arbeitslosigkeit vorgegangen sind. Besonders  
 scharfe Worte fand er gegen das Verhalten der freimüthigen  
 Mehrheit in der Gemeindeverwaltung von Frankfurt a. M.:  
 nur ihre Pflichtverwahrung habe zu Katastrophen geführt. So  
 weit, so gut. Als wollte er die Zustimmung von sich ab-  
 schütteln, die seine Bemerkungen über die Frankfurter Pluto-  
 kratie auch in unsern Reihen gefunden hatte, ging Herr Gamp  
 nun ins Zeug, um seiner Empörung über die Socialreform Lust  
 zu machen. Jeden Fabrikinspektor betrachtet er als persönlichen  
 Gegner des Unternehmers, die Arbeiterausbeutung ist  
 ihm ein Dorn im Auge. An der Krisis trägt die Ablösung  
 des persönlichen Regiments der Fabrikpatriarchen à la Stumm  
 durch Aktiengesellschaften die Hauptschuld. So enthielt Herr  
 Gamp sein positives Programm, das in dem Vorschlag aus-  
 klang, die Konzentration der Arbeiter in den Großstädten  
 müsse verhindert und die Arbeiter wieder seßhaft gemacht  
 werden. **Anebelgesehe gegen die Freizügigkeit**, das war  
 seiner Weisheit letzter Schluß.

Es sieht wirklich so aus, als wenn in den Kreisen der  
 Regierung die Frage einer Beschränkung der Freizügigkeit,  
 worauf die agrarische Mehrheit des preussischen Ge-  
 ordnetenhauses seit Jahren hinarbeitet, den Gegen-  
 stand heftiger Erörterungen abgiebt. Zwei Richtungen  
 scheinen sich dabei zu bekämpfen, und es hat  
 ganz den Anschein, als wenn die Ironie der Geschichte gerade  
 den Grafen Posadowsky zum Bannerträger einer antipoli-  
 tischen Auffassung getrieben hätte. Nur so läßt sich die auffällige  
 Schärfe und Energie der Polemik erklären, die der Staats-  
 sekretär des Innern gegen Herrn Gamp für nötig hielt. Er  
 wandelte ihn ab, wie einen Schulbuben und erklärte mit  
 höchst erfreulicher Deutlichkeit, daß eine Reform der Armen-  
 gesetzgebung von den Verbündeten Regierungen niemals  
 mittelbar oder unmittelbar dazu benutzt werden würde, um  
 die Freizügigkeit zu beschränken. Der Arbeiter müsse unbeschränkt  
 sein in seiner freien Bewegung. Unsere Fraktion  
 unterstrich diese Bemerkung, die im Widerspruch zu so manchen  
 Thesen des Grafen Posadowsky steht, gern durch ihren  
 Beifall.

Die weitere Debatte trat an Interesse wesentlich zurück.  
 Herr L e u z m a n n von der freimüthigen Volkspartei benutzte  
 seine Fähigkeit im Augenblick über alle Dinge und einige  
 andre zu reden dazu, für seinen verhinderten Kollegen Fisch-  
 bed einzuspringen. Munter plätscherte er in allen Gewässern,  
 besonders aber im Mitteländkanal umher. Zur Sache selbst  
 konnte er nur mit einigen unerlaubt fachen Bemerkungen  
 beitragen. Die Industriellen sind durchaus nicht herlos.  
 Die Arbeitslosen bestehen zum Teil auch aus Leuten, die  
 nicht arbeiten wollen; eine wunderbare Harmonie vereinigt  
 Unternehmer und Arbeiter. Was aber gegen die Arbeits-  
 losigkeit gelhan werden könnte, das, meinte Herr Lenz-  
 mann, sei schwer zu sagen.

Die Rede des agrarischen Dr. S a h n stand auf gleicher  
 Höhe. Nur sagte er immer dort Bismarck, wo Lenzmann  
 Caprivi gesagt hatte. Anerkennenswert war nur die Offen-  
 heit, mit der er als Ergänzung der Arbeitslosen-Versicherung  
 den zweiseitigen Transport der Arbeitslosen in die Gesilde  
 Ostpreußens verlangte.

Am Montag geht die Debatte weiter. Vorher soll der  
 Antrag Krendt, der die Regierung ersucht, im Nachtragsetat  
 die Mittel für die Kriegsinvaliden bereit zu stellen, seine kurze  
 Erledigung finden. —

#### Die Altendekener Eisenbahn-Katastrophe vor dem Landtage.

Im Abgeordnetenhaus stand am Sonnabend die Inter-  
 pellation v. S a v i g n y (Chr.) zur Besprechung: Welche Ma-  
 ßnahmen haben zu dem so beklagenswerten Eisenbahnunglück  
 am 20. Dezember v. J. bei Altendeken geführt, und welche  
 Maßnahmen sind getroffen oder geplant, um die Wiederkehr  
 solcher Vorkommnisse thunlichst zu verhindern?  
 Wer etwa erwartete, die Interpellation würde zu einer  
 Kritik der Thielen'schen Eisenbahnpolitik, insbesondere seines  
 Sparsystems führen, der wurde bitter enttäuscht. Wenn irgend

Er, so kann der Minister mit dem Gang der Debatte zufrieden sein, und fast könnte es den Anschein gewinnen, als sei die Interpellation nur aus dem Grunde eingebracht, weil einige Herren das Bedürfnis fühlen, der Regierung wieder ihr Vertrauen auszudrücken. Der Begründer der Interpellation, Herr von Savigny, gab zwar zu, daß die Blockwörter zu überlastet und infolge des niedrigen Gehalts auf Nebenbeschäftigung mit Landwirtschaft angewiesen seien; auch warnte er davor, an den nötigen Einrichtungen für die Betriebsfähigkeit zu sparen, aber im großen und ganzen glich seine Rede einem Loblied auf die Eisenbahnverwaltung.

An Stelle des ernstlich erkrankten Ministers Thelen beantwortete Unterstaatssekretär Fied die Interpellation. Natürlich trifft die Verwaltung kein Vorwurf; alles ist in bester Ordnung, verantwortlich ist nur der Blockwörter, gegen den ein gerichtliches Verfahren schwebt. Im übrigen werde die Regierung nach wie vor alles zur Sicherung des reisenden Publikums thun.

Die meisten Redner, die zu der Interpellation sprachen, äußerten sich in ähnlichem Sinn wie der Interpellant; nur der konservative Abg. v. Arnim glaubte noch ein übriges thun und die Verwaltung gegen den von dem Abg. Funk (fr. Wp.) gegen sie erhobenen Vorwurf unangebrachter Sparsamkeit in Schutz nehmen zu müssen. Im einzelnen schlug Abg. Humann (C.) die Besetzung der Blockstationen mit zwei Beamten vor, während Abg. Osthaus (natl.) eine schärfere Kontrolle der Blockwörter, Bahnwörter und Lokomotivführer empfahl und eine Verkürzung des Dienstes für Blockwörter anregte.

Am Montag steht die Interpellation betreffend die ungerechtfertigte Verhaftung des Kaufmanns Kuhlentkamp und die lex Adices auf der Tagesordnung.

### Stoel Wahreden.

Paris, 15. Januar. (Sig. Ver.) Die von Waldeck-Rousseau und Millerand gehaltenen Reden verfolgen, jede auf ihre Weise, den gleichen Zweck — im Beginn des Wahlkampfes die Stellung der Redner vor dem Lande bezw. vor ihrer Parteirichtung zu präzisieren.

Und siehe da! Der Ministerpräsident hat nichts weiter zu bieten als eine Verherrlichung seiner 2 1/2-jährigen Regierung. Seine Rede, die einem Wahlprogramm gewidmet wäre! Nur ein taktischer Appell an die Disziplin der Republikaner, um aus den Neuwahlen eine republikanische Mehrheit hervorgehen zu lassen, die von jeglichen „verdächtigen Einwirkungen“ frei wäre. Was aber diese „konzentrierte“ Mehrheit zu thun haben wird, davon schweigt der Redners Diplomat oder Skeptizismus. Mit Recht wird daher Waldeck-Rousseaus Rede als ein „politisches Testament“ bezeichnet; das allerhöchste Ministerium scheint bestimmt mit dem Tode zu rechnen, welches auch der Ausgang der Neuwahlen sein mag. Für das Programm der neuen Mehrheit sollen also die Nachfolger sorgen.

Im Gegensatz zur Rede des Ministerpräsidenten, an der das Verschwiegenen am interessantesten ist, interessiert Millerands Rede durch das von ihm ausgesprochene. Es ist eine regelrechte theoretische Begründung des Ministerialismus vom Standpunkte eines ganz eigenartigen „Socialismus“, dem der Begriff des Klassenkampfes und was daraus folgt, völlig fremd ist. Demgegenüber klingt es wie unfehlbare Ironie, wenn Millerand seine Vereinsthätigkeit erklärt, sich jederzeit den „Entscheidungen der socialistischen Partei“ zu fügen. Hat er doch an dieser Vereinsthätigkeit schon seit dem Pariser Internationalen Kongress, der allerdings indirekt, aber deutlich genug sein Verbleiben im Ministerium mißbilligt hat. Und selbst der Lyoner Kongress hat ja erklärt, daß Millerand „in keinem Augenblick den Socialismus in der Regierung vertreten hat“. Nicht minder bezeichnend ist ferner, daß die schlimmen Erfahrungen seiner Ministerthätigkeit ganz wirkungslos an Millerands „Socialismus“ abgeprallt sind. Alles das, was bürgerliche Eintradikale, wie Pelletan und Clemenceau, dem Ministerium als einen Verrat an der Demokratie, an der bürgerlichen Demokratie, vorwerfen, nimmt Millerand namens seines „Socialismus“ ruhig in den Kauf! ... Danach ist nicht zu verwundern, daß ihm die nennliche herbe Kritik seines früheren Freundes, des socialistischen Abgeordneten Viviani, der ihn bereits mit „Herr“ anredet, ganz last läßt, oder vielmehr ihn nur dazu mit angepornt hat, sein jähes Widersetzen im Ministerium durch theoretisch-taktische Erwägungen zu rechtfertigen.

Nichts macht so blind gegen die handgreiflichsten Thatsachen, wie eine falsche Doctrin. Dornis allein ist zu erklären, daß Jaurès die letzten Reden von Waldeck-Rousseau und Millerand in überaus günstigen Sinne sieht. Der erstere soll nach Jaurès gezeigt haben, daß er nicht daran denke, seine Unsterblichkeit durch eine „zweideutige“, teils aus „reinen Meinungen“ bestehende Mehrheit zu ersetzen. Gewiß v e t Waldeck-Rousseau sehr nach links, aber seine reaktionären G a n d l u n g e n haben ja nichtsdestoweniger einen Teil der Meinungen „reul“ gemacht. Millerand aber soll nach Jaurès noch niemals sich als Minister so „deutsch“ zum Socialismus bekannt haben, wie in seiner letzten Rede: „Am Vorabend der Neuwahlen legt er Zeugnis ab für die Grundzüge und die Aktion unserer Partei. Er verkündigt, daß unser Ziel darin besteht, alle Bürger durch ihre Beteiligung am gesellschaftlichen Eigentum mit der ökonomischen Macht zu versehen, ohne welche es keine Freiheit giebt“. Das heißt ja wohl sich zum Kollektivismus bekennen,“ so schreibt Jaurès in der „Petite République“. Nun mag es ja sehr nett von Millerand sein, daß er am Ende seiner ministeriellen Laufbahn (und selbstverständlich mit der Erlaubnis des Ministerpräsidenten, wenn auch in dessen Abwesenheit!) und am Vorabend seiner Wahlkampagne sich so „deutsch“, wenn auch in sehr vorläufiger Form, des „gesellschaftlichen Eigentums“ entkommen hat. Wenn er aber in der gleichen Rede des Klassenkampfes so gründlich verzicht, daß ihm die „socialistische Partei“ nur noch zu einem Bestandteil der „republikanischen Partei“ herabsinkt, mit der sie in einem fort die „schweren gouvernementalen Verantwortlichkeiten“ innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft zu teilen hat, — wo bleibt dann der Socialismus, wie ihn die internationale Socialdemokratie versteht? ...

Für die inneren Verhältnisse des französischen Socialismus bedeutet Millerands Rede und besonders deren Billigung durch Jaurès eine Vertiefung der Kluft, die die beiden socialistischen Lager trennt, wenn nämlich der Kongress zu Tours sich nicht dazu aufrafft, rücksichtslos mit dem verbürgerlichen „Kuch-Socialismus“ zu brechen.

P. S. In meiner letzten Korrespondenz (Nr. 9 des „Vorwärts“) ist der Inhalt des alamanischen Manifestes (Seite 2, dritte Spalte, oben) wie folgt richtig zu stellen: „Triumph unserer socialistischen Ideen auf dem Wege der in den autonomen Föderationen zusammengefaßten gewerkschaftlichen, politischen und genossenschaftlichen Organisation.“ Die Worte „politischen und genossenschaftlichen“ sind infolge des Druckfehlers fortgelassen.

### Die Abfertigung Bälows.

Die Abfertigung, die die englische Regierung durch Lord Balfour am Freitag dem deutschen Reichskanzler erteilt hat, übertrifft durch ihre außerordentliche Schärfe.

Lord Balfour erklärte nicht nur, daß das englische Kabinett sich mit den Reden Chamberlains vollständig solidarisch fühlte, sondern sie verlesse Herrn v. Bälows noch obendrein einen empfindlichen Rasenstüber. Der englische Minister stellte nämlich ausdrücklich fest, daß Chamberlains Rede, deretwegen Bälows Chamberlain von oben herab schubdeln zu müssen geglaubt hatte, nicht nur nicht jede Absicht habe vermissen lassen, die deutsche Armee zu beleidigen, sondern daß von Chamberlain überhaupt keine Beschuldigungen gegen die deutsche oder irgend eine andre Armee erhoben worden seien. Diese Thatsache sei dem deutschen Botschafter gegenüber in einer nicht amtlichen Unterredung vom Marquis of Lansdowne, dem Staatssekretär des Auswärtigen, festgesetzt worden.

Dem deutschen Reichskanzler wird also hier von dem englischen Kabinett nichts Beringeres vorgeworfen, als daß es sich, trotz der Feststellung, daß Chamberlain nichts Beleidigendes in seiner Rede gesagt habe, nicht habe verwehren können, an einem englischen Minister — um mit dem Times' zu sprechen — parlamentarisch den Stiefel abzuwaschen.

Herr v. Bälows ist nunmehr vor dem englischen Parliamente von dem Vertreter der englischen Gesamtregierung des völlig unmotivierten gräßlichen Angriffs auf den Vertreter der Regierung einer befreundeten Großmacht geziehen worden.

Es ist ausgeschlossen, daß Graf Bälows diese Anschuldigung auf sich schieben kann. Die parlamentarische Integrität der deutschen Regierung verlangt es, daß Graf Bälows sich ebenfalls im Parliamente verantwortet. Für den inneren Bälows mag ja die verfassungswidrige Entschuldigung ausreichen, mit der Handlanger einer höheren Macht zu sein; der äußere Bälows vermag sich aus nachliegenden Gründen hinter einer solchen Selbstpreisgabe nicht zu verstanzen.

Auch für einen Notan hinter verschlossenen Thüren ist es jetzt zu spät. Nachdem die Angelegenheit im englischen Parliamente zur Sprache gebracht, nachdem dort Bälows die denkbar derbste Abfertigung zu teil geworden ist, kann Bälows etwaige Erläuterungen nur noch an derselben Stelle abgeben; im Parliamente.

Unser regierungsfreundlicher Parliamentsstängel wird auch zweifellos an Feindschaft hinter den englischen Parliamentariern nicht zurückstehen wollen und seinem Kanzler so bald als möglich Gelegenheit geben, sich über die Beschuldigungen der englischen Regierung zu äußern.

### Die englische Presse und die deutsche Socialdemokratie.

London, 16. Januar. (Sig. Ver.)

Die Haltung der englischen Presse gegenüber den Reden Vebeles und Gradnauers zeigt, daß unsere Genossen den einzig richtigen Standpunkt in den anglo-deutschen Wirren eingenommen haben. Weder Vebeles noch Gradnauer wurden von der englischen Presse gelobt. Eine Ausnahme machte die Daily News. Dieses Blatt, das von dem englischen Palapre beschuldigt wird, im Solde Krügers zu stehen, bemerkte vor einigen Tagen, daß die einzige gute Rede, die in der Debatte gehalten wurde, „vom Socialisten Vebeles stamme“. Am besten wird die Sachlage vom Genossen Hudman in der heutigen „Justice“ gekennzeichnet. Er sagt: „Sowohl als Socialdemokraten wie als Engländer danken wir ihnen (den deutschen Genossen) für die Stellung, die sie unter sehr schwierigen Verhältnissen eingenommen haben. Nichts ist leichter als in die Hände der Ghoumisten zu spielen; entweder durch übereifrige und wilde Angriffe gegen fremde Völker, oder durch den unregelmäßigen Ausbruch antipatriotischer Gefühle über das schlechte Verhalten der eigenen Regierung. Nur die deutschen Genossen hielten sich von beiden Extremen fern und erwarben sich dadurch die größtmöglichen Verdienste um die Sache des Friedens und der Zivilisation. Hoffen wir, daß es auch uns gelingen möge, mit gleicher Verunft und Fähigkeit unseren Anteil an der großen Arbeit zu leisten.“

Im übrigen ist der Vorwurf des deutschen Reichskanzlers gegen Vebeles nicht so tragisch zu nehmen; er ist nichts weiter als eine Wiederholung der Klage Lord Salisbury's gegen den Führer der liberalen Partei, Campbell-Bannerman, der in öffentlichen Versammlungen die fälschlichste Krügerführung als „methods of barbarism“ brandmarkte. Der „Manchester Guardian“, die „Daily News“ u. d. d. diesen Anspruch wiederholen und erweiterten, wurden indeß nicht angeklagt.

### Reliee Omnen.

Präsident Roosevelt verfügte, wie der „Daly Telegraph“ aus Washington meldet, die Rückzahlung von 370 000 Doll. an China als Entschädigung des Wertes der von amerikanischen Seeleuten aus Tientsin mitgenommenen Silberfachen.

Frankreich hat wenigstens einen Teil des in China geraubten Gutes an China zurückgestellt. Italien besitzt die Schamlosigkeit, die geraubten Gegenstände öffentlich auszustellen.

Deutschland wird natürlich nicht zögern, die irtümlich nach Deutschland verschickten und interimistisch in Sanfouci aufgestellten astronomischen Instrumente demnachst auf eigene Kosten nach Peking zurückzuschicken. Für die den Gegenständen zugefügten Beschädigungen wird es zweifellos in generösester Weise Ersatz leisten. Daß ihm Amerika, das so sehr zu den Intimen Deutschlands gehört, zuvorgekommen ist, wird es durch nunmehrige doppelte Verschonung der Angelegenheit wieder gut zu machen suchen.

### Deutsches Reich.

Durch die Kündigung der Handelsverträge soll die Regierung die „Obstruktion“ bezwingen — so betteln die Junkerblätter und auch die „kölnische Volkszeitung“ belundet einige Reizung für dieses vorgetriebene Radikalmittel gegen die Zollopposition. Wenn — so meinen die Befürworter dieses Mittels — die Regierung die Handelsverträge vor dem Zustandekommen eines neuen Tarifs kündigt, so tritt der bisherige Gesegentwurf in Kraft und die daraus für Handel und Industrie sich ergebenden Uebel müssen die Opposition zum Weichen nötigen.

Wenn die Kündigung der Handelsverträge vor Fertigstellung eines neuen Tarifs die einzige Hoffnung der Wucherpartei ist, so steht es schlimm um ihre Sache. Es ist nicht abzusehen, warum die Opposition in eine schwierige Lage gelangen sollte, wenn die Regierung auf Grund des jetzigen Tarifs anstatt auf Grund der Zollfrage der neuen Vorlage in Handelsvertrags-Verhandlungen eintreten würde. Der bisherige Tarif zeichnet sich immerhin erheblich vor dem neuen aus, er enthält vielfach niedrigere Zollsätze und vor allem fehlen ihm die Minimalzölle für die Getreidearten. Würde nun die Regierung die Handelsverträge vorzeitig kündigen, so könnte sie wohl den Versuch machen, neue Verträge, die für die Junker günstiger sind, abzuschließen. Es würde sich dann herausstellen, ob ein solcher

Versuch möglich ist, und in welchem Maße die Industrie dabei geschädigt werden würde. Oder wollen die „Obstruktion“-Entwickler ihre Gegner schrecken, daß die Regierung überhaupt nicht zu neuen Handelsvertrags-Verhandlungen schreiten könnte und eine Zeit des handelspolitischen Chaos andbrechen würde? Das wäre freilich eine gar zu lächerliche Zumutung an die Zollschützgewegener. Es kann selbstverständlich keine Regierung die Verantwortung der Auflösung aller handelspolitischen Ordnung auf sich nehmen, am wenigsten aber kann sie es deshalb, weil die Opposition auf eine gründliche Beratung des neuen Tarifentwurfes besteht.

Drohungen des Auslands. Zwischen der russischen und österreich-ungarischen Regierung findet ein eifriger Austausch bezüglich handelspolitischer Verhandlungen gegenüber dem deutschen Zolltarif statt. Nach der offiziellen Wiener „Polit. Korresp.“ haben diese Besprechungen vorläufig nur informativ Charakter und „es handelt sich zur Stunde den Kabineten von Wien und Petersburg nur um die Orientierung über die jenseits der beiden Reiche zum Schutze ihrer Interessen gegebenenfalls einzuschlagende Richtung“.

Die Bälowsche Wucherpolitik führt also bereits dazu, daß sich das völkisch verblendete Reich mit einem nicht verbündeten Staate zu einer wirtschaftlichen Koalition gegen Deutschland vereinigt.

### Ein Centrumsgeißlicher gegen den Brotwucher.

Als Jälpich im Regierungsbezirk Köln wird uns berichtet: Bekanntlich vertrat der Volksverein für das katholische Deutschland in der letzten Zeit durch Flugblätter und Versammlungen die Arbeiter über die vollstverräterische Haltung des Centrums in der Zollfrage hinwegzutäuschen. Auch im Heftigen zum Teil agrarischen Kreise fand eine solche Versammlung statt, aber deren Verlauf aber die Arbeiter wohl wenig Freude gehabt haben. Nachdem der stellvertretende Geschäftsführer des Volksvereins Dr. Hohn aus M. Gladbach sein Sprächlein über den Zolltarif hergeseigt und Rechtsanwält v. Noellen aus Köln fanatisch für die katholische Presse eingetreten war, erhob sich der, zu seinen Lobes sei es gesagt, als wahrer Arbeiterfreund bekannte Pfarrer Hüppers aus Steverndich bei Jälpich. Er führte aus, daß die Arbeiterfreundlichkeit unies zum Centrum flübelnden Grobgrundbesitzer nichts andres als eine elende Drohkeitel sei, daß unre rheimischen — nicht nur die Arbeiter — Grobgrundbesitzer, Mittergutbesitzer und wie die Herren sich nennen mögen, sich nicht scheuen, ihre Arbeiter im Winter vor die Thüre zu weisen und ihnen im Sommer Hungerlöhne zu zahlen. Hungerlöhne zahlen und Sekt trinken, das sei die Lösung unserer Grobgrundbesitzer. Mit lauten Jubel nahm die bei weitem größte Mehrzahl der Erschienenen die Wahrheit der Darlegungen des mutigen Pfarrers an. Vergewisselt sah der Führer der heftigen Arbeiter Mittergutbesitzer Heuser aus Dillendorf diesem unerwarteten Vorgehen zu, nicht minder erregt waren die zahlreichen Geistlichen über diese Vorkämpfe eines der Jähigen — und alle schwiegen! Weder Heuser, übrigens ein Vender des Centrumsagrariers Heuser aus dem preussischen Landtage — noch einer aus seinem jähwigen Generallande wagte etwas zu erwidern. Schleunigst wurde vielmehr die Versammlung geschlossen, während unsere edlen Grobgrundbesitzer ihrer Wut durch Schimpfen Ausdruck gaben.

Die Besteuerung des Oungerd. Wir haben wiederholt — noch neuerlich gegenüber Herrn Rheinbaben — darauf hingewiesen, daß die Belastung des Proletariats durch indirekte Steuern noch weit höher ist, als es nach den Zöllen und Verbrauchsteuern des Reichs erscheint, da auch die Einzelstaaten und namentlich die Kommunen die Wahrungsmittel besteuern.

Nach der vom Reichs-Schatzamt der Zolltarif-Kommission mitgeteilten Statistik beträgt die städtische Fleisch- und Geflügelsteuer in Dresden 1 900 000 M. jährlich. Danach kommt Dresden mit 214 000 M. städtischer Steuer auf Fleisch und Fische und 640 000 M. städtischer Steuer auf Brot und sonstige Nahrungsmittel. Hohe Fleischsteuern haben weiter: Aachen mit 640 000 M., Kassel mit 316 000 M., Mainz mit 238 000 M., Stuttgart mit 632 000 M., Witten mit 332 000 M., Straßburg mit 530 000 M., Wiesbaden mit 295 000 M., Potsdam mit 307 000 M., Bosen mit 332 000 M. Pro Steuern in größerem Maßstabe arbeiten: Augsburg 1 355 000 M., Karlsruhe 1 070 000 M., Krenberg 433 000 M., München 206 000 M., Würzburg 113 000 M., Kassel 63 000 M. In Bezug auf Erhebung solcher städtischer Abgaben auf notwendige Nahrungsmittel konnten aber auch eine Reihe kleinerer Städte in Betracht, welche Fleisch- und Brotsteuern eingeführt haben, die sich allmählich zu recht bedeutenden Einnahmequellen entwickelt haben. Die vorliegende Statistik erstreckt sich lediglich auf die Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern.

Nach dieser Statistik muß zum Beispiel in Dresden eine Arbeiterfamilie jährlich allein 20 M. an indirekten städtischen Steuern entrichten; außerdem hat sie an das Reich und die Junker 35 M. allein für Getreidezölle zu entrichten. Dazu kommen die Zölle auf Fleisch, Kaffee, Reis, Zucker, Salz, Petroleum usw., wfo. Ohne die schwer zu berechnende Fleischsteuer (Infolge der Grenzsperrre noch erhöht) betragen diese indirekten Steuern für die fünfköpfige Familie 35 M., so daß für die Dresdener Arbeiterfamilien ohne die indirekten Staatssteuern und ohne die Fleischwertsteuerung durch das Reich — bereits die Belastung jährlich 93 M. beträgt.

In Aachen machte die kommunale Fleischsteuer pro Kopf 5 M. aus. Und diese fürchterliche Last, die gerade auf die Kernfamilien drückt, soll durch den Zolltarif ins Ungemessene gesteigert werden.

Der Mecklenburger. Der Grobherzog von Mecklenburg-Schwerin stattete dem Reichskanzler Grafen v. Bälows einen Besuch ab.

— Wollte der Grobherzog ihm bloß danken für seine Lobrede auf Mecklenburg oder hat er ihm etwa einen — Ministerposten in diesem gelegenen Lande angeboten? —

Der Kanalvogel. Der „Post“-Redlich ist jetzt glücklicher so weit, daß er das Interesse am Wittelland-Kanal als Folge einer geistigen Erörterung betrachtet. Er meint, daß der Kanalvogel“ das Urteil auch sonst verständiger Männer trübe.

Herr v. Redlich muß sehr sicher sein, daß in der Regierung gegenwärtig kein Mensch für den Kanal eintritt, sonst würde er nicht das große Kulturwerk als Verrätheit zu behandeln wagen.

Die schweizerbedelnde Weste. Während der erstere strebende sozialwissenschaftliche Studentenverein aufgelöst worden, weil er annahm, daß man auch von Frauen etwas lernen könnte, daß der Verein deutscher Studenten in ausschweifendster Weise niedrigster Reaktionspolitik frönen.

Dem letzten Kaiserkongress der „deutschen Studenten“ sprach der Studiosus Sevin die Hoffnung aus, daß recht bald ein Erörterungszug nach dem Osten beginnen möchte; er meinte, die Niederwerfung der Polen des Deutschen Reichs.

Der Hof- und Domprediger Dilly forderte

„Im Kampf gegen den Materialismus auf, der leider auch von einer Partei gebredigt wird, die sich Arbeiterpartei nennt — wohl deshalb, weil sie nach der Felle eines Grobkapitalisten aus dem Orient tanzt! Wie lange wird es sich die deutsche Volkseele gefallen lassen, daß Hof und Zwietracht sie vergiften? Aber Gott sei Dank, wir haben auch einen Superlativ, der es versteht, der schweizerbedelnden Weste den Fuß auf den Boden zu setzen. Durch Selbstkürzung wollen wir die Selbstsucht bekämpfen. Stolz sind wir auch auf unsere unvergleichliche Arme, folger, seit sich englische — Weidweidheit mit ihr befaßt hat, seit man am Grant unseres Heeres herumgebissen hat. Wir freuen uns der Veltion nach Bismarckem Rezept, die darauf gegeben ist! Aber eines muß auch dem

Bildeten Ange dabei klar geworden sein: daß unser Schwert auf dem Wasser dem Schwerte auf dem Lande entsprechen soll!

Man könnte denken, daß der Prediger christlicher Nächstenliebe gegen den Materialismus gesprochen habe, der die Parteien des Proletariats beherrscht, die aus gemäßigter Selbstsucht die armen Arbeiter tributpflichtig machen — aber nein, er beschimpft die Opfer des Brotwunders. Man möchte meinen, unter der schweißbedelnden Weste sei der alte Hyphantinismus verstanden, der sich, wenns oben gewünscht wird, selbst für die den Konservativen gräßliche Flotte begeistert — weit gefehlt; der Hopsprediger schmätzt die sozialistische Arbeiterkassette als eine schweißbedelnde Weste.

Nachdem dies geschrien, telegraphierten die Herren den Grafen Willow wegen seines Votensurats an. Der Verein ist aber trotz der rüden Beschimpfungen des in der Arbeiterkassette am edelsten verlorperten deutschen Volkes bisher nicht aufgelöst worden.

**Freimütiger Kassenjammer.** So lange die deutschen Freimütigen glauben, daß ein Minister ihre Geschäfte betreiben könnte, erklären sie ihn für einen Heros, überschütten ihn mit Schmeicheleien, vergießen auf jedes kritische Urteil und Lorumpiereien insofern die öffentliche Meinung. Das ist gewiß weder edel noch auch nur aufrichtig. Schlimmer aber noch ist die ungeheuerliche Dummheit, mit der sie sich über Personen und Möglichkeiten der Politik täuschen. Wenn sie denn freimütig eingeleben, daß sie sich getraut haben, daß sie von dem Minister nichts zu erwarten haben, so wird das süß-lodende Gefühl jäh derbiste Kokospapageiengeflücht.

Einst war Graf Willow der verpöbelte Liebling der liberalen Presse. Selbst seine diplomatischen Thorheiten der letzten Zeit (Schambrelain, Dividend) wies man noch in höchster Verächtlichkeit. Seit seiner Landtagsrede über den Kanal aber giebt man den Wamen endgültig auf. Die „Vossische Zeitung“ glaubt, daß Graf Willow vielleicht seit einigen Monaten unter einer körperlichen Verfassung leide, die auf seine Beredsamkeit drüde. Und in dieser Annahme widmet sie dem Kranken folgende schonende Liebeswünsche:

„Je weiter der Schiefer fällt, um so allgemeiner wird das Kopfschütteln. Graf Willows Neben stehen glatt dahin, aber am Soluh bleibt wenig mehr zurück als ein paar Fettsäuren auf der Wasserfläche. Er ergeht sich in den ungreifbarsten Allgemeinheiten; überall fehlt es an feinen Konturen im Wilde; er macht Worte, immer Worte, ohne das man erkennt, was er will und ob er will... Da muß man sagen, Männer wie die Entenburger oder Baitkammer oder Adler waren festerer Gestalt; und Graf Capivi, Freiherr v. Marckall, Herr v. Maquet, sie verstanden sich auf die sachliche Zurückweisung ihrer Gegner ganz anders als der Reichstangler von heute. — Ewige Dichtervorte, frostige Scherze, glatte Wendungen helfen nicht über den Grund der Leere und Verlegenheit hinweg. Es scheint, als ob der Glaube an die Dauerhaftigkeit der Konjunktur des Grafen Willow um so bedenklicher schwindet, je häufiger er spricht. Seine gestrige Rede hat diese Zweifel verstärkt. Und allgemein wird man auf allen Seiten die Frage stellen, ob nicht der leitende Staatsmann in sein geliebtes Land Mecklenburg zurückkehrt, ehe man Gelegenheit gehabt hat, ihn nach seiner Meinung ganz kennen zu lernen.“

Das ist alles sehr richtig. Nur hat sich nicht Graf Willow geändert, der ist seit dem ersten Tage der gleiche geblieben, und es ist auch nicht gerade sein körperlicher Zustand, der auf ihn drückt. Die Tante Voss ist es, die sich gewandelt, seitdem sie von dem Mann nichts mehr erwartet. Jetzt darf der gestrichelte, geistliche Mann von gestern nach Mecklenburg gehen — die Vossin mag ihn nicht mehr. Recht unzuverlässig, diese liberale Treue!

Auch die demokratische „Frankfurter Zeitung“, die vor dem in ihrem Optimismus Herrn Willow als einen besonders furchtbaren Lichtpunkt der Menschheit bewunderte, bemerkt jetzt dochhaft:

Graf Willow hat die Verfassung, wie er behauptet, immer in der Tasche, aber nicht im Kopf. Seine Erklärungen stehen im direkten Gegensatz zu dem Geist der Verfassung. Die Verfassung sucht die Krone durch die Verantwortlichkeit des Ministerpräsidenten zu schützen, Graf Willow verkehrt dieses Verhältnis in sein gerades Gegenteil, indem er seinerseits die Krone hinter der Krone sucht. Nicht der König, sondern der Ministerpräsident hat Rede und Antwort zu stehen über die Behandlung der Kanalvorlage und des Landtags. Die parlamentarische Behandlung der Politik, wie sie hier zu Methode erhoben werden soll, muß sich sehr schnell abwickeln, wahrscheinlich schneller, als viele Leute vermuten. In dieser Art lassen sich die bevorstehenden großen Aufgaben ganz entschieben nicht lösen und Graf Willow wird wohl oder übel „umlernen“ müssen.“

Wandelbar ist die Menschengeminnis der staatsmännischen Stellungsdemokraten.

**Nationalsozialistische Phantastien.** Nachdem jüngst Dr. Maurerbrecher in einem jahnuantigen Artikel in der „Hilse“ die Unfähigkeit der Sozialdemokratie, an neue Aufgaben heranzutreten, „nachgewiesen“ hat, schlägt sein Herr und Meister Rammann jetzt andere Wege ein, die zu einer Freirechtung der nationalsozialistischen Seite führen sollen. In der letzten Nummer der „Zeit“ lesen wir:

Ein sozialdemokratisches Jugendausschreiben. In einer Versammlung in Kassa (Sachsen-Altenburg), in der Herr v. Gerlach im Namen des Handelsvertragsvereins sprach, polemisierte der sozialdemokratische Redner, Redactoren Stücken aus Altenburg, auch ein wenig gegen die Nationalsozialisten. Herr Stücken ist bekannt als ein Vertreter der gemäßigten Richtung. Er war es, der auf dem Lübecker Parteitag das föhliche Wort prägte, Grundwald sei die verunglückte männliche Ausgabe der Rosa Luxemburg. Auch in Kassa gab er sich als ein Mann nach dem Herzen Volkstums, insbesondere bekannte er sich als Anhänger des Agrarprogramms. Besonders wichtig war jedoch ein Satz in seiner Rede. Er erklärte nämlich: Zugunsten, daß mit der Politik der Nationalsozialisten augenblicklich vielleicht mehr für den Arbeiter zu erreichen ist.

Hierzu schreibt uns Genosse Stücken: Die Nationalsozialisten machen seit Jahren Bemühungen im Herzogtum Altenburg Boden zu gewinnen, allerdings bisher so ziemlich ohne Erfolg. Nun war in dem allernationalsozialistischen Industriestädchen Kassa von dem nationalsozialistischen Verein Jena eine öffentliche Versammlung gegen den Zolltarif einberufen, mit dem derzeitigen Sekretär des Handelsvertragsvereins, Herrn v. Gerlach als Referenten. Es war mir klar, daß hier unter der Fhange des Handelsvertragsvereins die Geschäfte der nationalsozialistischen Partei besorgt werden sollten, und dieser Zustand veranlaßte mich, einem Auser der dortigen Parteigenossen Folge leistend, die betreffende Versammlung zu besuchen. Herr v. Gerlach vernied es, in seinem Referat auch nur mit einer Silbe der Bestrebungen der Nationalsozialisten, die alle Tische mit Agitationsmaterial belegt hatten, Erwähnung zu thun und deshalb schritt ich selbst die nationalsozialistische Politik an. Herr v. Gerlach erhob dann den bekannten Vorwurf, daß die ablehnende Haltung der Sozialdemokratie in Weltmachts- und Blottensagen die Regierung sezungen habe, sich den Anzuckern zu verschreiben, denn in der Politik gelle der Grundfay, eine Hand wäscht die andre. Nun sagte ich dem Sinne nach:

Wenn die Arbeiterkassette die Bahn beschreiten würde, die ihr die Nationalsozialisten vorschreiben wollen, dann müßte sie erst ganze Brote hingeben, um dann dafür mit Brofamen bedacht zu werden. Es sei möglich, daß die Arbeiterkassette, wenn sie Mittel für Welt-politik, Schiffe und Kanonen bewilligen würde, von der Regierung momentan kleine, auf den Augenblick berechnete Zugeständnisse erhalten würde, die aber in gar keinem Verhältnis stehen könnten zu den Opfern, welche die Arbeiterkassette sich aufbürden müßte. Die Gerechtigkeit habe die Grundlage des Staates zu sein, nicht aber der von dem Corredner Herrn v. Gerlach vertretene Schacher-Grundfay: Eine Hand wäscht die andre. Das machen wir nicht mit.

In seinem Schlußwort verachtete Herr v. Gerlach die Behauptung aufzustellen, ich hätte gesagt, daß die Arbeiterkassette vielleicht augenblicklich mehr erreichen könnte, wenn sie die nationalsozialistische Politik mitmachen würden. Ich protestierte sofort durch Zwischenruf und wurde durch den stürmischen Widerspruch der Versammlung gegen v. Gerlach unterstützt. So spielte sich dieser Vorfall ab, welcher der „Zeit“ Veranlassung giebt, nur zu unterscheiden, ich hätte die nationalsozialistische Politik, die ich stets in Verhandlungen Rammann, Damacke, Maurenbrecher, Gerlach u. a. gegenüber entschieden bekämpft habe, nun auf einmal für die Arbeiter vorteilhaft anerkannt. Was die „Zeit“ zu meinem Lob sagt, muß ich eben aber mich ergeben lassen, nur sei noch bemerkt, daß ich nie ein Hehl daraus gemacht habe, daß ich heute noch ein Anhänger des seiner Zeit in Breslau von mir unterstützten Agrarprogramms bin.

**Granitbeher in Uniform.**

Daß auch Offiziere und nicht nur unterlandlose Wesellen an der deutschen Arme von 1870 nrdeln, zeigt wieder einmal der Zwist zwischen dem bekannten Militärhistoriker Hauptmann von Hoenig und dem preussischen Generalmajor von Bernhardt. Herr Hoenig hatte im „Tag“ den verstorbenen General der Kavallerie von Bernhardt bezüglich seines Verhaltens im Gefechte bei Willepion wie folgt kritisiert: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß die 4. Kavallerie-Division am 1. Dezember 1870 bei Willepion wiederum hohen strategischen und taktischen Ruhm erworben haben würde, wenn der General von Bernhardt, an dessen Thätigkeit schließlich alles hing, nicht aus Thorheit oder Unfähigkeit oder wohl sonstigen Gründen so völlig versagt hätte, daß ein deutscher Offizier einem preussischen Jutist, als der General von Bernhardt in höchster Gefahr abzog. Aber Herr Kamerad, ist das das Verhalten eines preussischen Generals?“

Der schon erwähnte Generalmajor von Bernhardt, der jetzt die preussische 31. Kavalleriebrigade kommandiert, war als naher Verwandter des Getadelten wegen obiger Kritik sehr entrüstet. Aber nun will es der Zufall, daß eben dieser Herr Generalmajor von Bernhardt vor nicht langer Zeit einen großen Teil der preussischen Kavallerie von 1870 ganz ungeschminkt der Feigheit bezichtigte. Der Herr General schrieb nämlich in einem Aufsatz, der in Nr. 71 und 72 des „Militär-Wochenblattes“ 1900 veröffentlicht ist und „Raffen- oder Teufelstanz der Kavallerie“ betitelt war, auf Seite 1718 über die Besetzung Fortbuchs durch die Preußen folgendes:

„Fortbuch war zunächst überhaupt nicht vom Feinde besetzt, sondern dieser war längst abgezogen, als die Kavallerie sich immer noch nicht hineintronte und die Kavallerie der 13. Division aufgefördert wurde, den geräumten Ort zu nehmen.“

Wir müßten einmal das Geschick hören, wenn ein Sozialdemokrat behaupten würde, ein preussischer General sei 1870 im Moment der höchsten Gefahr abgezogen und habe seine bedrängten Kameraden im Stich gelassen oder die deutsche Kavallerie habe sich in einem Ort nicht hineingewagt. Sämtliche „nationale“ Wäler würden wochenlang wüten, im Reichstag würden „nationale“ Abgeordnete sich den Stuhlputz wunden, und vom Regierungstisch würden der Reichstangler, der Kriegsminister und vielleicht noch einige Generale sich suchbar entziehen. Aber si duo idem faciunt, idem non est idem!

**Das Gottesgericht in Hannover hat wieder einmal einen wunderbaren Ausgang gehabt. Der Verleibigte, Landrat v. Wennigsen, ist seiner Wunde erlegen, während der Verführer seiner Frau unverletzt aus der Affäre hervorgegangen ist. Ueber das Duell selbst meldet noch ein Berliner Blatt: „Der Landrat war als guter Schütze auf weite Entfernungen bekannt, ist aber sehr kurzfristig. Sein Gegner soll schon beim Kommando „eins“ getroffen haben, worauf der Landrat zusammenbrach. Wennigsen hat überhaupt nicht geschossen.“**

**Einem Beweis für die Notwendigkeit des Socialismus führt die „Deutsche Tages-Ztg.“. Unsere Kritik über den Raupereisens in London giebt ihr Anlaß zu weitläufigen Betrachtungen über die traurige Thatsache, daß auch in England socialer Stand noch in erschreckendem Ausmaße vorhanden ist. Das Blatt kommt zu folgendem Schluß:**

„Man heh, Freihandel und Welthandel sind selbst in höchster Blüte kein Heilmittel gegen bittere Not in weiten Volkskreisen, sie bieten immer den Reichen bequeme Mittel und Wege, ihre Reichthümer schnell zu vermehren.“

Wenn das auch für uns Socialisten eine nicht weniger als neue Entdeckung ist, so ist es doch ein ganz acceptables Zugeständnis. Daß der Kapitalismus nicht gegen die Verelendung ungeheurer Volksmassen schützt, beweist Rußland; wenn nun auch der höchstentwickelte Industriestaat das Russenland nicht auszuheben vermag, obgleich Englands industrielle Entwicklung immerhin eine gewisse Linderung des socialen Elends herbeizuführen vermocht hat, so bleibt nur der Ausweg, es mit einer dritten Staats- resp. Gesellschaftsform zu versuchen, eben der sozialistischen.

**Unternehmer-Patriotismus.** Unser Aelter Bruderorgan berichtet: „Auf der Germania werft erhielten am Donnerstag nachmittag die Vertreter der Arbeiter bei der Werkskrantellose die Order, sich nach Feierabend beim Direktor Manufaktur einzufinden. Die Vertreter, etwa 40 an der Zahl, stellten sich um 8 1/2 Uhr beim Bureau des Direktors ein und barrten der Dinge, die da kommen sollten. Zunächst fragte der Herr, ob das sämtliche Vertreter seien? Einer der Erschienenen erwiderte darauf, daß freilich mehr Vertreter vorhanden sein müßten, entsprechend der Zahl der auf der Werk beschäftigten Arbeiter. Es sei aber seit 2 Jahren keine Reuwohl erfolgt. Der Direktor schien diesen Einwand jedoch überhört zu haben, denn er sagte: „Wen immer herein!“ Sodann fragte er die Leute, ob die Arbeiter willens seien, am 27. Januar, dem Geburtstage Wilhelms II., zu feiern. Man werde doch wohl morgens gern am Kirchgang der Kriegervereine teilnehmen wollen. Als sich niemand fand, der der Ansicht des Direktors beistimmte, fragte dieser weiter, wer von den Erschienenen denn Mitglied eines Arbeitervereins sei. Erst auf wiederholtes Fragen meldeten sich 2 Mann. Doch auch diese zeigten sich nicht geneigt, den Arbeitstag zu opfern. Von den übrigen Leuten erklärte einer, daß man wegen der drei Festtage schon eine letzte Zahlung gehabt habe, und daß mancher Arbeiter der Werk nichts zu leben haben werde, wenn er wieder einen Tagelohn einbüssen müßte. Der Direktor meinte erplaut: „Rann, nann! Wer bei uns arbeitet, hat immer was zu leben!“ Hierauf ließ er darüber abstimmen, ob am 27. Januar auf der Werk die Arbeit ruhen solle. Die Vertreter erklärten sich jedoch einstimmig gegen diesen Antrag.“

In der That eine ganz unverständliche Zustimmung an die Tausende fast ausschließlich socialdemokratischer Arbeiter, durch eine Arbeitsruhe am Geburtstage des Kaisers der „Germania“ den empfehlenden Anstich eines besonderen „Patriotismus“ zu versehen. Wenn Herr Krupp, der Wächter der Germania, durch eine Demonstration seine Loyalität nach oben hin bekunden wollte, so hätte er den Arbeitern den Lohn für den ansgesetzten Arbeitstag zahlen sollen, er hat's ja dazu. Aber soweit geht der Patriotismus selbst des Herrn Krupp nicht; sogar die Kosten für die patriotische Unternehmer-Kelime sollen die Arbeiter zahlen!

**Der Kämpfer gegen die „Ungebuld“.**

Aus Wülhausen in Elfaß wird uns geschrieben: „Zum besseren Verständnis des heiteren Zwischenfalls, für welches der Reichstags-Abgeordnete Th. Schlumberger bei der ersten Beratung des Statts durch seinen nervösen Ausfall gegen

die „ungebuldige“ Socialdemokratie und die „verrückten“ Geschimungen der nützlichen Socialreform sorgte, mag daran erinnert werden, daß dieser oberlässliche Fabrikmagnat in einer im Oktober des vorigen Jahres vor seinen Wählern gehaltenen Rede auch die Einführung der Gewerbe-Ordnung in Elfaß-Pfortingen für einen schweren Fehler erklärte. Er ging damals so weit zu sagen, die Fabrikinspektoren seien in der ersten Zeit ihres Auftretens in Elfaß-Pfortingen „eher die Vertreter der Socialdemokraten, als die unparteiischen Diener des Gesetzes“ gewesen; durch ihr ungeschicktes Vorgehen hätten diese Beamten sehr dazu geholfen, „Ordnungssinn, Recht und Pflichtigkeit in der Arbeiterkassette zu untergraben“.

Herr Kommerzienrat Schlumberger beschränkt sich aber nicht darauf, ein theoretischer Gegner der offiziellen Socialreform zu sein, er bekämpft diese letztere auch in der Praxis. In einer seiner industriellen Unternehmungen, den Verzinnten Glasstofffabriken, Alliengeellschaft in Niedermorschweiler bei Wülhausen, ließ er im vergangenen Sommer unvährend zwei Monate hindurch täglich dreizehn Stunden arbeiten, wobei in die sieben Nachmittagsstunden von 1 bis 8 Uhr keinerlei Unterbrechung fiel. Dabei thaten nicht nur die etwoglischen weiblichen Arbeiter mit, sondern öfter bis 7 Uhr abends Burschen und Mädchen unter 16 Jahren, teilweise in Unterstützung der älteren Arbeiterinnen auch bis 8 Uhr.

Während an Sonnabenden in den anderen Fabriken zu Wülhausen die um 6 Uhr früh antretenden weiblichen Arbeiter um 5 Uhr abends die Fabrik verlassen müssen — die Mittagspause beträgt in den Spinnereien und Webereien fast durchgängig nur eine Stunde —, entlich die Fabrik des Herrn Reichstags-Abgeordneten in dem abseits gelegenen Niedermorschweiler die Arbeiterinnen am Sonnabend erst um 5 1/2 Uhr, beschäftigte sie also an den Vorabenden der Sonn- und Festtage 10 1/2 Stunden. — Dies Verhalten hörte erst auf, als es in der socialdemokratischen Presse dem Herrn Reichstags-Abgeordneten persönlich vorgeworfen wurde. Ein Wort der Entschuldigung oder Erklärung dafür hatten die ihm ergebene Blätter nicht. Andererseits macht es dieser Prechwischensfall vielleicht psychologisch verständlich, warum der Herr Abgeordnete bei dieser Glasberatung so unvermittelt seinem Groll gegen die Arbeitszeitbeschränkung für Kinder und junge Leute Luft machte.

**Söhne „hochachtbarer Eltern“.**

Ein Krawallprozeß, der zu Vergleich mit denen in Lubian und Berlin zwingt, fand vor dem Landgericht Zwidau statt. Angeklagt waren, wie wir dem zusammenfassenden Bericht der „Sächl. Arbeiter-Zeitung“ entnehmen, sieben Kaufleute, Soldaten z. z. aus Grimmitzsch im Alter von 17—87 Jahren und sämtlich, wie in der Verhandlung oft betont wurde, „Söhne hochachtbarer, vermöglicher Eltern“ wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt, Hausfriedensbruchs, Gefangenenselbstung z. z. Die Wärischen hatten in Grimmitzsch am 6. Juni v. J. nichts fürchtbaren Madan gemacht, eine Latrine ausgraben und öfterlich geruchsvollen Unflut gestrichen. Einen Schützmann, der Ruhe gelost, verhönte man, und als er einen der Kärmen verhaftete, wurde er von einem Komplizen des Arrestierten besetzt an a z e r m e l t, daß er, da derselbe mit vorgerugtem Oberkörper mit Wucht auf den Schützmann zugeworfen kam, von der Verhaftung absehen mußte. Einem andern Schützmann hat man die Kleidung beschädigt, ins Gesicht geschlagen, zu Boden geworfen und dort gemeinlich auf ihn eingehauen! Die Weisensnahme ergab die völlige Schuld von sechs der Angeklagten. Der Staatsanwalt erklärte die Missethäter für eine Rohheit, die ihres Gleichen suche. Die Angeklagten hätten sich schämmer betragen als der tüpeltaste Fabrikarbeiter. Die Verteidiger plaidierten trotzdem auf milde Geldstrafen, da die Angeklagten „Söhne hochachtbarer, vermöglicher Eltern“ seien, denen eine Freiheitsstrafe able Folgen bringe. Das Gericht verurteilte die Wärischen zu 25—100 M Geldstrafe und hob in der Begründung andrücklich hervor, daß man von einer Freiheitsstrafe angesichts der ausgezeichneten Stellung, in welcher sich die Angeklagten befänden und des Umstandes, daß sie Söhne hochachtbarer Eltern seien, absehen habe.

In demselben Criminalkassette, in dem sich obiger Madan abspielte, ereignete sich vor nunmehr 2 Jahren ein ähnlicher Fall, bei dem aber Arbeiter mit der blauen Klinge thaktiert wurden. Damals verurteilte das Landgericht Zwidau die Beteiligten zu Strafen von zwei Jahren Gefängnis bis drei Jahren Zuchthaus! —

**Ausland.**

**Frankreich.**

**Eine Erweiterung der Gewerbrantfacht.** Der Handelsminister hat der Kammer jedoch einen Gesetzesentwurf zugehen lassen, welcher eine Abänderung des Gesetzes von 1893 (Fabrikantfacht) herbeiführen soll. Die Novelle bezweckt, die Bestimmungen über die Hygiene und die Sicherheit in den Fabrikbetrieben auszudehnen auf die Klein-Industrien der Nahrungsmittelbranche, die Verlonföfäden, Magazine, Bureau und andre ähnliche Etablissements. Das Gesetz von 1893 ist vielfach auf Ladungspfähle, auf öffentliche Arbeiten usw. nicht angewandt worden, weil es in dieser Beziehung Unklarheiten enthält. Diese sollen durch den gegenwärtigen Entwurf beseitigt werden; die Bestimmungen sollen Anwendung finden auf alle betrieblche Unternehen, öffentliche wie private, Eisen-Unternehen und religiöse, selbst wenn sie den Charakter einer Gesellschaften annehmen oder eines Instituts für gewerblichen Unterricht tragen. Sämtlich werden Etablissements für öffentliche Schaustellungen, Gärten, Theatern usw. dem Gesetze unterstellt.

**England.**

**Die Verurteilung Dr. Krause.** Dr. Krause ist vom Zuchtpollzeigericht für ländig befunden und zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Ueber den Verlauf des Prozesses liegt einwweilen nur folgender telegraphischer Bericht vor:

Im Laufe der gelrigen Verhandlung hatte der Verteidiger Dr. Krause darauf hingewiesen, daß die Anklagebehörde nicht dem Beweis erbracht habe, daß die Bielle Krause vom 6. August 1901, in denen er Brockmas sagt, Fortier müsse auf irgend eine gelesliche Weise erschossen oder sonstwie aus dem Wege geräumt werden, jemals in die Hände Brockmas gelangt seien. Bei Anklagen wegen Aufreizung zum Mord sei es aber durchaus nötig, daß irgend eine Person thätlich auf dem Verbrechen angebittert worden sei. In der Sonnabend-Sitzung trat der Lord-Oberichter diesen Ausführungen des Verteidigers bei, sagte aber hinzu, trotzdem werde der Fall vor die Geschworenen kommen, und zwar auf Grund der Beschuldigung, daß Krause versucht habe, Brockmas zur Ermordung Fortiers zu überreden.

**Belgien.**

Die Kammer beschäftigte sich in den letzten Tagen mit dem Dotationsbudget und der Preisfahrt der Deputierten. Es kam fortgesetzt zu heftigen Szenen zwischen der Regierung und der Rechten einerseits und der Linken andererseits. Herr Boesie, der Führer der Rechten, versuchte vergebens, die einfache Tagesordnung zu Gunsten der Regierung zur Annahme zu bringen. Die Socialisten verlangten namentliche Abstimmung, es stimmten nur 69, das Haus war also beschlußunfähig.

**Ausscheidung anarästischer Elemente aus der socialdemokratischen Partei.** Nütlich ist stets ein beliebiger Sammelpunkt für anarästische Elemente gewesen, nütliche aufschällige Anarästien und Polizei-Marchisten, Agents provocateurs haben das große Industriecentrum von Lüttich stets gern zu ihrem Tummelplatz gewählt. Die Lütticher Socialdemokraten haben seit Jahren gegen diese Elemente gekämpft, denn sie suchten sich vielfach in ihren Reihen einzunisten. Jetzt hat ein Komitee des socialistischen Bundes

on Mittich mit 29 gegen 16 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen den Ausschluß des Dr. Lucien Génauld beschloßen. Weitere Ausschüsse sollen erfolgen, um eine vollkommene Reinigung der Partei zu erreichen. —

### Italien.

**Der Senat gegen den Arbeitrat.** In der Deputiertenkammer hatte die äußerste sozialistische Linke durchgesetzt, daß der Arbeitrat derart zusammengesetzt werden sollte, daß in das Arbeitsamt auch 6 Repräsentanten der Arbeiter eintreten sollten, die direkt von den Industriearbeitern, den Landarbeitern und den Schiffsarbeitern zu wählen seien. Der Senat hat nun diese demokratische Bestimmung verworfen und die Regierung hat diesen Beschluß acceptiert, ohne sich zu rühren. Die neue Einrichtung würde dadurch allen Wert verlieren und eine Duplierung der Arbeiter bedeuten. Es ist zweifelhaft, ob die Deputiertenkammer es auf einen Konflikt mit dem Senat ankommen lassen wird, es ist vielmehr nahezu gewiß, daß der Senatsbeschluß das Proletariat vor die Frage der Befestigung dieser berechneten und nur der Verschleppung fortschrittlicher Reformen dienenden Institution stellen wird. Die Agitation wird demnächst mit Energie einsetzen. —

### Aus Industrie und Handel.

**Der Ausbau des Schiffahrtsdienstes.** Wie der hiesige Vertreter des „Bureau Laffon“ aus bester Quelle erfährt, befinden sich die Vertreter mehrerer großen britischen Dampfschiffahrts-Gesellschaften, darunter die der „White Star“ und der „Cunard“-Linie, auf dem Wege nach New York, wo sie mit Pierpont Morgan, dem außer dem Staalruist auch mehrere bedeutende industrielle Unternehmungen vertritt, eine Zusammenkunft haben werden. Der Zweck der Beratung ist, zu einer dauernden Verständigung über die Frachtraten zu gelangen. Das geplante Abkommen bezieht sich nicht auf den Personenverkehr. Es gelang Morgan, die Interessen der Exportindustrie mit denen der transatlantischen Transportgesellschaften in Uebereinstimmung zu bringen. Diese neue Vereinbarung soll eine weitgehende Wirkung auf die Unterbringung der amerikanischen Produktion im europäischen Markt ausüben. Wie weiter berichtet wird, beabsichtigt Morgan im Fall der Nichtannahme seiner Vorschläge die Gründung einer großen unabhängigen Flotte von Frachtdampfern. Die Annahme seiner Vorschläge macht indes Schritte in dieser Richtung unnötig.

Die Mitteilung muß sehr überraschen, da erst im Dezember d. J. berichtet wurde, daß die konkurrierenden englischen, amerikanischen und deutschen Schiffahrtsgesellschaften auf Anregung des Herrn Balfour von der Hamburg-Amerika-Linie Vereinbarungen getroffen haben, die ein gleiches Ziel verfolgten. Zwar ist über diese Vereinbarungen nichts Bestimmtes bekannt geworden, aber man nahm nach den Andeutungen, die in die Presse gelangten, allgemein an, daß die Konferenz der Schiffahrtsinteressenten in Köln kein anderes Ergebnis haben konnte, wenn ihre Verhandlungen von Erfolg begleitet waren. Das „Berl. Tagebl.“ berichtete am 13. Dezember 1901:

„Nach einem aus Hamburg eingehenden Privat-Telegramm bestätigt Herr Ballin von der Hamburg-Amerika-Linie die Richtigkeit unserer jüngsten Parlaments-Ausgabe über die künftigen Verhandlungen durch die Mitteilung, daß der Abschluß einer Vereinbarung deutscher, englischer und amerikanischer Gesellschaften erreicht werden soll, wonach der Betrieb der beteiligten Gesellschaften nach gewissen einheitlichen Gesichtspunkten geregelt, ein planmäßiges Zusammenwirken herbeigeführt und eine wirtschaftliche Ausnutzung des vorhandenen Schiffsmaterials erreicht werden soll.“

Als die Verständigung mit den englischen, amerikanischen und deutschen Gesellschaften zu Stande kam, nahm man allgemein an, daß auch Morgan dabei seine Hände im Spiel hatte, da auf die Zustimmung von jener Seite schon damals Wert gelegt wurde. Galt doch der amerikanische Gründer als der Befürworter der „White Star“ und der „Cunard“-Linie, oder mindestens war er bemüht, durch Aktienkäufe einen Einfluß zu gewinnen. Mit der englisch-amerikanischen Vereinbarung wäre die Spitze gegen die deutschen Gesellschaften gerichtet, da von hier ein sehr starker Frachtdruck nach Amerika unterhalten wird. Was demgegenüber das Abkommen in Köln noch für einen Wert hat, vorausgesetzt, daß es überhaupt ein beachtenswertes Resultat zeitigte, ist nicht zu erkennen. An der Börse tauchte das Gerücht auf, daß auch die Herren Ballin und Wiegandt an dieser Konferenz teilnehmen werden. In diesem Fall handelte es sich also um einen Trust der großen Schiffahrts-Gesellschaften einschließlich derjenigen in Deutschland. Mit dieser Ergänzung erscheint das Unternehmen in anderem Licht. Es würde eine Ausdehnung und Verstärkung der ersten Vereinbarung bedeuten. Als solche ist es auch von der Börse aufgefaßt, die auf jene Meldung sofort eine Kurssteigerung der Schiffahrtssaktien eintreten ließ. Sicher sind die amerikanischen Interessenten der in Trust vereinigten Industrie-Unternehmungen schon jetzt eifrig bemüht, für den Fall eines Abganges der Industrie durch billige Frachten und praktische Ausnutzung des Schiffahrtsverkehrs mit ihren Fabrikaten den Weltmarkt zu überschwemen.

**Die Ermäßigung des Bankdiskonts.** Die Reichsbank hat den Diskont von 4 auf 3½ Proz. und den Lombardzinsfuß von 6 auf 4½ Proz. herabgesetzt. Der Bankdirektor begründet die Maßregel wie folgt:

Der Rückfluß von Mitteln ist neuerdings sehr stark, so daß die Kassen in Weicheln und Lombards bereits nennenswert unter die Nullen der letzten Jahre gesunken sind. In der zweiten Januarwoche wurden das Lombard- und das Wechselkonto zusammen um mehr als 113 Millionen Mark erleichtert (gegen 127 Millionen in 1901 und 133 Millionen in 1900), wodurch die Gesamtanlage nunmehr auf 869,5 Mill. gestiegen ist, während in der gleichen Zeit des Vorjahres noch 841,6 Mill. und 1900 894 Mill. in Weicheln und Lombard angelegt waren. Als günstiger Umstand fällt ferner die beständige Steigerung des Metallbestandes ins Gewicht, der in der letzten Woche allein um 57,5 Mill. gegen 51,7 beziehungsweise 45 Mill. in den beiden Vorjahren stieg und jetzt 900,4 Mill. gegen 812,7 Mill. und 775,8 Mill. in den vorangegangenen Jahren beträgt. Die Rotencirculation nahm dementsprechend in der letzten Woche um 103,5 Mill. ab gegen 104,1 und 111,24 Mill. in den Vorjahren. Der Gesamtumlauf ist auf 1257 Mill. gesunken, in 1901 betrug er 1205, in 1900 1154 Millionen Mark. Die steuerfreie Notenreserve beläuft sich jetzt auf 109,5 Millionen Mark gegenüber einer solchen von 94 Millionen im Vorjahre; vor zwei Jahren waren zur gleichen Zeit noch 47,7 Millionen Mark steuerpflichtig. Alle diese Umstände sind einer Diskontermäßigung günstig; hinzu tritt die außerordentliche Flüssigkeit des offenen Geldmarktes, die in dem niedrigen Privatdiskont von 2 Proz. zum Ausdruck kommt, sowie die weiche Tendenz der ausländischen Wechselkurse. Immerhin gebiete doch die Vorsicht, vorläufig nur um ½ Proz. mit dem Diskont herabzugehen, zumal der englische Geldmarkt immer noch eine relative Knappheit zeigt.

### Gewerkschaftliches.

#### Berlin und Umgegend.

**Achtung, Holzarbeiter!** In der Tischlerei von Hühler, Lauffer Platz, bestehen Differenzen zwischen dem Arbeitgeber und seinen Kollegen wegen Lohnabzügen. Da Herr Hühler in der „Volks-Zeitung“ Löhler sucht, verweisen wir die Kollegen auf die Beschlüsse des Verbandes, daß während der Dauer von Differenzen in den betreffenden Werkstätten Arbeit nicht angenommen werden soll. In den Werkstätten von Weinland, Geisler und Ziehe sind die Differenzen noch nicht beigelegt.

**Achtung, Schraubendreher!** Der Streik bei der Firma Stelzner dauert fort. Bezugserhalten. Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin

Verantwortlicher Redakteur: Carl Reid in Berlin. Für den Inseratenteil

### Deutsches Reich.

**Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter beider Welten.** Nach einer Zusammenstellung des Arbeitsamtes von New-York ist die Zahl der in den Industriestaaten organisierten Arbeiter folgende: England kommt an erster Stelle mit 1 906 116; sodann kommen die Vereinigten Staaten Nord-Amerikas mit Canada mit 1 600 000. Sodann folgt Deutschland mit 995 485, Frankreich mit 538 832, Oesterreich mit 157 773, Dänemark mit 101 000, Ungarn mit 64 000, Schweden mit 58 340, die Schweiz mit 49 084 und endlich Spanien mit 31 558.

**Der Centralverein der Bildhauer** hat unter der gegenwärtigen Krise ganz außerordentliche Aufwendungen für die arbeitslosen Mitglieder zu machen. Im ersten Quartal 1901 betrug die Summe der Unterstüßungen für Arbeitslose am Orte **28 730 Mark**, für das laufende Quartal schätzt der Vorstand die notwendig werdende Summe sogar auf **nicht unter 35 000 Mark**. Der Vorstand schlägt nun den Verwaltungsräten, um auch bei eventuellen Abwehrstreiks gerüstet zu sein, vor, von der 7. Woche d. J. an auf vorläufig 13 Wochen einen **Extrabeitrag von 10 Pf.** pro Woche zu erheben. Wenn sich die Mehrzahl der Verwaltungsräte für den Antrag erklärt, gilt derselbe nach § 23 des Statuts als angenommen.

**Die Aussperrung der Glasarbeiter**, die an der Spitze ihrer kämpfenden Kollegen standen, soll nach dem „Nachgehenden“ noch einige zeitlang aufrecht erhalten werden. — Interessant dürfte die Mitteilung sein, daß auch der „bekannte“ Graf Arnim Glasbüttenbesitzer ist. Ob und inwieweit er an der Aussperrung sich beteiligt, ist allerdings unbekannt.

**Gewerkschaftspropaganda.** Vor einiger Zeit brachten wir eine Notiz über den „Correspondent“ der Buchdrucker, in der wir denselben aus Anlaß seines Eintritts in den 40. Jahrgang als das älteste deutsche Gewerkschaftsblatt bezeichneten. Es dürfte interessieren, bei dieser Gelegenheit auch das Alter einiger anderer Gewerkschaftsblätter kennen zu lernen. „Der Handlöhnmacher“ erscheint seit 83 Jahren, der „Correspondent für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Gut- und Filzwaren-Industrie“ steht im 31. Jahrgang. „Die Ameise“, das Organ des Verbandes der Porzellan- und verwandten Berufsarbeiter beiderlei Geschlechts, ist in den 29. Jahrgang seines Erscheinens getreten, die „Deutsche Metallarbeiter-Ztg.“ ist in ihr 20. Lebensjahr eingetreten, von der „Buchbinderztg.“ erscheint der 18. Jahrgang, vom „Vereins-Anzeiger“, Organ der Vereinigung der Maler, der 16. Jahrgang und eine Reihe anderer Gewerkschaftsblätter haben ihren 15. Jahrgang begonnen.

### Ausland.

**Kein Maurer nach Stockholm!** Die Baumunternehmer Stockholms wollen die Löhne der Maurer um 10 Proz. herabsetzen. Die Verhandlungen, die zwischen den Vertretern der beiderseitigen Organisationen stattfanden, haben bis jetzt zu keiner Einigung geführt.

### Aus der Frauenbewegung.

#### Die Kinder der Armut.

Ein Artikel der „Voll“, der sich mit der Tätigkeit der von der Berliner Polizei angestellten Aufwächterinnen für das Pflegerkindwesen beschäftigt, enthält ein interessantes Zugeständnis. Es handelt sich in dem Artikel um eine Verteidigung der Einrichtung der besoldeten Aufwächterinnen, deren vorläufig 10 mit einem Jahresgehalt von 500 M. auf Monatsfindung angestellt sind. Verschiedene Leute schrieben sich über die neuen weiblichen Polizeibeamtinnen eintrüben zu haben, und diese zu bekräftigen, ist der Artikel bestimmt. So heißt es darin unter anderem:

„Während die freiwilligen Helferinnen, die sich bisher der Aufsicht über die Waisenfrauen widmeten, sich nicht immer ganz in die mannigfachen Verhältnisse und Beziehungen, die nicht stets die besten und erträglichsten waren, einpassen konnten und sich häufig über Dinge sittlich entrüsteten, die nun einmal, ohne die Moral der Kinder schädigend zu beeinflussen, von den beschränkten Wohnungsverhältnissen, von der materiellen Lage und von der ganzen Umgebungswelt der Armut ungetrennt sind, ist den nunmehr angestellten Damen streng zur Pflicht gemacht worden, ohne übertriebene Prädikate sorgsam und objektiv zu prüfen, ob die Kinder in guter Obhut sind.“

Das ist wirklich sehr nett! Die bisherigen freiwilligen Helferinnen, das waren natürlich zumeist Damen aus wirtschaftlich verhältnismäßig gut gestellten Kreisen; sie brachten ihre Anschauungen über Sittlichkeit und über genügende Fürsorge für die armen Waisenkinder mit und legten ihren Maßstab an bei den Forderungen für die gute Obhut der Pflegerkinder. Sie mögen da wohl manchmal die Hände über dem Kopf zusammenschlagen haben über das Fleiß, das sie vorfinden, dem sie ihre Kinder niemals abgeben sehen möchten. Und sie brachten auch „Geschichten in die Öffentlichkeit“, wie der Polizei-Offizier ausplaudert; Geschichten, die die Polizei nachher immer als „unwahre“ befand. Bei der Armut ist das nun einmal so; ein physisches und sittliches Fleiß, das halbwegs gut finanzierte und deshalb gestützte Leute mit Entsetzen erfüllt, das kann die Moral der Kinder der Armut weiter nicht schädigend beeinflussen. Man müsse doch bedenken, so heißt es weiter in dem netten Artikel, daß es sich hauptsächlich um die unehelichen Kinder von Dienstmädchen, Tanten und dergleichen handelt; deshalb haben die neuen besoldeten Pflegerinnen strenge Anweisung, in dem Punkte ja nicht präde zu sein und der Polizei nicht wieder mit dem Maßstabe wohl finanzieller, in anständigen Verhältnissen lebender Menschen zu kommen!

**Genossinnen!** Nur zu gut wißt Ihr alle, daß das entscheidende Jahr für die arbeitenden Frauen eine Zeit schwerer Sorgen, harten Ringens um das tägliche Brot gewesen, und auch daß mit dem neuen Jahr keine sichtbare Besserung der traurigen Verhältnisse ersicht. Das Geiseln der Arbeitslosigkeit klopft nach wie vor mit der Knochenhand an manches Fenster; der nahende Winter wird nur durch die äußerste Anstrengung, durch unermüdete Kapitulation, durch die gewaltige Bewegung des Volkes abgewendet werden können. Kampf ist die Lösung des Tages auf dem weiten Gebiet sozialpolitischer Tätigkeit. Und mit gerechtem Stolz kann die Proletarierin von sich sagen, daß sie in diesem Kampfe ihren Mann stellt, soweit sie kann und — darf.

Ihre freiwillige Mitarbeit ist nicht leicht. Muß doch die opferfreudige Kämpferin auf Schritt und Tritt erfahren, daß ihr der Weg versperrt wird durch die Gesetze, welche ihre Arbeit hemmen und Schwierigkeiten vor ihr aufstürmen, weil sie eine Frau ist. Das Vereinsgesetz stempelt sie zur Unmündigen; als Staatsbürgerin genießt sie der vollkommenen Rechtsfähigkeit. Pflichten zwar werden ihr gnädig auferlegt; sie darf Steuern zahlen, sei es auch nur von dürftigen Erwerb. Die Eintreibung der Steuer wird nicht mit Rücksicht auf ihr Geschlecht verboten; hier wird sie ganz so behandelt, als sei sie ein Mann. Nur wenn es sich um die Rechte des Staatsbürgers handelt, da erinnert man sich ihres Geschlechts, um sie als Wesen zweiter Klasse hinzustellen.

Die Partei, welche als die einzige die Interessen der Frauen nach allen Richtungen hin wahrnimmt, die sozialdemokratische, tritt auch für ihre politischen Rechte im weitesten Umfange ein. Aber es ist — Not, daß auch die Frauen selbst beweisen, wie sehr es ihnen Ernst ist mit der Forderung nach staatsbürgerlichen Rechten. Zu Ende dieses Monats, den 27. oder 28. Januar, wird in einer öffentlichen Versammlung Genossinnen Zeilen über die politische Rechtsfähigkeit der Frauen sprechen. Es steht zu hoffen, daß die zahlreiche Beteiligung gerade der Frauen Zeugnis ablegen werde von dem lebendigen Verlangen nach Abänderung der jetzigen ungerechten und unbilligen Gesetze.

Die Vertrauensperson.  
**Die Plätterinnen Charlottenburgs** werden besonders eingeladen zu einer Versammlung, die der Verein der Wäschebranche Montag, den 20. Januar, abends 8½ Uhr bei Bernise, Charlottenburg, Niemarckstr. 34, abhält. In dieser Versammlung wird Prof. Rinders einen Vortrag über Fabrikinspektion halten.

Verantwortlich: H. Glöck in Berlin. Druck und Verlag von Max Wading in Berlin

### Zum Apotheken-Boykott.

Die Einigungsverhandlungen zwischen den Apothekern und den Krankenkassen-Vertretern wurden gestern, Sonnabendabend, unter dem Vorsitz des Gewerkegerichts-Direktors Herrn v. Schufz im Bürgerhaale des Rathauses fortgesetzt. Bei Eröffnung der Verhandlungen verweist der Vorsitzende darauf, daß die Parteien bereits zum fünftmale zusammengekommen, und er bittet die Parteien nichts unversucht zu lassen, um bei den heutigen Verhandlungen eine beide Teile befriedigende Einigung zu erzielen.

Namens der Kassenvertreter berichtet sodann Simanowski, daß die Verammlung der Krankenkassen-Vorstände erst nach längerer Debatte den von den Kassenvertretern bei den vorigen Verhandlungen gemachten Vorschlägen ihre Zustimmung gegeben hat, und daß die Kassen zu weiteren Konzessionen nicht geneigt sind. Demzufolge lauten die Vorschläge: 10 Proz. Sconto für 1902 und 12½ Proz. für 1903. Revision des „schwarzen Buches“ und Aenderung des gelben (Drogisten-)Rezeptformulars durch Streichung der Worte, wonach die betreffende Verordnung den Apothekern nicht honoriert wird.

Von den Apothekern wird hierauf folgende Erklärung schriftlich abgegeben:

„Die vereinigten Apotheker Berlins und der Umgegend eröffnen den Krankenkassen unmittelbar nach Aufhebung des Boykotts wiederum Kredit und gewähren bei Beleg der Rechnungen innerhalb 30 Tagen nach Empfang an Stelle von Rezeptur-Rabatt ein Kassa-Sconto von 7 Proz. auf den Gesamtbetrag der Lieferung. — Die gesamte Lieferung für die Krankenkassen, entsprechend den bis zum 1. Mai 1901 in Geltung gewesenen Vereinbarungen, hat ausschließlich durch die Apotheken zu erfolgen, jede Beeinflussung der Kassenpatienten von Seiten der Kassen direkt oder durch Vermittlung der Ärzte indirekt in anderer Richtung ist unstatthaft.“

Nach diesen Erklärungen ziehen sich der Vorsitzende und die Vertrauensmänner zur Beratung zurück und unterbreiteten den Vertretern schließlich folgende Einigungsbedingungen:

1. a) 10 Proz. Sconto bei 30tägiger Regulierung ohne Steigerung.
- b) Gleichstellung der Drogisten und sonstigen Abnahmestellen mit den Apothekern bezüglich der Lieferungen der dem freien Verkehr überlassenen Mittel unter der Bedingung, daß von Seiten der Kassen zu Gunsten bestimmter Abnahmestellen weder eine direkte noch indirekte Beeinflussung ausübt wird.
- c) Aufhebung der Selbstdispensation der Kassen.
2. Die von den Parteien abgegebenen Erklärungen sind vorbehaltlich der Genehmigung ihrer Auftraggeber aufzufassen und sollten die Vertreter gehalten sein, im Sinne ihrer Erklärungen bei ihren Auftraggebern zu wirken.

Herr Dr. Freudenberg wendet sich gegen die Art der Vorschläge, die von den Apothekern gemacht wurden, und führt namens der Kassenvertreter aus, daß die verfohlenen Worte des Vorsitzenden durchaus den Wünschen und Hoffnungen der Kassen entsprechen, daß die Erklärung der Apotheker aber diese Stimmung vollständig gestört hat; denn unter solchen Bedingungen sei eine Einigung einfach unmöglich. Diese Erklärung sei der reine Dohn. Das Verlangen, daß die Apotheker in Zukunft wieder die alleinigen Lieferanten der Kassen sein sollen, heißt den Kassen eine erlöste Handlung gegenüber den Drogisten zuzumuten. Wenn die Apotheker auf diesem Standpunkt verharren, so ist das eine Provokation und beweist, daß sie den Frieden überhaupt nicht wollen.

Beide Parteien ziehen sich hierauf zur Beratung zurück. Herr Apotheker Marquardt teilt sodann mit, daß er und seine Kollegen den Abzug 1a der vom Einigungsamt gemachten Vorschläge ablehnten, nur höchstens einen Sconto von 7½ Proz. anerkennen, und Abzug 1b nur mit dem Zusatz, daß nur eine Art Rezeptformulare statthaft ist, zustimmen werden. — Mit dieser Erklärung haben die Apotheker auch alle wesentlichen Bedingungen, die vom Einigungsamt vorgeschlagen sind, abgelehnt.

Demgegenüber erklärt für die Krankenkassen Herr Dr. Freudenberg: Abzug 1a wird anerkannt, trotzdem daß die von den Kassen geforderte Steigerung fehlt. Abzug 1b ist in der vorgeschlagenen Form für die Kassen aus den vorher angegebenen Gründen unannehmbar. Die Kassenvertreter sind aber auch bereit, auf eine Vermehrung der den Drogisten überlassenen Mittel zu verzichten. Ferner wollen sie die Aenderung der gelben Rezept-Formulare in der mitgeteilten Weise vornehmen. Außerdem machen sie eine weitere Konzession und zwar die Aufhebung einer Anzahl differenter Mittel aus der Drogistenliste, und sind mit der Entzerrung der juristisch zweifelhaften Mittel einverstanden. Dr. Freudenberg teilt noch mit, daß sich die Kassenvertreter mit dieser Erklärung nur für die heutigen Verhandlungen gebunden erachten, zumal die Apotheker sich an ihre früheren Erklärungen ebenfalls nicht gehalten. Denn sie haben ihre Angebote, unter andern die Gleichstellung der Apotheker mit den Drogisten bei der Lieferung der freigegebenen Mittel, wieder zurückgezogen. Die Kassen haben umso mehr ihre Ursache hierin, da, falls eine Einigung nicht zu Stande kommt, der bisherige Waffenstillstand beendet und der Kampf in möglichst energischer Weise von den Kassen weiter geführt werden wird. Besonders dann, wenn sie zur Abwehr gezwungen, und wenn, wie gerüchtweise verlautet, der Herr Oberpräsident die von ihm erlassenen Verfügungen gegenüber der Kaufmannschaft und der für die gewerblichen Arbeiter in Kraft treten läßt. Nach einer kurzen Erwidmung des Herrn Marquardt giebt der Vorsitzende bekannt, daß beide Obmänner der Meinung sind, daß eine erneute Beratung zwecklos und daß nun die Verhandlungen resultatlos verlaufen seien. Bevor der Vorsitzende die Sitzung aufhebt, giebt er noch eine Erklärung bezüglich des von den Apothekern seiner Zeit kritisierten Verhaltens der Betriebskrankenkasse der Stadt Berlin ab, die etwa folgendermaßen lautete:

„Es ist bekauptet worden, daß die Betriebskrankenkasse der Stadt Berlin eine sührende Rolle im Boykott gespielt habe, und daß die Vertreter des Magistrats im Vorstande dieser Kasse dabei den Ausschlag gegeben hätten, zum mindesten im Stande gewesen wäre, die Stellungnahme der Kasse zu verhindern. Allerdings seien diese Vertreter auch der Ansicht gewesen, daß die Apotheker den Kassen gewisse Vorteile gewähren könnten, sie sind aber im Vorstande nur drei, die Vertreter der Kassen sechs. Auch hielten sich die Arbeitgeber-Vertreter im Vorstande der Kasse nicht für berechtigt, die Arbeitnehmer bezüglich der Ausübung ihres Selbstverwaltungsrechts bei so wichtigen Dingen zu beeinflussen.“

Hierauf wurde die Sitzung, die nicht zu der erwarteten Einigung geführt, geschlossen. Namens der Kassenvertreter dankte Simanowski dem Vorsitzenden für seine unparteiische Leitung und die gehaltenen Bemühungen.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Leipzig, 18. Januar.** (W. Z. V.) Die Leipziger „Neuesten Nachrichten“ melden aus Göttingen: Infolge der Krise auf dem Kupfermarkt ließ die Mansfelder Aufschneider bauende Gesellschaft eine Ermäßigung der Normallohnbedingungen vom 1. Februar ab eintreten, die sowohl die Arbeiter, als die Beamten betrifft. Die Bedingungen wurden schon vor einigen Wochen herabgesetzt, man hofft dadurch Arbeiterentlassungen zu vermeiden.

**Wien, 18. Januar.** (W. Z. V.) Wie den Abendblättern aus Graz gemeldet wird, ist der Schädelsamerling heute auf dem St. Leonharder Friedhof beigesetzt worden. Eine Gerichtskommission ließ erst durch Jansen die Identität des Schädels feststellen, worauf letzterer in den Sarg Hamerlings gelegt wurde.

**Rom, 10. Januar.** (W. Z. V.) Die Mailänder Socialisten beschloßen auf Vorschlag Ferris ein Volkshaus nach Mailand designt in Drüßel zu errichten.

**Wien, 18. Januar.** (W. Z. V.) Wie den Abendblättern aus Graz gemeldet wird, ist der Schädelsamerling heute auf dem St. Leonharder Friedhof beigesetzt worden. Eine Gerichtskommission ließ erst durch Jansen die Identität des Schädels feststellen, worauf letzterer in den Sarg Hamerlings gelegt wurde.

**Rom, 10. Januar.** (W. Z. V.) Die Mailänder Socialisten beschloßen auf Vorschlag Ferris ein Volkshaus nach Mailand designt in Drüßel zu errichten.

**Wien, 18. Januar.** (W. Z. V.) Wie den Abendblättern aus Graz gemeldet wird, ist der Schädelsamerling heute auf dem St. Leonharder Friedhof beigesetzt worden. Eine Gerichtskommission ließ erst durch Jansen die Identität des Schädels feststellen, worauf letzterer in den Sarg Hamerlings gelegt wurde.

**Rom, 10. Januar.** (W. Z. V.) Die Mailänder Socialisten beschloßen auf Vorschlag Ferris ein Volkshaus nach Mailand designt in Drüßel zu errichten.

**Wien, 18. Januar.** (W. Z. V.) Wie den Abendblättern aus Graz gemeldet wird, ist der Schädelsamerling heute auf dem St. Leonharder Friedhof beigesetzt worden. Eine Gerichtskommission ließ erst durch Jansen die Identität des Schädels feststellen, worauf letzterer in den Sarg Hamerlings gelegt wurde.

**Rom, 10. Januar.** (W. Z. V.) Die Mailänder Socialisten beschloßen auf Vorschlag Ferris ein Volkshaus nach Mailand designt in Drüßel zu errichten.

Reichstag.

121. Sitzung vom Sonnabend, 18. Januar 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf v. Posadowsky.

Die Besprechung der Interpellation Albrecht (Soz.) betr. Maßregeln gegen die Arbeitslosigkeit wird fortgesetzt.

Abg. Graf v. Kanitz (kons.)

Der Herr Abg. Gothein hat gestern auf die verminderte Einfuhr an Eisen hingewiesen und damit behauptet, daß die Lage der Eisenindustrie doch eine ganz gute sein müsse. Er hat aber nicht berücksichtigt, daß diese verminderte Einfuhr auf eine verminderte Aufnahmefähigkeit beruhen kann, und daß die Eisenindustrie außerdem vielfach mit Verlust exportiert. Die Hauptzufuhr von Eisen und Maschinen stammt übrigens aus Amerika. Demgegenüber freue ich mich, daß in der Zolltarif-Kommission die Herren Freiherr Sehl zu Herrnsheim, Rühlmann-Ferber und Graf Oriola sich für eine genügende Schutzzollpolitik gegenüber Amerika ausgesprochen haben. Der Umfang der jetzigen Arbeitslosigkeit wird ganz kolossal übertrieben. Die Korrespondenz „Der Arbeitsmarkt“ schätzt die Zahl der Arbeitslosen im Dezember auf 385 000. Im Dezember 1895, also in Zeiten der aufsteigenden Konjunktur wurden 771 000 Arbeitslose gezählt, nicht 500 000, wie Herr Jubel sagte. Sehr schwierig ist es auch, die Zahl der Streikenden festzustellen. 1000 wurden 1402 Streiks gezählt; an manchen derselben nahmen 100 bis 1000 Personen teil. Die Herren Sozialdemokraten werden doch nicht verlangen, daß die staatliche Fürsorge sich auch auf die Streikenden erstreckt (Abg. Singer: Jawohl). Nun, die Verlangen müssen Sie noch näher begründen. Unter den Arbeitslosen befinden sich weiter auch eine große Menge solcher, die überhaupt nie arbeiten. Man schätzt die Zahl der Wagnarbanden in Deutschland auf ca. 200 000. — Wichtig ist die Frage, welche Maßregeln zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu ergreifen sein werden, denn ich gebe durchaus zu, daß es ein bedauerlicher Zustand ist, wenn so viele menschliche Arbeitskräfte brach liegen. Eine Verpflichtung des Reichs oder der Einzelstaaten, für die Arbeitslosen zu sorgen, kann ich nicht anerkennen. Der jetzige Zustand ist herbeigeführt worden durch die Entwicklung der Großindustrie auf Kosten der Kleinindustrie und der Landwirtschaft. Die Kommunen, die von dieser Entwicklung den größten Vorteil gehabt haben, werden daher auch hier in erster Linie einzutreten haben. Anders sehe ich natürlich zu der Frage, ob der Staat nicht zur Verneuerung der Arbeitsgelegenheiten beitragen könnte durch Erteilung größerer Aufträge zur Befriedigung wirklich vorhandener Bedürfnisse. So habe ich es mit Freuden begrüßt, daß der preussische Eisenbahnminister gerade in neuester Zeit den Bau von 4000 Eisenbahnwagen und 500-800 Lokomotiven noch in Auftrag gegeben hat. Lediglich zu bebauen ist, daß deutsche Kapitalien so vielfach ins Ausland gehen. Dadurch muß naturgemäß die Krise noch verschärft werden. Auf keinen Fall sollte aber dieses Streben noch amtlich unterstützt werden. Leider ist dies in neuester Zeit erst dadurch geschehen, daß der Vorkäufer in Konstantinopel angewiesen worden ist, nach Kräften dafür zu wirken, daß die Konzeption für die anatolische Eisenbahn den beteiligten deutschen Banken erteilt werde. — Herr Jubel hat gestern von dem die Krise verschärfenden Gebahren der Syndikate gesprochen, leider nur sehr nebenbei. Ich konstatiere, daß das Kohlenjudikat in Zeiten der Kohlennot die Preise nicht herabsetzt, ja die Produktion noch eingeschränkt hat. (Hört, hört!) Das Kohlenjudikat hätte obendrein noch den Beschluß, den Jechen, die freiwillig weniger produzierten, eine Entschädigung von 1 M. pro Tonne zu zahlen. 36 000 M. erhalten die Jechen aus der Syndikatskasse für 36 000 Tonnen weniger Förderung und zwar jährlich bis zum Jahre 1905. (Hört, hört!) Die hohen Dividenden von 11-25 Proz., welche die Kohlenjechen zahlen, stehen auch mit den Klagen über die Arbeitslosigkeit in auffälligem Kontrast. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich komme nun zu den Coalksyndikaten. Auch diese Syndikate haben ihre Produktion eingeschränkt, teilweise um 43 Proz. Daher kommt es, daß der Absatz von westfälischem Coak in diesem Jahre um 12 Proz. niedriger ist als im Vorjahr. — Auch die Eisenindustrie verkauft nach dem Auslande bedeutend billiger als im Inlande. Meine Stellung zu den Syndikaten habe ich an dieser Stelle schon des Öfteren klar gelegt. Ich halte es aber für ganz verfehlt, wenn dieselben noch vom Staate unterstützt werden. So war 1893, als das Kohlenjudikat gegründet wurde, der preussische Eisenbahnminister der erste, der es als souverän anerkannte. Während bis dahin der Kohlenbedarf auf dem Wege der Liquidation ausgeschrieben wurde, wurde 1893 der Bedarf für die rheinisch-westfälischen Eisenbahnen beim Syndikat abgeschrieben. Der Minister hatte einen Preis von 7,50 M. per Tonne festgelegt. Das Syndikat forderte 8 M., was der Minister dann auch bezahlte; heute ist der Preis bis auf 10,82 M. per Tonne heraufgetrieben. (Hört, hört! rechts.) Weshalb bezieht der Minister den Kohlenbedarf nicht bei nichtsyndizierten Jechen? Ich werde mich nun zu den Vorschlägen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit äußern. Man sprach von der Verbesserung des Arbeitsnachweises. Eine Zentralisierung der Arbeitsnachweise über ganz Deutschland halte ich nicht für richtig. Sie würde noch mehr dazu führen, daß die Arbeitskräfte von dem platten Lande in die Industriezentren gezogen werden. Ich würde wünschen, daß man vielmehr auf das Agentennetzwerk sein Augenmerk richtete. Die Agenten verschweigen sehr oft den Arbeitern, daß sie auf der neuen Arbeitsstätte in der Stadt viele Lebensbedürfnisse sehr teuer bezahlen müssen, die sie bei der bisherigen Beschäftigung auf dem Lande fast oder ganz umsonst erhielten. — Eine Arbeitslosen-Versicherung, für die auch die Unternehmer zahlen müssen, wäre kaum durchführbar. Man kann weder von dem landwirtschaftlichen Unternehmer noch von dem landwirtschaftlichen Arbeiter verlangen, daß er für eine solche Versicherung, die für ihn gar keinen Wert hat, Beiträge zahlt. Unsere Industrie andrerseits leidet heute schon unter den Lasten, die ihr die sozialpolitische Gesetzgebung auferlegt. — Viel annehmbarer erscheint mir dagegen, daß man die Arbeiter auf vermehrte Sparsamkeit in den Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs hinweist. — Wir wollen gerne das unsere tun, um der Arbeitslosigkeit zu begegnen. Das wirksamste Mittel erblicken wir in der Ausgestaltung unserer Handelspolitik, in der Sicherung der deutschen Arbeit gegen die ausländische Konkurrenz. Deshalb legen wir auch hier das Schwergewicht auf den neuen Zolltarif. (Sehr richtig! rechts.) Ich weiß, daß die Wünsche unserer Industriellen fast durchweg auf verstärkten Zollschutz gehen. Wird daher die Beratung des neuen Zolltarifs verschleppt und bleibt der bisherige weiter bestehen, so wäre das ein Unglück für unsere Industrie und für Hunderttausende von Arbeitern, die mit ihrem Wohlergehen lediglich von dem Prosperieren der industriellen Betriebe abhängen. Der französische und amerikanische Arbeiter weiß auch bereits sehr genau, was der Schutz der einheimischen Produktion für ihn zu bedeuten hat. Wir wollen diesen Schutz und sind daher die besten Freunde der Arbeiter. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Diejenigen, die den Zolltarif zu Fall bringen wollen, jagen den Kst ab, auf dem sie sitzen. (Lachen links. Bravo! rechts.)

Abg. Hoffmann-Dillenburg (natl.):

Wir erkennen das Bestehen eines Notstandes an. Dieser beschränkt sich aber auf bestimmte Industriezweige und einzelne Orte,

— Ich muß meinen Freund Schlumberger gegen die Beschuldigung in Schutz nehmen, die gestern der Abg. Jubel gegen ihn erhob. Nichts liegt meinem Parteifreunde ferner, als eine Ausbeutung der Kinderarbeit. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) — Ich bin der Meinung, daß Krisen immer wiederkehren werden, und daß wir gegen dieselben machtlos sind. Wir müssen zweierlei Arten von Arbeitslosen unterscheiden, erstens die periodischen, zweitens diejenigen, die durch die herrschende Krise arbeitslos geworden sind. Eine gewisse Verpflichtung des Staates dafür zu sorgen, daß die letztere Kategorie von Arbeitern Arbeit finden, erkennen wir an. Zunächst müssen natürlich die ausländischen Arbeiter zu Gunsten der deutschen zurücktreten. Auch auf Seiten der internationalen Sozialdemokratie macht sich ja eine etwas feindselige Stimmung gegen die ausländischen Arbeiter bemerkbar. Herr Jubel bezeichnete sie als Lohndrücker, in vielen Fällen trifft dieser Vorwurf aber nicht zu. Auch gegen die Frauenarbeit besteht innerhalb der Sozialdemokratie eine gewisse Animosität. Anders kann ich die Ausführungen des Herrn Interpellanten nicht verstehen. Ein Arbeitsministerium steht mit der Befassung in Widerspruch. Dagegen halte ich eine fortlaufende Statistik über die Verhältnisse des Arbeitsmarktes und der Arbeiter für sehr wünschenswert. Ebenso befinde ich mich mit Herrn Hise in der Forderung eines zentralisierten Arbeitsnachweises mit Vermittlungsstellen über ganz Deutschland unter Benutzung der Telegraphenämter in Uebereinstimmung. Der Frage der Arbeitslosen-Unterstützung durch das Reich können wir erst näher treten, wenn die bis jetzt fehlenden statistischen Unterlagen beschafft sind. Der Gedanke einer obligatorischen Arbeitslosenunterstützung in Anlehnung an die Versicherungsgesellschaften ist mir durchaus sympathisch. (Zu einzelnen bleiben die Ausführungen des Redners auf der Tribüne unverständlich.)

Sächsischer Bundesbevollmächtigter Graf v. Pöhlenthal:

Der Herr Abg. Jubel hat gestern behauptet, daß von der sächsischen Eisenbahndirektion eine große Anzahl Entlassungen vorgenommen habe. Da ich gestern nicht genügend über diese Angelegenheit informiert war, konnte ich dem Abg. Jubel nicht erwidern. Ich erhalte nun heute von dem sächsischen Finanzminister v. Walzdorf ein Telegramm, das ich wörtlich verlesen will: „Der sächsische Staatsregierung ist nichts davon bekannt, daß Leute, die dauernd im Eisenbahndienste beschäftigt sind, entlassen werden sind. Anders verhält es sich mit sogenannten Gelegenheitsarbeitern, die in Zeiten der günstigen Konjunktur angenommen wurden. Von diesen ist allerdings eine Anzahl entlassen worden; dieselben sind aber nach Möglichkeit bei staatlichen Bauten untergebracht worden.“ (Zu v. Walzdorf.) Bei dieser Gelegenheit will ich erwähnen, daß einer großen sächsischen Fabrik, Gebr. Hartmann, von der Regierung ein großer Auftrag in Lokomotiven erst erteilt wurde, nachdem dieselbe sich bereit erklärt hatte, sämtliche entlassenen Arbeiter wieder einzustellen. (Bravo! rechts.)

Abg. Camp (Sp.):

Ich habe mich gefreut über die ruhige und sachliche Art, mit der Herr Jubel die Interpellation begründete. Er fand sogar ein Wort zu Gunsten der Arbeitgeber, wenn auch nur für die Minorität derselben. Seine Ausführungen in dieser Beziehung standen in wohlthuendem Kontrast zu der gehässigen Art, mit der sonst die Herren Sozialdemokraten über die Arbeitgeber sprechen. — Von vornherein möchte ich betonen, daß ich hier zum größten Teil nur meine persönlichen Anschauungen vertreten werde. — Ich bin mit Herrn Jubel durchaus darin einverstanden, daß bei der Feststellung des Umfangs der Arbeitslosigkeit auch Vertreter der Arbeiterorganisationen hätten gehört werden müssen. Daß die Arbeitslosigkeit tatsächlich in großem Umfange vorhanden ist, leugnet auch die preussische Staatsregierung nicht. Die Thatsache hätte allerdings genügen müssen, um für Reich und Einzelstaaten zur Unterlage für ein planmäßiges Vorgehen gegen die Arbeitslosigkeit zu dienen. — Herr Jubel wies auf die Zustände in Frankfurt a. M. hin und erwähnte die Befwerden über das Vorgehen der Polizei bei den Krawallen. Wenn aber die freikunigliche Mehrheit im Frankfurter Stadtparlament ihre Pflicht gethan und für genügende Beschäftigung für die Arbeitslosen gesorgt hätte, wäre es zu den Krawallen nicht gekommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Die Handelskammer halte ich nicht für die geeigneten Vertreter der Arbeiterinteressen. Am geeignetsten sind für die Interessenvertretung der einzelnen Berufe die Berufsvereinigungen. Gegenüber Herrn Jubel muß ich bemerken, daß bei den Handwerkerkammern allerdings durch Gesellenauskünfte auch für eine Vertretung der Arbeiter gesorgt ist. Wenn bei den Berufsvereinigungen das Element der Arbeitnehmer verfehlt wird, dann erwarte ich in ihnen ein wirksames Zusammenwirken beider Faktoren für die Erfüllung der Aufgabe, der Arbeitslosigkeit entgegenzutreten. Das das statistische Bureau ausgebaut wird, ist sehr zu begrüßen. Die erste Aufgabe ist natürlich die Fürsorge für die gegenwärtig ziemlich zahlreichen Arbeitslosen. Ob man gut thun wird, jetzt alle vorhandenen Aufträge der Industrie zuzuwenden, auf die Gefahr hin, daß im nächsten Jahre keine Aufträge mehr vorhanden sind, halte ich für sehr zweifelhaft. Herr Gothein hat auch von dem Kanal gesprochen. Zum Bau der Kanäle wird man aber doch Italiener verwenden müssen, das hat der Minister der öffentlichen Arbeiten wiederholt erklärt. Die Leistungen der Arbeitervereine für die Arbeitslosen erkenne ich durchaus an. Aber auf diesem Wege kann die Frage nicht gelöst werden. Ueberhaupt ist die Frage der Arbeitslosen-Unterstützung eine sehr schwierige. In Köln sind die Versuche, mit Hilfe der Kommune eine solche Unterstützung einzuführen, gescheitert. Dagegen könnte vielleicht etwas für die Organisation des Arbeiterkredits gethan werden. Wir haben keine öffentlichen Kreditinstitute, die den Arbeitern Gelegenheit geben, zeitweise Kredit in Anspruch zu nehmen. Das ist eine unerschöpfte Disparität. Bis jetzt haben wir in Berlin und an ein oder zwei anderen Orten öffentliche Leihhäuser. Die Inanspruchnahme derselben beweist schon die Notwendigkeit solcher Kreditinstitute. — Was die Ursachen der Arbeitslosigkeit anlangt, so sieht zweifellos die Entwicklung der Industrie dabei in erster Linie. Auf dem platten Lande giebt es keine solche Krisen. Die Hauptschuld an der Ueberproduktion trägt zweifellos die Umwandlung der meisten industriellen Unternehmungen in Aktiengesellschaften. Solche Gesellschaften dürfen nur dann zur Notierung an der Börse zugelassen werden, wenn sie über ein genügend großes Aktienkapital verfügen. Die Aktiengesellschaften haben nur ein Interesse an möglichst hohen Dividenden, wenn auch nur für ein Jahr. — Eine weitere Schuld an der industriellen Krise trägt die Drangsalierung der Arbeitgeber. Gerade die thätigsten Arbeitgeber haben sich am häufigsten vom Geschäft zurückgezogen, da sie die ewigen Redensarten von „Ausdehnung“ usw. gründlich satt waren. Auch die vielen Bestimmungen der Arbeiterschutz-Gesetzgebung machen den Arbeitgebern häufig die Existenz ganz unmöglich. Wenn ein Unternehmer eine Fabrik errichtet, kommt heute gleich der Fabrikinspektor und verlangt so und so viel Kubikmeter Luft, Raufräume für die Arbeiter und was noch sonst alles. Da muß der Unternehmer natürlich die Wände zumachen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) — Herr Jubel gab die Schuld an der Krise der Anarchie der Produktion. Eine gewisse Anarchie besteht auf diesem Gebiete gewiß und muß bestehen. Der Bedarf wechselt doch kolossal, denken Sie nur an den Einfluß der Mode auf den Bedarf. Die Regelung der Produktion muß Sache der Kartelle sein. Daß diese arg gefährdet haben, erkenne ich durchaus an, ein energisches Einschreiten des preussischen Verkehrsministers hätte aber die Herren vom Syndikat sofort zur Vernunft gebracht. Wenn allerdings erst die Kanäle gebaut sind, dann preisen die Syndikate auf den Minister der öffent-

lichen Arbeiten (Sehr richtig! rechts). Sehr gewundert habe ich mich übrigens über eine Aeußerung des Herrn Gothein, der sagte: in einer großen Zahl schlesischer Kreise seien die Chausseuren überflüssig. (Hört, hört! rechts. Widerspruch des Abg. Gothein.) Das haben Sie nicht gesagt? Na hören Sie mal, ich habe es mir ja sofort notiert. Das sind ja ganz antediluvianische Ansichten. Wer ich gebe zu, daß viele Chausseuren überflüssig werden, wenn die Kanäle gebaut werden. (Sehr richtig! rechts.) — Ich komme noch kurz auf die landwirtschaftliche Frage. Die Landwirtschaft erkennt das Recht ihrer Arbeiter auf dauernde Arbeit an. Sie schließt Jahreskontrakte mit ihren Arbeitern ab, bei ihr trägt also der Arbeitgeber die Lasten der Konjunktur. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Graf Stolberg-Wernigerode: Ich bitte die Hörenden Zwischenrufe zu unterlassen.

Abg. Camp (fortfahrend):

Mich stören die Zwischenrufe nicht. (Große Heiterkeit.) Vielleicht ließe sich auch für das gewerbliche Arbeitsverhältnis wenigstens eine dreimonatliche Kündigungsfrist einführen.

Zur Verminderung der Arbeiterkonzentration in den großen Städten sollte die Eisenbahn-Verwaltung ihre Werkstätten nicht alle in den großen Städten zusammenziehen, sondern auch in den kleinen Städten und auf dem platten Lande Werkstätten errichten. Es handelt sich um die Befestigung des Grundbesitzes. Vor allen Dingen aber müssen, um den Arbeitern bessere Löhne gewähren zu können, die Produktionsverhältnisse der Arbeitgeber geschäftig werden. Nur ein Schutz der nationalen Produktion vor der ausländischen Schleienderkonkurrenz vermag Abhilfe zu bringen. Handelsverträge sind leicht abzuschließen, wenn man dem Ausland alles concediert. Es kommt an auf den Abschluß von Handelsverträgen, die die Mehrheit des Reichstags für sich haben. In diesem Sinne sage ich: bis dat, qui cito dat! (Beifall rechts.)

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Ich bitte mir die Bestimmung der Reichsverfassung zu zeigen, auf Grund deren das Reich positiv mit Notstands-Darlehen einschreiten könnte. Das Reich kann nur innerhalb seines Ressorts beschlossene Aufwendungen machen. Wenn das hohe Haus geneigt ist, sofort eine wesentliche Verstärkung unserer Flotte durchzuführen (Lachen links) und uns gleichzeitig die Steuern zu präsentieren, aus denen diese Flottenverstärkung zu bezahlen ist, dann können wir uns vielleicht abfinden, ob wir einem solchen Antrage stattgeben könnten. Aber solche Anträge, die zur Zustimmung der Einzelstaaten gehören, dem Reiche zuzumuten, ist vollkommen unverständlich. (Abg. Camp: Habe ich nicht gesagt.) Ja, das haben Sie gesagt, Herr Abg. Camp, und ein Abgeordneter ist verantwortlich für das, was er vorschlägt. Wollen wir Mittel verwenden, für die wir gar nicht die Verwaltungsorgane haben? Die Wollschafzucht liegt nicht in den Händen des Reiches. Wenn man der Reichsregierung solche Vorwürfe macht, muß man sie besser begründen, als der Abg. Camp. (Sehr richtig! links.) Die Eisenbahnen in Elßaß-Lothringen werden mit äußerster Beschleunigung gebaut, gerade um dem Notstand möglichst zu begegnen.

Auch mit seiner Besprechung der Armen- und Arbeitslosen-Gesetzgebung-Reform befindet sich Herr Camp vollständig im Irrtum. Es wird innerhalb des preussischen Ministeriums des Innern über die Reform der Armen- und Arbeitslosen-Gesetzgebung verhandelt. Es ist aber selbstverständlich, daß eine solche Reform dem Hause in dieser überleiteten Session nicht mehr vorgelegt wird. Wenn Herr Camp aber glaubt, daß dadurch die Freizügigkeit beschränkt werden könne, so ist es vollkommen unverständlich. Es handelt sich um die Großstädte gegenüber dem platten Lande in gerechter Weise zu den Armenlasten heranzuziehen, aber der Arbeiter muß in seiner freien Bewegung unbeschränkt sein. Ein Armen- und Arbeitslosen-Gesetz, das von den verbandelten Regierungen vorgelegt werden wird, wird nie mittelbar oder unmittelbar den Zweck verfolgen, die Freizügigkeit zu beschränken. Das vertritt sich nicht mit unseren sozialpolitischen Auffassungen und wäre ein ganz ungeeigneter Versuch mit vollkommen untauglichen Mitteln. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Man muß vielmehr die Landwirtschaft in die Lage versetzen, ihre Arbeiter besser zu bezahlen.

Nach einem mir vorgelegten Bericht des Oberpräsidenten von Westpreußen ist dort der Versuch, industrielle Arbeiter dauernd oder vorübergehend auf dem Lande unterzubringen, infolge der Abneigung der Unternehmer völlig gescheitert. Ein Arbeiter, der einmal in einer Fabrik gearbeitet hat, ist für das platte Land verloren. So lange man der Landwirtschaft die Möglichkeit, bessere Löhne zu zahlen, verweigert, werden sich die Arbeitslosen zum Schaden der städtischen Arbeiter — denn schließlich muß ein ganz ungesunder Lohndruck eintreten — fortgesetzt vermehren.

Herr Camp fordert eine schärfere Auslegung des § 16 der Gewerbe-Ordnung. Wir können aber Gesetze nicht hinaus auslegen. Inhaber können manche industrielle Betriebe, die früher störend wirken für die Anwohner, jetzt ohne solche Störung arbeiten.

Noch einige Worte über Frankfurt a. M. Der Regierungspräsident von Wiesbaden hat mir unter dem 10. Januar einen Bericht erstattet, in dem es heißt: In den Arbeiterverhältnissen ist keine Veränderung eingetreten. Die milde Witterung ermöglicht den Fortgang aller Vorkarbeiten. Das Verlangen der Sozialdemokraten, daß die Stadt sofort höhere Summen für Notstandsarbeiten bewillige, ist von den beiden städtischen Körperlichkeiten fast einstimmig zurückgewiesen worden mit Rücksicht auf die außerordentlich vermehrte Notthätigkeit innerhalb der städtischen Verwaltung. Die ganze Lage erfordert nur eine möglichst fürsorgliche Beobachtung der Arbeitsverhältnisse in Frankfurt a. M., giebt aber zu ersten Besorgnissen zur Zeit keinen Anlaß. Dasselbe hat auch der Oberpräsident von Westpreußen berichtet. Die badische Regierung berichtet mir, daß trotz der Verschlechterung in einzelnen Industriezweigen zu besonderen Verschärfungen wegen zu erwartender Arbeitslosigkeit kein Anlaß gegeben ist und auch jetzt von einem Notstand nicht gesprochen werden kann.

Abg. Camp hat bezweifelt, daß nach der bestehenden Armen- und Arbeitslosen-Gesetzgebung Arbeitslose unterstützt werden können. Eine richterliche Entscheidung vom Jahre 1877 aber bestimmt ausdrücklich: Auch arbeitsfähige Personen sind unter Umständen wegen augenblicklicher Erwerbslosigkeit als hilflosbedürftig zu betrachten. In einem Kulturstaat darf man niemand deswegen verhungern lassen, weil er keine Arbeit findet. Wollte man einem Arbeitsfähigen die Armenpflege dauernd verweigern, so würde er und seine Familie bald krank und dauernd arbeitsunfähig. Ich halte es für ganz unzweifelhaft, daß Arbeitslose unter Umständen als hilflosbedürftig anzusehen sind.

Man muß zugestehen, daß in einer Reihe von Industrien die Verhältnisse nicht normal sind und daß sowohl die Reichsbehörden innerhalb ihrer Ressorts wie auch die Staatsbehörden und die Kommunen die volle Verpflichtung haben, alles an Arbeitsgelegenheit zu beschaffen, was sich nach Maßgabe der vorhandenen Mittel beschaffen läßt, und daß auch an die Kommunen die Pflicht herantritt, zu arbeiten zur Zeit auszuführen, die sonst noch vorhanden wären. Aber nach allen bei mir aus ganz Deutschland eingegangenen Berichten kann von einem allgemeinen Notstand nicht die Rede sein. Alle Parteien werden im Interesse der Arbeiter selbst, um die Arbeiter nicht zu entmutigen und um nicht schlaflose Naturen zu ermutigen, sich als arbeitslos zu betrachten, wohl daran thun, nicht unnötig die Zustände düsterer darzustellen, als sie wirklich sind. (Beifall.)

Abg. Lenzmann (fr. Sp.):

Abg. Fischel wird am Montag auf die gegen ihn erhobenen Angriffe antworten. Auch meine Partei erkennt an, daß in vielen Teilen unseres Vaterlandes ein bedauerlicher Zustand der Arbeits-

losigkeit besteht. Aber daran haben Momente mitgewirkt, vor denen wir seit langem gewarnt haben. Die Krise begann mit den großen Bankbrüchen. Diese Bankbrüche sind zum Teil auch darauf zurückzuführen, daß man untern gegen die rasche Konvertierung der Reichs- und Staatspapiere gerichteten Maßnahmen nicht gefolgt ist. Auch die Syndikate haben zur Verschärfung der Krise beigetragen, besonders das Kohlen- und Eisen Syndikat. Das Syndikat zwingt die kleinen Eisenindustriellen, die Kohlenstoffe zu teuren Preisen einzulassen und trotzdem billig zu verkaufen. Es bemüht also seine Uebermacht, um arbeitswilligen Rohmaterialien die Arbeitsgelegenheit zu nehmen, that also daselbe, was für Arbeiter seiner Zeit mit Justizhaus bestraft werden sollten. — Die hauptsächlichste Ursache der Krise ist die schwankende Politik der Regierung. Der Reichstag hat das Vertrauen zu der Regierung in den Kreisen der Industriellen, des Handels und des Publikums untergraben. Wir würden eine feste, wenn auch gemäßigtere Politik der Regierung einer solchen schwankenden Politik gegenüber mit Freuden begrüßen. Dann wüßten wir doch wenigstens, woran wir wären. Eine Probe von der schwankenden Politik haben wir ja erst wieder bei der Kanalvorlage erlebt. Es war klar, die Fronde wollte den Kanal nicht, aber anstatt in Ausübung einer kräftigen Politik der Fronde zu sagen: wir können Euch entbehren (Lachen rechts), anstatt den Landtag und meinetwegen auch den Reichstag aufzulösen, greift unsere Regierung die Junker mit Glacehandschuhen an, und läßt sich auf Witten ein, um nur ja nicht mit der Linken paktieren zu müssen. Mit einer solchen Politik lacht man keinen Hund vom Ofen. (Sehr richtig! links.) — Die Socialdemokraten thun so, als wenn die Industriellen namentlich im Westen so herzlich wären, die Arbeiter ohne weiteres auf die Straße zu werfen. Das ist nicht wahr. Ich erlaube die Herren, zu mir in meine Gegend zu kommen. Ich kenne dort große Betriebe, die in diesem Augenblick ohne lohnende Aufträge noch Tausende von Arbeitern beschäftigen, um sie nicht brotlos machen zu müssen. Die Herren der äußersten Linken (Heiterkeit) verständigen sich an der Arbeiterschaft, wenn Sie einen Gegensatz konstruieren zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, der in meiner Gegend nicht vorhanden ist. Dank der vielleicht interessierten, aber doch vorhandenen Arbeiterfürsorge merken auch unsere Arbeiter fast nichts von der Krise. Die Fabrikanten verkürzen die Arbeitszeit, legen Feiertage ein. Ich bin gewiß mehr ein Freund der Arbeiter als der Arbeitgeber, aber das Rechtfertigungsgefühl gebietet mir, dies hier zu konstatieren. — Welche Maßregeln sind nun zur Aufhebung der Arbeitslosigkeit zu ergreifen. Es sind ja eine ganze Menge Rezepte von den verschiedensten Rednern geschrieben. Wenn man sie alle zusammen einnimmt, ist schließlich der Kranke tot, wenn man sie einzeln einnimmt, helfen sie nichts. Das Reich kann in der That nichts Durchgreifendes thun, aber ich glaube, die Antworten, die Graf Vosadowitz von den einzelnen Ressorts bekommen hat, entsprechen doch nicht ganz den Thatfachen. Ich erinnere nur daran, daß unbestrittenweise seitens der Eisenbahnverwaltung zur Zeit der Arbeitslosigkeit Arbeiterentlassungen vorgenommen worden sind. Heute wird im preussischen Landtag das Attendebener Unglück verhandelt. Es ist festgestellt, daß zwischen Altenbeken und Baderborn die Zahl der Blockwörter von 23 auf 16 aus Sparmaßregeln herabgemindert worden ist. Gerade an der Stelle, wo das Unglück passierte, wurde vor kurzem ein Blockwörter eingezogen. Am Tage vor dem Unglück fuhr der Kronprinz dieselbe Strecke und da wurde die Zahl der Blockwörter auf 23 vermehrt. (Hört! hört! links.) Das Leben des Kronprinzen wird doch aber auch die Eisenbahnverwaltung nicht für wertvoller halten, als das Leben jedes andern Menschen. Wenn die 23 Blockwörter also hier nötig waren, dann schreit die Sparjamkeit zum Himmel, die diese Leute zur Unzeit weggenommen hat. Es ist dann auch von einer Arbeitslosenversicherung die Rede gewesen. Die Frage ist sehr schwierig zu lösen, denn die Arbeitslosen bestehen doch zum Teil auch aus Leuten, die nicht arbeiten wollen. Für diese wäre dann die Arbeitslosenversicherung eine Prämie für Faulenzerei. Anders steht es mit den Arbeitsnachweisen, namentlich wenn sie den Kommunen angegliedert werden. Die Frage der Interpellanten nach den zu ergreifenden Maßnahmen ist schwer zu beantworten. Maßregeln im einzelnen gibt es außer dem Arbeitsnachweis nicht, im allgemeinen muß die Antwort lauten: Änderung unserer jetzigen Handelspolitik. Wäre ich Reichszentraler (Stufe: O! Heiterkeit), ich würde den Interpellanten antworten: Wir wollen eine neue Handelspolitik machen, die unsren Arbeitern das Ausland erschließt, die unsre Arbeiter in der Industrie unterkommen läßt. (Chorus rechts.) Zu den Arbeitern, auch zu den socialdemokratischen Arbeitern habe ich das Vertrauen, daß auch sie dieses Mittel für das Beste halten. (Weiß! links.)

#### Staatssekretär Graf v. Vosadowitz:

Nur ein paar Worte, da Mitglieder des Bundesrats nicht zu persönlichen Bemerkungen zugelassen werden. Wenn ich vorhin gesagt habe, wie können den Einzelstaaten kein Reichsstands-Vorhaben geben, damit diese weil wir keinen Verwaltungsapparat haben, Reichsstandsarbeiten ausführen, und wenn ich weiter gesagt habe, daß, wenn Sie uns durch neue Steuern etwa die Mittel bewilligen wollten, daß wir über die jetzigen etatsmäßigen Grenzen hinaus die Mittel verstärken könnten, so war das weiter nichts, als eine scherzhafte taktische Wendung, um die Zustimmung des Abg. Gamp an das Reich, so weitgehende Maßnahmen zu ergreifen, ad absurdum zu führen. Herr Lenzmann hätte das doch verstehen sollen.

#### Abg. Dr. Gahn (Wind d. Landw.):

Volentieri gegen den Abg. Lenzmann. Wenn wir im Jahre 1870 nicht die Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck gemacht hätten, wüßten wir viel weniger industrielle Arbeitsgelegenheit in Deutschland haben als jetzt. (Sehr richtig! rechts.) Hunderttausende deutscher Industriearbeiter verdanken ihre Arbeit dem Fürsten Bismarck. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Wenn wir Lenzmann als Reichszentraler hätten, würden wir politisch ja keinen Reichstag haben, sondern energisch nach links steuern. Aber wirtschaftlich würde sich unsere Lage so verschlechtern, wir würden solche Arbeitslosigkeit haben, daß die Socialdemokraten die ersten wären, die den Sturz des Reichszentralers Lenzmann forderten. (Heiterkeit.) Die Ursache der Krise liegt tiefer, sie liegt in der Ueberproduktion, in der Unmöglichkeit für die kolossal gesteigerte Produktion Abzug zu finden. Die Bankbrüche sind nicht die Ursache, sondern das Symptom der Krise. Die freistimmigen Herren haben immer möglichste Freiheit für die Hypothekendarlehen gefordert, selbst ihre Pfandbriefe wollten sie mündelsicher machen. Das Publikum kann sich bei der Rechte und beim Centrum bedenken, wenn einige Gesetze über die Hypothekendarlehen gemacht worden sind. Wenn es dabei nach den Wünschen der freistimmigen und Socialdemokraten gegangen wäre, würde das Publikum noch viel härtere Verluste erlitten haben. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Die Grundtendenz der Syndikate, Regelung der Produktion, ist gut, ich gebe aber zu, daß einige Syndikate Ausschreitungen begangen haben. Wäre der Staat die Regelung des Syndikats- und Kartellwesens in die Hand nehmen und sich selbst daran beteiligen, um eine Entwicklung wie in Amerika zum Schaden der Konsumenten und Produzenten zu verhindern. Herr Lenzmann hat von der Kanalfronde gesprochen. Nun die Beamten sind von der Regierung ja fast gestrichelt worden. (Ruf: Die Treppe hinaufgeworfen!) Nun, dann ist das Unrecht eben zum Teil wieder gut gemacht worden. Ich treue mich, daß der Mittelstand-Kanal nicht gebaut worden ist. Er sollte gebaut werden, um die Industrie zu fördern. Wäre es geschehen, so hätten wir nun noch größere Ueberproduktion und Arbeitslosigkeit. An der Krise ist die Nichtausführung des Bienensteuergesetzes auch nicht unschuldig. Wäre dies Gesetz ordentlich ausgeführt worden, die Börse wäre überwacht worden und manche Krachs wären vermieden worden. Der Terminhandel ist trotz des Verbotes im Contocorrentverkehr nicht aufgehoben worden.

Eine richtige Wirtschaftspolitik, die den Arbeitern dauernde Arbeit verspricht, wird die Arbeitslosenversicherung nicht nötig machen. Sorgen Sie dafür, daß die Landwirtschaft deutsche und

nicht billigere slavische Arbeiter beschäftigen kann, ohne ruiniert zu werden. Eine richtige Wirtschaftspolitik wird die Socialdemokratie in Deutschland machtlos machen.

Was die Arbeitslosen-Versicherung anlangt, so wird sie nicht durchführbar sein, ohne daß die Arbeiter von den Orten, wo keine Arbeit ist, nach den Orten gebracht werden, wo Arbeit vorhanden ist. (Abg. Singer ruft: Die Arbeiter sollen in Fesseln aufs Land geschleppt werden.) Ich bitte Sie, sich diesen Zwischenruf des Abg. Singer zu merken. Für alles Wohlwollen, was wir den Arbeitern zuwenden wollen, haben die Herren da drüben nichts weiter als Hohn und Spott. Auf kurze Zeit mag Ihnen das ja noch frische in Ihrer Agitation bringen. Auf die Dauer wird der gesunde Sinn des Volkes über Sie triumphieren. (Weiß! rechts, Lachen links.)

Hierauf wird ein Verzoigungsantrag angenommen. Zu einer persönlichen Bemerkung erhält das Wort Abg. Singer (Soz.): Als Herr Gamp vorhin ausführte, daß der landwirtschaftliche Arbeitgeber, nicht der Arbeiter, die Lasten der Konjunktur zu tragen habe, rief ich ihm zu: „Rational!“ Wenn der stenographische Bericht den Ton wiedergeben könnte... (Glocke des Präsidenten.)

Präs. Graf Ballestrem: Herr Abg. Singer, Zwischenrufe sind etwas so durchaus Unberechtigtes, daß ich unmöglich zugeben kann, daß Sie einen solchen völlig unberechtigten Zwischenruf jetzt noch zum Gegenstand einer persönlichen Bemerkung machen. (Heiterkeit.) Sie dürfen nur richtig stellen, wenn Herr Gamp Ihre Ausführungen mißverstanden hat.

Abg. Singer (Soz.): Herr Präsident, ich bin eben dabei, ein Mißverständnis dessen, was ich gesagt habe, aufzuklären. Präsident Graf Ballestrem: Aber was Sie unberechtigterweise gesagt haben. (Stürmische Heiterkeit.) Sie dürfen nur ausklären, was Sie berechtigterweise gesagt haben.

Abg. Singer verzichtet unter erneuter Heiterkeit auf weitere Bemerkungen und setzt sich nieder. Abg. Lenzmann (persönlich): Ich will nur erklären, daß meine Bemerkungen gegen den Grafen Vosadowitz ebenso scherzhaft gemeint waren, wie seine Worte über die Flottenverlängerung.

Präsident Graf Ballestrem schlägt vor, die nächste Sitzung abzuhalten Montag 1 Uhr und die heutige Beratung fortzusetzen.

Auf Antrag des Abg. Arendt (Rp.) wird vorher noch der Antrag Arendt, die Regierung zu ersuchen, in einem Nachtrag-Etat die Mittel für die Kriegswaliden bereit zu stellen, auf die Tagesordnung gesetzt.

Schluß 6 Uhr.

## Die städtische Verkehrsdeputation

hat gestern unter Vorsitz des Stadtrats Dr. Weigert in dreistündiger Sitzung u. a. folgende Beschlüsse gefaßt.

Das in Aussicht genommene städtische Straßenbahnnetz soll eine Linie Warschauer-Danziger-Gerichtstraße vermehrt, und deren Genehmigung beim Polizeipräsidium nachgesucht werden. Ueber die, durch Bedenken des Polizeipräsidiums notwendig gewordenen Veränderungen der von der Stadt zur Genehmigung beantragten Linien wurde berichtet, und beschlossen, die abgeänderten Pläne dem Polizeipräsidium einzureichen, und den Antrag zu stellen, die keine Bedenken hervorruhenden Linien vorweg zu genehmigen, damit die Stadt endlich mit dem Bau eigener Straßenbahnen beginnen könne. Ein Antrag auf Errichtung einer Straßenbahn, in dem das Institut für Währungs- und Gewerbe (Seefraße), berührenden Stroßengängen soll nach Möglichkeit berücksichtigt werden.

Die Fixierung des vertragmäßigen Rechts zum Erwerb des Hochbahnunternehmens durch Eintragung in das Wohnungsbuch soll bewirkt werden. — Der Polizeipräsident teilt mit, daß der Idee der städtischen Körperschaften, eine Unterpfasterbahn vom Norden nach dem Süden der Stadt zu erbauen, grundsätzliche Bedenken nicht entgegenstehen.

Bei der Abnahme der Hochbahn durch die städtischen Kommissare hat sich herausgestellt, daß die für die Höhe der Durchfahrten durch den Bahnhöfen vorgeschriebenen Maße nicht eingehalten worden sind. Die Deputation hat beschlossen, die Bauabnahme nur mit der Maßgabe zu genehmigen, daß 1. etwa durch die zu geringe Höhe der Durchfahrten nach dem Einreisen der städtischen Behörden notwendig werdenden Straßeneinstellungen auf Kosten der Hochbahn-Gesellschaft hergestellt werden, und daß 2. die Gesellschaft sich und ihre Nachfolger verpflichtet, jeden materiellen Schaden, welcher der Stadt aus den nicht nach Vorschrift angelegten Durchfahrten etwa entsteht, zu erziehen. — Die von der Berliner elektrischen Straßenbahn-Gesellschaft beantragte Einsetzung zweier weiterer Geleise in der Badstraße zwischen Prinzen-Allee und Stettinerstraße wurde genehmigt.

Die Errichtung von Wartezäumen an Endstationen und Haltestellen der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft ist durch die Veränderung der Haltestellen und den kontinuierlichen Betrieb auf den Endstationen sehr erheblich erschwert worden. Die Deputation beschloß, die Angelegenheit vorläufig nicht weiter zu verfolgen.

Dem von der Großen Berliner Straßenbahn und Südbahnen Vorortbahn vorgelegte Entwurf eines Anschließungs-Planes und Tarifs für die Linie Demmin-General-Papestraße beschloß die Deputation abzulehnen — weil der Fahrpreis 15 Pf. betragen soll, und die Deputation den vertragmäßig festgelegten Einheitspreis von 10 Pf. für jede Linie vom Anfangs- bis Endpunkt nicht durchlöchern lassen will.

## Sociales.

### Kindererziehung.

Der angeklagte Geselzentwurf, der die gewerbliche Beschäftigung von Kindern außerhalb der Fabriken regeln soll, ist dem Bundesrat zugegangen. Ueber seinen Inhalt wird offiziell das folgende mitgeteilt:

Die Vorschriften sollen sich nur auf solche Kinder beziehen, die noch zum Besuch der Volksschulen verpflichtet oder wegen ihres jugendlichen Alters noch nicht schulpflichtig sind. Unter dieser Voraussetzung soll die Beschäftigung fremder Kinder, abgesehen vom Austragen von Waren, sowie als Laufbursche oder Laufmädchen verboten sein; bei Bauten aller Art, sowie im Betriebe der Biegeleien und über Tage betriebenen Brüche und Gruben, ferner bei einer großen Reihe von Werkstätten, in denen gesundheitlich schädliche Stein- und Metallarbeiten gefertigt werden, sowie in Werkstätten für Spielwaren und Gummi, in Buchdruckereien usw. In den andern Werkstätten soll die Beschäftigung von Kindern unter 12 Jahren verboten und für Kinder von 12 bis 14 Jahren der Regel nach auf die alltägliche Höchstdauer von vier Stunden zwischen 8 Uhr morgens und 8 Uhr abends beschränkt werden. Dieselben Vorschriften sollen für das Handels- und Verkehrsgewerbe, sowie für öffentliche Theateraufführungen und Schaustellungen, bei denen ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft nicht obwaltet, gelten. Für Gast- und Schankwirtschaften soll die Verwendung schulpflichtiger Mädchen ganz unterbunden, für Knaben so, wie vorn angegeben, gehalten werden. Gewisse Ausnahmen sollen zugelassen werden. Für die Beschäftigung beim Austragen, sowie als Laufbursche oder Laufmädchen soll, da es sich im allgemeinen um leichtere Arbeiten handelt, die Altersgrenze auf das zehnte Lebensjahr festgesetzt werden.

Was die Beschäftigung eigener Kinder anbelangt, so soll deren Verwendung in allen den Betrieben verboten sein, in denen auch fremde Kinder nicht verwendet werden dürfen. In Handels- und Verkehrsgewerbe, sowie bei Theateraufführungen und Schaustellungen ohne höheres Interesse der Kunst und Wissenschaft dürfen auch eigene Kinder unter zehn Jahren überhaupt nicht, eigene Kinder über zehn Jahre, welche noch zum Besuch der Volksschulen verpflichtet sind, nur zwischen 8 Uhr morgens und 8 Uhr abends höchstens vier Stunden täglich beschäftigt werden. Die Regelung der Beschäftigung eigener Kinder in Gast- und Schankwirtschaften soll den Ortspolizeibehörden überlassen bleiben, desgleichen der Austrage-

und Laufdienst eigener Kinder. Durch Beschluß des Bundesrats und, soweit ein solcher nicht vorliegt, durch Anordnung der Landes- und Centralbehörden oder der zuständigen Verwaltungsbehörden soll die Beschäftigung von Kindern, die noch zum Besuch der Volksschulen verpflichtet sind, abgesehen von den erlassenen Bestimmungen noch weiter eingeschränkt werden können, auch für bestimmte Bezirke, sowie für bestimmte Erwerbszweige.

Ausgeschlossen soll von den neuen Vorschriften allgemein diejenige Kinderarbeit bleiben, die sich auf häusliche Dienstleistungen oder auf die Landwirtschaft erstreckt.

Nach diesen Mitteilungen ist der Geselzentwurf so mangelhaft wie nur irgend möglich, ein kennzeichnendes Beispiel der Halbheit, an der unsere Socialpolitik überhaupt krankt. Es ist nicht abzusehen, warum nicht die erwerbende Thätigkeit von Kindern, die die Volksschulpflicht noch nicht erfüllt haben, überhaupt verboten wird. Werden Kinder, die noch die Schule zu besuchen haben, 4 Stunden täglich mit Erwerbsarbeit beschäftigt, so ergibt das für sie mit Schulunterricht und häuslichen Schularbeiten zusammen täglich 9 bis 10 Stunden Arbeit, also eine Leistung, die für den erwachsenen Arbeiter schon zu viel ist, welche verheerenden Wirkungen solche Schinderei auf den Gesundheitszustand und auf die Schulleistungen dieser Kinder ausübt, ist erst vor kurzer Zeit wieder vom Schuldirektor Lippmann in Chemnitz auf Grund dortiger Erhebungen festgestellt worden. Ein wirklicher Kinderschutz kann nur in der Erfüllung der Forderung gefunden werden, daß Kinder, die noch die Volksschule zu besuchen haben, überhaupt nicht erwerbend thätig sein dürfen. Die Beschränkung auf besonders gesundheitsgefährliche Betriebe ist ganz ungenügend. Dazu gehört auch das Geselzentwurf, der nur von „Werkstätten“ redet, auch nicht festgesetzt werden soll. Gerade in der Heimarbeit, z. B. in der Spiel-, Waren-, Textilindustrie und andern, wird die Gesundheit Tausender von Kindern untergraben. Und dazu gehört natürlich auch vor allen Dingen das Verbot der Beschäftigung in der Landwirtschaft. Daß man diese ausnehmen würde, war ja schon von vornherein sicher, nachdem man die Landwirtschaft schon mit den famosen „Erhebungen“ über die Kinderarbeit verschont hatte. Vom Standpunkt jedes anderen Menschen ist es eine Barbarei, die so oft in herzerreißender Weise geschilderte Kinderquälerei z. B. beim Häbenvorziehen und ähnlichen landwirtschaftlichen Beschäftigungen ruhig weiter zu dulden. Kommt der Entwurf an den Reichstag, dann wird sich noch Gelegenheit finden, diese Barbarei gebührend an den Pranger zu stellen.

### Ein Gradmesser der Arbeitslosigkeit in Berlin.

Das statistische Amt der Stadt Berlin hat eine graphische Darstellung (Kurven) der monatlichen Mitgliederbewegung bei den Krankenkassen der Stadt herausgegeben, in der nur die freien und die beiden staatlichen Krankenkassen fehlen. Da diese zur Zeit nur etwa 11 1/2 Proz. der Gesamtheit der männlichen und 7 1/2 Proz. der weiblichen in Berlin gegen Krankheit versicherten Personen enthalten, so ist die Darstellung für die Bewegung des Arbeitsmarktes in Berlin ein ziemlich sicheres Kennzeichen. Die Darstellung bezieht sich auf die letzten 10 Jahre. Es ergibt sich daraus zunächst, daß die Zahl der männlichen Rassenmitglieder in diesen 10 Jahren im allgemeinen, sowohl absolut als auch im Verhältnis zur männlichen Bevölkerung Berlins im Zunehmen begriffen ist. Einen Rückgang weist nur das Jahr 1894 auf, doch ist auch da der Stand von 1892 immer noch überschritten. Man kann daraus den Schluß ziehen, daß die Arbeiterschaft der Bevölkerung Berlins immer mehr ihr Gepräge andrückt.

Der Höchststand der Mitgliederzahl, der stets im September od. Oktober erreicht wird, errechnet auf 1000 männliche Einwohner, folgende Zahlen auf: 1892: 316, 1893: 332, 1894: 327, 1895: 343, 1896: 354, 1897: 364, 1898: 377, 1899: 383, 1900: 397, 1901: 384. Der Abfall im Jahre 1901 ist ersichtlich und was besonders bemerkenswert ist: die Höchstzahl des Jahres 1901 ist schon im April erreicht, der Rückgang ist schon im Juli eingetreten, ganz ähnlich wie im Jahre 1894 oder vielmehr die Krise noch schärfer kennzeichnend wie im Jahre 1894. Dem in diesem gleichfalls einen wirtschaftlichen Tiefstand anzeigenden Jahre war immerhin noch bis in den Juli ein Aufsteigen der Verhältniszahlen zu beobachten, während 1901 seit April kein Aufsteigen mehr zu verzeichnen ist. Es ist also zu einer Jahreszeit, die in den Jahren des wirtschaftlichen Aufschwunges eine energische Zunahme der versicherten Arbeiterbevölkerung bringt, 1901 schon Stillstand und Rückgang eingetreten.

Den tiefsten Mitgliederstand weisen die Monate Januar und Februar auf, mit einziger Ausnahme des Winters 1892/93, wo der Tiefstand schon im Dezember erreicht wurde und bereits der Januar einen sehr energischen Aufschwung zeigt. Da die Aufstellung aber nur bis Dezember 1901 reicht, so sei hier nur der Dezemberstand verglichen. Dieser war in den zehn Jahren, gerechnet wieder auf 1000 männliche Einwohner: 1892: 292, 1893: 311, 1894: 308, 1895: 330, 1896: 339, 1897: 350, 1898: 366, 1899: 368, 1900: 380, 1901: 380. Es ist also der Dezemberstand bereits hinter den des Jahres 1898 zurückgegangen, und die Differenz zwischen Höchststand und Dezemberstand war nur im Jahre 1892 ebenso groß, sonst stets und meist wesentlich geringer als 1901.

Die gleichen Erscheinungen weisen die absoluten Mitgliederzahlen auf und dadurch wird die Darstellung ganz unzweifelhaft zu einem Abbilde der wirtschaftlichen Krise. Eine ständige, nur durch einen Rückgang im Jahre 1894 unterbrochene Aufwärtsbewegung bis zum Jahre 1900; 1892: 248 000 Mitglieder (Höchststand des Jahres), 1893: 257 000, 1894: 254 000, 1895: 270 000 und so fort ständig steigend bis auf 357 000 Ende Oktober 1900. Im Jahre 1901 geht der Fall der Mitgliederzahl, der sonst mit Ende Januar schon aufhört und im Februar schon wieder der steigenden Tendenz weicht, bis Ende Februar; die Mitgliederzahl fällt von 357 000 auf 335 000, also um 22 000, ein Sturz, wie er in den ganzen 10 Jahren nicht ein einziges Mal dagewesen ist. Dem März und April eine Aufwärtsbewegung bis auf 345 000, Mai—Juni Stillstand, wo sonst noch immer Fortschritt, Juli und August schon wieder Rückgang, dann noch ein jähwaches Aufsteigen bis 347 000 im Oktober, und dann herunter bis auf 330 000 am Ende des Jahres 1901.

Wichtiges dieser auf dem amtlichen Material beruhenden Darstellung sollte doch niemand wagen, das Bestehen eines ernsthaften Notstandes in Berlin, der zu schmerzlichen Gegenmaßnahmen Veranlassung gegen müßte, zu leugnen. Herr Stadtrat Fickel hat es dennoch in der Stadtverordnetenversammlung am 19. Dezember unternommen, obwohl ihm das uns jetzt vorliegende Material anscheinend schon damals nicht unbekannt war. Er sprach von einer Arbeit des statistischen Amtes für die Jahre 1892 bis 1901, die beweise, daß noch niemals so viel Arbeiterinnen in Berlin beschäftigt waren wie jetzt. Damit kann nur die uns vorliegende Arbeit gemeint sein, auf der unsere Darstellung beruht. Was Herr Fickel von den Arbeiterinnen gesagt, ist nicht gerade unwichtig; aber warum hat er denn die Feststellungen über die männlichen Arbeiter unerwähnt gelassen? Die Mitgliederzahl der Frauen erreichte 159 000 gegen 357 000 Männer, sie sind zumeist die Ernährer der Familien und bei ihnen ist eine erhebende Arbeitslosigkeit durch die Untersuchungen des statistischen Amtes der Stadt Berlin festgestellt. Was veranlaßt wohl den freistimmigen Herrn Fickel, davon nicht zu reden? Zehntausend Männer waren im Oktober 1901 weniger beschäftigt, wie im Oktober 1900; das wird verschwiegen; einige Hundert Arbeiterinnen, die mehr beschäftigt waren, müssen zur Ableugung des Notstandes dienen. Das heißt freistimmige Socialpolitik!

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Sonntag, 19. Januar.**  
**Freie Volksbühne.** Carl Meißner Theater. 2. Abteilung und 3. Abteilung: Dantons Tod. Anfang 2 1/2 Uhr.  
**Geisinger Theater.** 10. Abteilung und 11. Abteilung: Die Rebelle. Der eingebildete Kranke. Anfang 2 1/2 Uhr.  
**Oberhaus.** Carmen. Anf. 7 1/2 Uhr.  
**Schauspielhaus.** Wie die Alten sungen. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Roth.** 2 1/2 Uhr: Matinee. Abends: Vorstellung des Mr. Coquerin als Gringoire. — Monologues. — Le Médecin malgré lui.  
**Montag: Das große Licht.**  
**Neues Opern-Theater (Kroll).** Das große Licht. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schiller.** Der Revisor. Anfang 8 Uhr.  
**Rath.** 3 Uhr: Heimat.  
**Montag: Der Revisor.**  
**Deutsches.** Lebendige Stunden. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Roth.** 2 1/2 Uhr: Nora.  
**Montag: Lebendige Stunden.**  
**Berliner.** Alt-Heidelberg. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Rath.** 2 1/2 Uhr: Die beiden Veonoren.  
**Montag: Alt-Heidelberg.**  
**Geisinger.** Amphitruon. Hierauf: Der eingebildete Kranke. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Montag: Das schwarze Schaflein.**  
**Neues.** Die japanische Base. Vorher: Chassez-Croisez. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Rath.** 3 Uhr: Veonorens Ehe-männer.  
**Montag: Die japanische Base.**  
**Neues.** Coralle u. Co. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Rath.** 3 Uhr: Der Belchen-fresser.  
**Montag: Coralle u. Co.**  
**Deutsches.** Wiener Blut. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Rathmittags** zu halben Preisen: Der Troubadour.  
**Montag (Schiller-Vorstellung):** Die weiße Dame.  
**Central-Theater.** Dasselbe. Anfang 8 Uhr.  
**Montag: Diefelbe Vorstellung.**  
**E. v. Wolzogens** Buntes Theater (Ueberbrett). Anfang 8 Uhr.  
**Montag: Diefelbe Vorstellung.**  
**Schall und Rauch.** Vorstellung vor Serenissimus. Anf. 8 1/2 Uhr.  
**Rathmittags** 3 1/2 Uhr: Vorstellung zu ermäßigten Preisen: In Romanischschloß. Die Dela-danten Dichterschule. Die Weber vor Serenissimus.  
**Montag: Vorstellung vor Serenissimus.**  
**Trianon.** Lebende Nieder. Anfang 8 Uhr.  
**Montag: Diefelbe Vorstellung.**  
**Central.** Das süße Mädel. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Rathmittags** 3 Uhr: Der Zigeuner-baron.  
**Montag: Das süße Mädel.**  
**Thalia.** Seine Kleine. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Montag: Diefelbe Vorstellung.**  
**Luifen.** Der Walzerkönig. Anfang 8 Uhr.  
**Rathmittags** 3 Uhr: Diefelbe, der Mohr von Benedig.  
**Montag: Der Walzerkönig.**  
**Carl Weick.** Das Jungfernstift. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Montag: Diefelbe Vorstellung.**  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Der rote Kofal. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Rath.** 3 Uhr: Der Zigeuner-baron.  
**Montag: Der rote Kofal.**  
**Deke-Alliance.** Die Dame aus Trouville. Hierauf: Gr. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Rathmittags** 3 Uhr: Das Geheimnis der alten Kamille.  
**Montag: Die Dame aus Trouville.**  
**Hiernauf: Gr.**  
**Cryphon.** Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
**Charivari-Brettl.** Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
**Metropol.** 'ne feine Nummer. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Montag: Diefelbe Vorstellung.**  
**Apollo.** Spezialitäten-Vorstellung. König Aqua. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Montag: Diefelbe Vorstellung.**  
**Casino-Theater.** Weihnachten. Mädchenjäger. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Rath.** 4 Uhr: Mutterjäger.  
**Montag: Weihnachten. Mädchenjäger. Spezialitäten.**  
**Passage-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 3 Uhr.  
**Passage-Vanoptikum.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger. Anfang 7 Uhr.  
**Palast.** Spezialitäten-Vorstellung. Großstadtzauber. Anf. 7 Uhr.  
**Montag: Diefelbe Vorstellung.**  
**Urania.** Tanzdenkmal. Anf. 19. (Im Theateraal) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera.  
**Montag: Diefelbe Vorstellung.**  
**Jugendtheater** 57/62. Täglich: Sternwarte.

## Schiller-Theater

(Wallner-Theater).  
Sonnabendmittag 3 Uhr: Heimat.  
Schauspiel in 4 Akten von Sudermann.  
Sonnabend 8 Uhr: Der Revisor.  
Vuffpiel in 5 Akten von Nikolaj Gogol. Deutsch von E. v. Schabelitzky.  
Montagabend 8 Uhr: Der Revisor.  
Dienstagsabend 8 Uhr: Einsame Menschen.

## Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Das Jungfernstift.**  
Operette in 4 Akten nach einer Idee des Paul de Rod von Ernest Chausson. Musik von Jean Gilbert.  
Complette Marie. Minna Michetti als Gast.  
Morgen Anfang 8 Uhr: Das Jungfernstift.

## Thalia-Theater.

Dresdenstraße 72/73.  
Mit vollständig neuer Ausstattung zum zweitenmal:  
**Seine Kleine.**  
Große Berliner Ausstattungspose mit Gesang und Tanz in 3 Akten. Paula Darm a. G., Guido Dieckler, Helmerding, Junfermann, Paulmüller, Gerda Wolbe, Josef, Danneberg, Junfermann. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen u. folgende Tage: Seine Kleine.

## Central-Theater.

Sonntag, 19. Januar, nachm. 3 Uhr, halbe Preise, neu einstudiert, in erster Besetzung:  
**Der Zigeunerbaron.**  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Das süße Mädel.**  
Operette in 3 Akten von G. Reinhardt.  
Montag und folgende Tage: Das süße Mädel.

## Metropol-Theater

Thomas, Bender, Josephi.  
Mit vollständig neuer prachtvoller Ausstattung:  
**'ne feine Nummer!**  
Burleske Ausstattungspose mit Gesang und Tanz in 1 Vorspiel und 4 Bildern von Julius Freund.  
Im 4. Bilde:  
**Frauchens Weihnachtstisch.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.

## Cirkus A. Schumann.

Sonntag, den 19. Januar 1902:  
**2 große außerordentliche Gala-Vorstellungen.**  
Nachmittags 3 1/2 Uhr: Ganz besonders gewähltes heroisches Programm und abends 7 1/2 Uhr: In beiden Vorstellungen, nachm. und abends: Die großartigen Januar-Spezialitäten. Die Senation des neuen Jahrtausends.  
**Troupe Mirza Golem.**  
Neu! Ein Märchen aus 1001 Nacht.  
Neu! Persisch-kaukasische Karawane.  
Neu! Das lebende Karussell.  
Neu! Die phänomenalen Bicycle-Kennfahrer.  
In beiden Vorstellungen: Höchst spannende Wettfahrten, abends: Entscheidung-Rennen.  
Neu! Die besten russischen Akrobaten der Gegenwart: Sim-Sem.  
Dir. Alb. Schumanns neueste Original-Dressuren.  
Nachmittags auf allen Plätzen ohne Ausnahme ein Kind frei. Jedes weitere Kind halbe Preise (außer Kinder), abends jedoch volle Preise.  
In beiden Vorstellungen, nachm. und abends: Der Schläger der Nation:

## Quer durch Paris.

**Sanssouci**  
Katharinenstr. 4a  
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:  
**Hoffmanns Norddeutsche Sänger**  
Neu!  
**Die Bitterthaler.**  
Neu!  
**Die Volkshäufigen.**  
Nach jeder Vorstellung: TANZ. Anfang 50 und 75 Pf. Wochentags Anfang 8 Uhr, Entree 30 u. 50 Pf. Wochentags Bereinbilletts gültig und Tanz frei. Alle andern Tage bleiben die Plätze zu Festlichkeiten und Versammlungen frei.

## Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3.  
Größt. Vergnügungstheater Berlins  
Internationale Konzerte u. Spezialitäten-Vorstellung  
Ausschank:  
**Berliner Bock-Brauerei.**  
Bürgerl. Diner, 5 Gänge.  
Tägl. Matinee von 12-2 Uhr.  
Oekonom: Gustav Prellpfer.

## Urania.

Tauben-Strasse 48/49.  
Im Theater um 8 Uhr:  
Frühlingstage an der Riviera  
Invalldenstr. 57/62.  
Tägl. Sternwarte.

## Berliner Aquarium

Unter den Linden 68a.  
Eingang Schadowstr. 14.  
Heute Sonntag Eintrittspreis:  
**50 Pf.**  
Reichhaltigste Ausstellung der Welt an lebenden See-tieren, Reptilien etc.

## Castans Panopticum

Friedrich-Strasse 165.  
Neu!! Der bedeutendste  
**Kraftturner**  
der Welt, der Berliner  
**Alex Meyer**  
Phänomenale Muskulatur!

## Passage-Theater.

Anf. Sonnt. 3. Wochent. 5. Ende 11.  
**Damen-Luftkampf**  
ausgeführt von 12 jungen Damen.  
Neu! Der Gesangs-Humorist  
in seinen Zwerchfell erschütternden Bauerntypen.  
Neu! Schindler,  
der phänomenale Mund-harmonika-Virtuose.  
**Michel Mayer,**  
der stärkste Mann der Welt, zählt 1000 Kilo, dem, der seine Hanteln nachhebt.  
16 erstkl. Nummern.

## Palast-Theater

(früher Feen-Palast)  
Burgstr. 22.  
Direktion: Winkler u. Fröbel.  
Heute Sonntag, den 19. Januar:  
**Jubiläums-Vorstellung.**  
Um 8 1/2 Uhr zum 75. Male: Die humorvolle stets neue Ausstattung-Gesangs-Burleske  
**Großstadtzauber.**  
Hugo Varing: Dir. R. Winkler.  
Dazu das wunderbarste  
**Januar-Programm.**  
Anfang 7 Uhr. Ermäßigte Preise. Entree 30 Pf. Refers. Platz 75 Pf.  
Freitag, den 31. Januar:  
**Sommerfeld-Benefiz.**  
Die süßen Mädel. Operette.

## Apollo-Theater.

Sensationeller Erfolg:  
**Grano u. Maud**  
**Willi Walden**  
**Stack u. Milton**  
**O' Loisachthaler**  
**Georg Kaiser & Ilka Paulel**  
**König Aqua.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.

## Charivari-Brettl

Alle Jakobstr. 37.  
**Pepl Weiss**  
**Helena Dyas**  
**Stella Ruth**  
**Albert Kühne**  
Preise 1,00, 2,00, 3,00 Mk.

## W. Noacks Theater.

Bismarckstraße 16.  
**Unser Liebling**  
aber: Wenig ärgere Dich nicht.  
Voll mit Gesang in 4 Akten von Leon Kreptow. Musik von G. Steffens.  
Heute: Tanzkränzen.  
Montag:  
Die Ehre eines armen Mädchens.

## Belle-Alliance-Theater.

Nachmittags 3 Uhr zu billigen Preisen:  
Das Geheimnis der alten Namsell. — Abends 7 1/2 Uhr:  
**Die Dame aus Trouville.**  
Schwant u. Gesang u. Tanz in 3 Akten.  
Hierauf: Gr.

## Lese- und Diskutier-Klub „Süd-Ost“.

Am Sonntag, den 19. Januar 1902, in den Gesamträumen des Gewerkschaftshauses:  
**XI. STIFTUNGS-FEST**  
bestehend in  
**Künstler-Konzert,**  
ausgef. v. Mitgl. des Berl. Sinfonie-Orchesters unter Leitung des Kapellmeisters Herrn M. Fischer.  
Mitwirkende:  
Konzertsängerin Frau Weinberg-Götze. Opernsänger Herr Hans Weinberg.  
Gesangs-Abteilung „Fackel“. Berliner „Ulk-Trio“.  
— Festrede — Paul Singer. —

In den unteren Sälen von 5 Uhr ab:  
**Kasseneröffnung 3 1/2 Uhr.** Anfang 4 1/2 Uhr.  
Liedertexte an der Kasse gratis.  
Es wird gebeten, pünktlich zu erscheinen, da während der einzelnen Piecen die Saal-thüren geschlossen werden.  
**Billets an der Abendkasse.**

Herrn, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pfennig nach.  
Entree 30 Pfennig.  
**TANZ.**  
Liedertexte an der Kasse gratis.  
Entree: Mittwoch frei, Sonntag 15 Pf.  
Täglich: Spezialitäten-Vorstellung. Entree frei.  
Heute: Plünderung des Weihnachtsbaums.

## Wo amüsiert man sich grossartig? In Schnegelsbergs Festsälen

Hasenheide 21 und Jahnstrasse 8.  
Zuh: Max Schindler.  
Heute: **Grosser Ball**  
verbunden mit Cigaretten, Boubon-Negen und diversen Nebenattraktionen. 27172  
Entree: Mittwoch frei, Sonntag 15 Pf.  
Täglich: Spezialitäten-Vorstellung. Entree frei.  
Heute: Plünderung des Weihnachtsbaums.

## Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.  
Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige. Direktion:  
Sonntags 5 Uhr. Spezialitäten. J. M. Hall.  
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

## Indische Menagerie

im Exerzierhaus  
(am Brenzlauer Thor)  
Täglich 3 große Vorstellungen. 4, 6 und 8 1/2 Uhr. Dressur mit Löwen, Tigern, Wölfen u. Schlangen, sowie Löwen-Ringkampf und Fütterung um 4 u. 8 1/2 Uhr.  
Entree: I. Platz 1 R., II. Pl. 50 Pf., III. Pl. 25 Pf., Kinder unter 10 Jahren und Militär ohne Charge zahlen auf I. u. 2. Pl. die Hälfte, dem 3. Pl. 15 Pf.  
Die Direktion: Frosse.

## Reichshallen.

Täglich:  
Stettiner Sänger.  
Anfang Wochent. 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.

## Cirkus Busch

Sonntag, 19. Jan.: 2 gr. Vorstellungen.  
Nachm. 4 Uhr: Berliner Landpartien.  
Abends 7 1/2 Uhr: Klondike. In beiden Vorstellungen. Contesse X, ein Häfel.

## Schall und Rauch, (Kleines Theater)

Unter den Linden 44.  
Sonntag, den 19. Januar 1902, nachm. 3 1/2 Uhr, bei halben Preisen in Vormarschaffensachen. Die Dekadenten. Dichterschule. Die Weber vor Serenissimus. Preise der Plätze: Parkett 3, 2, 1 M. Abends 8 Uhr: Vorstellung vor Serenissimus. Familienidyl etc. — Abendpreise: Parkett 5, 4, 3, 2 M.

## Casino-Theater.

Lehringstr. 37.  
Besitz der folgenden Schwedinnen  
**Geschw. Lirée.**  
Nur noch kurze Zeit „Weihnachten“, Winter etc.  
Anfang Wochent. 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2 Uhr.  
Nachmittags 4 Uhr: Antierlegen.

## Urania

Wrangelstrasse 10/11.  
Jeden Sonntag:  
**Grosser Ball.**  
Anf. 4 Uhr. Siehe Ankündigung.  
Empfehle mein Lokal zu Festlichkeiten und Versammlungen.  
31802\* C. F. Walter.

## Buss-Salon und Siebierhalle, Gr. Frankfurterstr. 85.

Jeden Sonntag, Dienstag, Donnerstag, Freitag: Ball. Empfehle meinem Lokal mein Garten an Vereine zu Festlichkeiten an Sonntagen.  
31850\* Otto Theol.

## Bekanntmachung

der Orts-Krankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Delegierten-Ergänzungswahlen

Behufs Vornahme der Ergänzungswahlen, welche auf Grund des § 49a des Kassenstatuts vom 30. Dezember 1901 für die im Laufe des Jahres 1901 ausgeschiedenen Vertreter stattfinden haben, werden hierdurch bekannt, daß 36 Vertreter der Kassenmitglieder und 3 Vertreter der Arbeitgeber zu wählen sind.  
Die Wahlen der Arbeitgeber werden in zwei Abteilungen Dienstag, den 28. Januar cr. stattfinden.  
Abteilung I umfasst alle Kassenmitglieder, die in Betrieben beschäftigt sind, welche rechts der Spree liegen, sowie alle freiwilligen Mitglieder, die rechts von der Spree wohnen. (Wfo die Polizeigebiete O., NO., N. sowie einen Teil von C. und NW.)  
Das Wahllokal befindet sich im Englischer Garten, Alexanderstr. 27c.

## Abteilung II

umfasst alle Kassenmitglieder, die in Betrieben beschäftigt sind, welche links der Spree liegen, sowie alle freiwilligen Mitglieder, die links von der Spree wohnen. (Wfo die Polizeigebiete SO., S., SW., W. sowie ein Teil von C. und NW.)  
Das Wahllokal befindet sich im „Arminenhallen“, (Großer Saal) Kommandantenstr. 20

## Die Wahlversammlungen

beginnen um 5 Uhr nachmittags und werden 11 Uhr abends geschlossen.  
Um Zweifel zu vorbeugen, werden wir darauf aufmerksam, daß die Gesamtheit der Delegierten in beiden Wahllokalen zu wählen ist.  
Wahlberechtigt sind alle volljährigen Kassenmitglieder, welche im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind.  
Für Legitimation dient das Mitgliedsbuch oder bei denjenigen Kassenmitgliedern, welche noch nicht im Besitz eines solchen sind, eine Bescheinigung des Arbeitgeber, daß sie in der Versicherungspflichtigen Beschäftigung stehen. (Datum, Unterschrift der Firma bzw. Stempel.)  
Freiwillige Mitglieder, welche ihre Wohnung ausgedehnt haben, legitimieren das Mitgliedsbuch.

## Die Wahlen seitens der Arbeitgeber

finden statt am Mittwoch, 29. Januar 1902, abends von 8 bis 10 Uhr, im Lokal, Georgenkreuzstrasse 40, Hof 2 Treppen.  
Es werden die Arbeitgeber mit dem Bemerkens eingeladen, daß der Wahlakt um 8 Uhr beginnt und um 10 Uhr die Listen geschlossen werden.  
Wahlberechtigt sind alle Arbeitgeber, welche für die bei ihnen beschäftigten Personen Beiträge aus eigenen Mitteln zu übernehmen bereit sind.  
31176 Der Vorstand.

## Der Vorstand.

Hug. Werner, S. Pöhlisch, Vorsitzender, Schriftführer.

## Kranken- u. Sterbefälle aller gewerblichen Arbeiter für Schöneberg und Berlin

(Eingeführt: Villafraße Nr. 115) 1329.  
Sonntag, den 20. Januar 1902, vormittags 10 Uhr, im Saale des Herrn Kräger, Ganswalderstr. 110:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Jahrbücher-Kassenbericht. 285/10\*  
2. Bericht des Vorstandes.  
3. Bericht des Kassendirektors.  
4. Bericht des Kassendirektors.  
Mitgliedern legitimiert.  
Pünktliches Erscheinen ist unbedingt notwendig.  
Der Vorstand.

## Tagungs-Ordnung:

1. Jahrbücher-Kassenbericht. 285/10\*  
2. Bericht des Vorstandes.  
3. Bericht des Kassendirektors.  
4. Bericht des Kassendirektors.  
Mitgliedern legitimiert.  
Pünktliches Erscheinen ist unbedingt notwendig.  
Der Vorstand.

## General-Versammlung.

Tagungs-Ordnung:  
1. Jahrbücher-Kassenbericht. 285/10\*  
2. Bericht des Vorstandes.  
3. Bericht des Kassendirektors.  
4. Bericht des Kassendirektors.  
Mitgliedern legitimiert.  
Pünktliches Erscheinen ist unbedingt notwendig.  
Der Vorstand.

**Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Südost).**  
**Versammlung**  
am Dienstag, den 21. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Brüder, Waldemarstr. 75.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Obst über: „Die sozialen Zustände der Gegenwart“.  
2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.  
Böhrliches Erscheinen erwartet  
Der Vorstand. 242/4

**5. Wahlkreis.**  
Mittwoch, den 22. Januar cr., abends 8 1/2 Uhr:  
**Volks-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
Vortrag. Diskussion. Oeffentliche Parteianglegenheiten. Verschiedenes.  
Referent, Thema und Versammlungsort werden in der Dienstag-Nummer des „Vorwärts“ bekannt gegeben.  
Die Frauen des 5. Kreises werden zu dieser Versammlung besonders eingeladen.  
245/1\* Die Vertrauensleute.

**Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
Dienstag, den 21. Januar 1902, abends 8 1/2 Uhr:  
**Versammlung**  
in den „Arminius-Hallen“, Bremerstraße 70/71 (Moabit).  
Tagesordnung:  
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen Ledebour über: „Die Vera Wilson“.  
2. Diskussion.  
3. Verschiedenes.  
Böhrliches Erscheinen erwartet  
Der Vorstand.

**Für die in der Schönhauser Vorstadt wohnenden Mitglieder**  
zur Nachricht, daß in folgenden Lokalen **Bahnhöfen** eröffnet sind:  
**R. Augustin, Schönhauser Allee 74.**  
**A. Otto, Treskowstraße 22.**  
**F. Behrens, Chorinerstraße 7.**  
In diesen drei Bahnhöfen können die neuen Mitgliedsbücher abgeholt werden; desgleichen findet dort Aufnahme neuer Mitglieder als auch Entgegennahme von Beiträgen statt.  
Der Vorstand. J. H. W. Freyhafer, Gartenplatz 1.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Zahlstelle Berlin.  
Dienstag, 21. Januar, abends 8 1/2 Uhr,  
im **Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:**  
**Vertrauensmänner-Versammlung für sämtliche Bezirke.**  
Tages-Ordnung:  
„Bessere Ausbesserungsbeschlüsse der Unternehmer und die Zukunftspläne der Innung“.  
Bericht: Streik und Differenzen.  
Es ist Pflicht der Kollegen, aus jeder Werkstatt Delegierte zu entsenden.  
Note Vertrauensmännerkarte nebst Mitgliedsbuch legitimiert.  
Zur Beachtung! Diejenigen Vertrauensmänner, welche sich noch keine rote Karte haben anstellen lassen, werden ersucht, dies bei den Obmännern des Bezirkes zu thun.  
Die Ortsverwaltung.

**Branchen-Versammlung der Musikinstrumenten-Arbeiter**  
am Montag, den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshause“, Engel-Ufer 15 (Saal IV).  
Tages-Ordnung:  
1. Unsere Stellung zur Einführung d. Arbeitslosen-Unterstützung. Referent: Kollege Exner.  
2. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission.  
3. Bericht vom 4. Quartal des 6. Jahres.  
4. Branchen-Angelegenheiten und Verschiedenes.  
Gäste sind willkommen.  
Zu zahlreichem Besuch ladet alle Kollegen freundlich ein  
Die Kommission.  
NB. Billeid vom Weihnachtövergängen in Uffen in der Versammlung abgerechnet werden.  
**Achtung! Parkettbodenleger. Achtung!**  
Mittwoch, den 22. Januar, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshause“, Engel-Ufer 15 (Saal V):  
**Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes.  
Die Kollegen der Firma Wadby u. Söhne werden hiermit eingeladen, Abrechnung vom Weihnachtövergängen.  
Montag, den 20. Jan., abends 8 Uhr, **Kommissions-Sitzung** mit der Verhandlungs-Kommission.  
Der Obmann.

**Modell- u. Fabrik-Tischler sowie Modell-Drechsler. Branchen-Versammlung**  
am Mittwoch, den 22. Jan., im Wedding-Park, Müllerstr. 178.  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission und Rennewahl derselben.  
2. Verbandsangelegenheiten, u. a. Arbeitslosen-Unterstützung.  
3. Verschiedenes.  
Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht  
Der Obmann. 77/17

**Verband der an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter Berlins u. Umg.**  
Freitag, den 24. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal I):  
**Ausserordentliche Generalversammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Fortsetzung der Wahlen. 2. Gewerkschaftliches. — Da wichtige Angelegenheiten vorliegen, erwarten wir zahlreiches Besuch.  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
Der Vorstand.  
NB. Die Kollegen werden dringend ersucht, sich an der Arbeitslosen-Zählung am 20. Januar recht zahlreich zu beteiligen, leider haben sich bis jetzt sehr wenig gemeldet. Näheres in der Versammlung.

**Bauhaunderwerker - Krankenkasse für Berlin und Umgegend. (Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 118.)**  
Mittwoch, den 5. Februar 1902, abends Punkt 8 Uhr,  
im Saale des Herrn Hoffmann, Alexanderstr. 27a:  
**Ordentl. General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Rechenschaftsbericht des Kassierers sowie Revisionsbericht. 2. Bericht des Vorstandes und Ausschusses.  
3. Regelung der Entschädigung für die Kassenverwaltung. 4. Ergänzung des Vorstandes (1 Vorsitzenden, 2 Kassierer, 1 Beisitzer und 4 Ersatzmänner). 5. Wahl des Ausschusses und 4 Ersatzmänner. 6. Innere Angelegenheiten.  
Mitgliedsbuch legitimiert. Die Versammlung wird Punkt 8 Uhr eröffnet.  
Böhrliches Erscheinen erwartet  
Der Vorstand. J. H. Helmerich Metzko. 38/1

**Rabatt-Sparverein „Süd-Ost“.**  
Bereinsbureau: Kottbuser Ufer 44a.  
Mittwoch, den 22. Januar 1902, abends 8 Uhr:  
**General-Versammlung**  
im Konzerthaus „Sansonetti“, Kottbuserstraße 4a.  
Tages-Ordnung:  
1. Rechenschaftsbericht des Vorstandes. 2. Rechnungslegung. 3. Bericht der Revisoren. 4. Decharge. 5. Ergänzungswahlen des Vorstandes und der Revisoren. 6. Verschiedenes.  
Mitgliedsbuch legitimiert. [105/3]  
Der Vorstand.

**Vierter Wahlkreis SO.**  
Die Parteigenossen, die noch im Besitz von unverkauften Stimmzetteln zur Urnendaufstellung (am 20. d. M. und 2. Februar) sind, werden ersucht, selbige 8 Tage vor der Vorleistung in der Parteispedition Paulitzer Platz abzugeben, widrigenfalls dieselben als verkauft betrachtet werden. — Die Parteispedition ist wöchentlich bis 8 Uhr geöffnet.  
Der Vorstand.

**Socialdemokratischer Wahlverein für den Bezirk Nimmelsburg.**  
Mittwoch, den 22. Januar 1902, abends 8 1/2 Uhr  
bei Weigel, Kirchschmidt- und Goethestr.-Ecke  
**General-Versammlung**  
Tages-Ordnung:  
1. Kassenbericht. 2. Bericht des Hilfskassierers und Wahl derselben.  
3. Kommunales. 4. Vereinsangelegenheiten.  
Mitgliedsbuch legitimiert. 8/1  
Um zahlreiches Besuch ersucht  
Der Vorstand.

**Achtung, Händler und Händlerinnen!**  
Dienstag, den 21. Januar, abends 9 Uhr  
im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c (großer Saal):  
**Große öffentliche Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Ist das Geld unter den Händlern noch nicht groß genug? Referent: Waldeck Manasse. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 88/1  
Händler, Händlerinnen! Es ist eure Pflicht, in dieser Versammlung zahlreich zu erscheinen und zu protestieren gegen jede weitere Unterdrückung in eurem Beruf. Zur Deutung der Unkosten findet Teilerfassung statt.  
Die Agitations-Kommission der Händler und Händlerinnen Berlin und Umgegend.

**Steinarbeiter!**  
Dienstag, den 21. Januar 1902, abends 7 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c:  
**Innungsgesellen - Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Rennewahl der Meister zum Jahres-Schiedsgericht.  
2. Die Arbeitslosen-Zählung und die Lage in unserem Gewerbe.  
3. Verschiedenes.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Der Gesellenausschuss. 172/2

**Achtung, Hahnpuzer!**  
Mittwoch, den 22. Januar, abends 8 Uhr, in den Armuthallen, Kommandantenstraße 20:  
**Mitglieder-Versammlung**  
der Filiale Berlin III des Centralverbandes der Maurer Deutschlands.  
Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom 4. Quartal 1901. 4. Verschiedenes.  
Die Ortsverwaltung.

**Centralverband d. Stuccateure Deutschl.**  
(Filiale Berlin.)  
Montag, den 20. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal VII):  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Kassenbericht vom 4. Quartal. 2. Bericht des Vorstandes sowie sämtlicher Kommissionen. 3. Diskussion. 4. Wahl der gesamten Verwaltung. 5. Auspruch über die Aufstellung eines Bezirksamtes. 6. Anträge zur Urabstimmung. 7. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.  
Der aufergewöhnlich wichtigen und reichhaltigen Tagesordnung wegen ist das Bestimmte und sehr pünktliches Erscheinen aller Kollegen unbedingt notwendig.  
Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung. 109/1

**Achtung! Portefeuller. Achtung!**  
**Verband der Portefeuller u. Federgalanterie-Arbeiter und -Arbeiterinnen.**  
Dienstag, den 21. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in Granmanns Festhallen, Rannhufstraße 27:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Konferenz zu Frankfurt a. M. Referent: C. Helndtke.  
2. Bericht des Vorstandes, des Kassierers, der Agitations- und Arbeitsnachweis-Kommission. 3. Wahl der Ortsverwaltung und zweier Revisoren. 4. Auspruch über die Aufstellung eines Bezirksamtes. 5. Anträge zur Urabstimmung. 6. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.  
Der aufergewöhnlich wichtigen und reichhaltigen Tagesordnung wegen ist das Bestimmte und sehr pünktliches Erscheinen aller Kollegen unbedingt notwendig.  
Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung. 109/1

**I. Stiftungs-Festes**  
reichhaltiges Konzert-Programm, ausgeführt vom Berliner Sinfonie-Orchester, unter Leitung des Dirigenten Herrn W. Fischer, unter Mitwirkung des Männer-Gesangsvereins „Sora“, M. d. K.-S.-B., unter Leitung des Dir. Herrn Lange.  
Auftritt des viel beliebten Berliner Ulf-Frilo.  
Kasseneröffnung 4 Uhr. Anfang des Konzerts 5 Uhr.  
Billet: Vorverkauf 30 Pf., an der Kasse 35 Pf.  
Nach dem Konzert: **Grosser Ball.** Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. und - Schluß 2 Uhr.  
Um recht zahlreichem Besuch bittet  
Die Ortsverwaltung.

**Sterbekasse ehem. Rungischer Arbeiter (Metzelsche Kasse).**  
Sonntag, 26. Januar 1902, vorm. 10 Uhr, in Rammanns Saal, Braumauerstraße 188:  
**General-Versammlung**  
Tages-Ordnung:  
1. Berichtigung des Protokolls der Generalversammlung vom 28. Juni 1901. 2. Kassenbericht des Mandanten pro 1901 und Bericht der Revisoren. 3. Verschiedene Kassenangelegenheiten. 4. Wahl des zweiten Vorsitzenden und des ersten Schriftführers. 5. Wahl von drei Revisoren.  
Der Vorstand. J. H. Otto Müller. Das Mitgliedsbuch legitimiert.

**Achtung! Vereine.**  
Im März sind noch einige **Sonn-Abende frei.**  
**Wedding-Kasino, Schulstraße 29.**

**Frauenleiden** heilt mit gutem Erfolg  
Franz Grundmann, prakt. Naturheilkundige, Leiterin der Frauen-Heilanstalt, Köpenickerstr. 72. Sprechst. Dienstags und Freitags, nach u. 4-8.

**Verband d. Graveure u. Ciseleure Deutschl.**  
(Filiale Berlin.)  
Dienstag, 21. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Drehdener Garten, Drehdenerstraße 45:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Vorstandes und der Revisoren. 2. Antrag auf Erhebung von 5 Pf. Ortszuschlag. 3. Ergänzungswahlen zum Centralvorstand und Rennewahl des gesamten Filialvorstandes. 4. Verschiedenes. 74/1  
Der aufergewöhnlich wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.  
Die Ortsleitung.

**Achtung! Achtung! CEMENTIERER.**  
Mittwoch, den 22. Januar 1902, abends 8 Uhr, bei Rammann, Braumauerstraße 188:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Situationsbericht der Filiale Berlin IV. 2. Jahres- und vierte Quartalsabrechnung von 1901. 3. Gesamt-Rennewahl des Vorstandes. 4. Gewerkschaftsangelegenheiten. 5. Diskussion und Verschiedenes. 57/1  
Der Vorstand.

**Achtung! Achtung! Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen der Damenkonfektion!**  
Montag, den 20. Januar 1902, abends 8 1/2 Uhr,  
**Zwei öffentliche Versammlungen.**  
Für den Südosten bei Graumann, Rannhufstr. 27.  
Für den Norden im „Zwinnmünder Gesellschaftshaus“, Zwinnmünderstr. 42.  
Tages-Ordnung:  
Die dem Bundesrat und Reichstag überreichte Denkschrift „Schutz den Gehmarbeitern“, und welche Konsequenzen haben die Arbeiter und Arbeiterinnen der Damenkonfektion aus diesen Vorlesungen zu ziehen. Referentinnen: Frau E. Ibrer und Fräulein Fanny Imle.  
Um zahlreiches Erscheinen der Kollegen und Kolleginnen ersuchen  
Die Einberafer. 102/2

**Deutsch. Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.  
Sonntag, den 19. Januar 1902, vorm. 10 Uhr:  
**Versammlung der Metallschleifer**  
in den Armuthallen, Kommandantenstr. 20.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Max Schütte über: „Die Todesstrafe“.  
2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 110/13

Montag, den 20. Januar 1902, abends 8 1/2 Uhr:  
**Versammlung der Klempner u. Drücker**  
im Märkischen Hof, Amiralstr. 18c:  
Tages-Ordnung:  
1. Der Streik bei der Firma Fischauer. Ref.: Cohen. 2. Diskussion.  
Böhrliches Erscheinen erwartet  
Die Ortsverwaltung.

**Schöneberg. Socialdemokratischer Wahlverein.**  
Dienstag, den 21. Januar, abends 8 1/2 Uhr,  
im Obstischen Lokale, Weiningerstraße 8:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Emil Rosenow:  
**Die Arbeitslosigkeit,**  
ihre Ursachen und ihre Bekämpfung.  
2. Diskussion. 3. Abrechnung vom letzten Quartal. 4. Vereinsangelegenheiten.  
Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.  
Der Vorstand. 15/1

**Verband der Tapezierer.**  
Mittwoch, den 22. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Simonis, Weichstraße 21:  
**Sektions-Versammlung der Kleber.**  
Tages-Ordnung:  
1. Jahresbericht der Sektionsleitung. 2. Rennewahl derselben. 3. Die Räumung des Saales.  
Mittwoch, den 22. Januar, abends 8 1/2 Uhr:  
**Sektions-Versammlung der Näherinnen**  
bei Feuerstein, Alte Jakobstraße 75.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Kallske. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

**Voranzeige.**  
Mittwoch, den 22. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15:  
**Quartals-Versammlung.**  
Die Verbandsleitung.

Die Parteigenossen der Vororte wollen den heutigen Sonntag, wo dies angängig, zur Einschichtnahme in die Wählerliste benutzen. Auch beachte man das Adressenverzeichnis in der vierten Beilage

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Heute Sonntag, mittags 12 Uhr, findet im Feenpalast, Burgstr. 22, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Reichstags-Abgeordneter August Bebel über „Stehendes Heer oder Volkswehr mit besonderer Berücksichtigung des Vorkrieges“ referiert.

Schöneberg. Dienstag, im Obstischen Lokale, Weiningerstr. 8: General-Versammlung des Wahlvereins. — Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Gen. Emil Rosenow: „Die Arbeitslosigkeit, ihre Ursache und ihre Bekämpfung.“

Wilmerdorf. Montag, den 20. d. Mts., abends 8 Uhr, findet in Wittes Volksgarten, Berlinerstr. Nr. 40 eine öffentliche Protestversammlung statt. Tagesordnung: 1. Die Nichterfüllung der neu gewählten Gemeindevertreter. Ref.: Stadtverordneter Meyer-Spandau. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Die Genossen werden ersucht, zu dieser Versammlung rege zu agitieren.

Friedrichsfelde. Ueber die Aufgaben der Socialdemokratie in der Gemeindevertretung, wird in der am Montagabend 8 1/2 Uhr bei Bube stattfindenden Volksversammlung referiert werden. Auch erfolgt dort die Wahl des Wahlcomites, sowie die Erörterung der Arbeitslosenzählung. Heute, Sonntag früh 8 Uhr findet eine Flugblattverteilung statt. Treffpunkt bei Post, Luisenstraße 20.

Nummelsburg. Eine Versammlung des Wahlvereins findet am Mittwochabend 8 Uhr, bei Weigel, Ecke der Türschmidt- und Goethestraße, statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Beratung kommunaler Angelegenheiten. Siehe Anzeige in der heutigen Nummer.

Wähler, welche keine Zeit haben, die Listen zur Gemeindevahl nachzusehen, wollen sich bei M. Bitterhof, Türschmidtstr. 12, Emil Rolke, Türschmidtstr. 33, p., Paul Hennig, Schillerstr. 26, Rudolf Müller, Türschmidtstr. 87 und bei Frau. Neue Prinz Albrechtstr. 10 melden. Den letzten Steuerzettel wollte man mitbringen.

Wittenberg. Dienstagabend 8 1/2 Uhr hält der Wahlverein bei Scheer (Wilmersgarten) eine Versammlung ab, in der das Resultat der Stadtverordnetenwahl bekannt gegeben wird.

Treptow-Baumshulenberg. Die Wählerliste zu den Gemeindevahlwahlen wird auf Wunsch von folgenden Parteigenossen eingesehen: M. Widich, Marienhalerstr. 13, I; J. Karow, Nieholzstraße, Ecke Baumshulenbergstr., part.; D. Rood, Baumshulenbergstr. 36 im Geschäft.

Grünau. Die Listen zu den Gemeindevahlwahlen liegen noch bis zum 20. d. M. während der Geschäftszeit von 8—9 Uhr aus. Der Gastwirt Paul Gerke hat sich bereit erklärt, für diejenigen die Listen einzuliefern, welche daran verhindert sind. Die Wähler müssen den letzten Steuerzettel mitbringen.

Johannisdahl. Dienstagabend 8 Uhr hält der Wahlverein bei Mertins, Koonstr. 2, eine Versammlung ab, in der die Gemeindevahlwahlen auf der Tagesordnung steht. Referent: Gemeindevorteiler Mann.

Lokales.

Die Arbeitslosenzählung.

welche auf Veranlassung der Gewerkschaftskommission durch die Berliner Arbeiterschaft vorgenommen wird, nimmt ihren Anfang mit der Verteilung der Zählkarten am Sonntag, den 26. Januar. Am darauffolgenden Sonntag, den 2. Februar, werden die vom Publikum ausgefüllten Zählkarten wieder eingesammelt.

Die Arbeitslosenzählung ist ein Werk von großer socialpolitischer Bedeutung. Sowohl von Vorkämpfern der Kapitalistenklasse als auch von Vertretern staatlicher und städtischer Behörden ist bisher hartnäckig bestritten worden, daß die Arbeitslosigkeit einen ungewöhnlich großen Umfang angenommen hat. Man bestreitet das Vorhandensein eines Notstandes, um auf diese bequeme Weise die beruflichen Vertreter der heutigen Gesellschaftsordnung der Pflicht, den Leidenden Hilfe zu bringen, zu entziehen. Um so sicherer glauben Unternehmer und Bureaukraten den Notstand abzuleugnen zu können, als ja eine amtliche Statistik, aus der die Ausdehnung der Arbeitslosigkeit ersichtlich wäre, nicht vorhanden ist. Zwar giebt es offizielle Erhebungen über Handel, Verkehr und alle möglichen Zweige des Erwerbslebens, aber zu einer amtlichen Statistik über die Lage des Arbeitsmarktes haben wir es noch nicht gebracht, dank der socialpolitischen Einschüchternheit derer, die heute das Rost der Staatsverwaltung und die Axt der Gesetzgebung in der Hand haben.

Durch die von den Berliner Arbeitern selbst vorzunehmende Arbeitslosenzählung soll nun wenigstens in einem Punkte eine Pflicht, der sich die Vertreter der heutigen Gesellschaft bisher entzogen haben, erfüllt werden. Es gilt durch gewissenhafte, streng objektive Erhebungen festzustellen, wie groß die Zahl derer ist, die zur Zeit ohne ihr Verschulden arbeitslos sind. Wenn der Umfang der Arbeitslosigkeit durch möglichst genaue Zahlen festgelegt wird, dann kann niemand mehr die Größe des Notstandes leugnen. Ausgerüstet mit unanfechtbarem Zahlenmaterial können die Vertreter der Arbeiter mit um so größerem Nachdruck verlangen, daß Staat und Gemeinde, soweit es im Rahmen der heutigen Verhältnisse möglich ist, etwas zur Linderung des Notstandes thun.

Es ist ein äußerst schwieriges Werk, welches die Berliner Arbeiter auszuführen beabsichtigen. Wenn es gelingen soll, wenn die Arbeitslosenzählung wirklich brauchbare Resultate liefern soll, so ist die verständnisvolle Unterstützung und Förderung des Werkes durch alle Berliner Arbeiter durchaus notwendig. Zunächst ist erforderlich, daß sich für die Verteilung und Einsammlung der Zählkarten Arbeitskräfte in genügender Zahl zur Verfügung stellen. Kein Parteigenosse, kein Gewerkschaftsmitglied darf bei dieser wichtigen Arbeit fehlen! Jeder muß helfen, auf daß das schwierige Werk gelingt! Wo sich die Hilfskräfte zur Verfügung zu stellen haben, das wird im Laufe dieser Woche im „Vorwärts“ angezeigt werden.

Von den Lesern unseres Blattes dürfen wir wohl ohne weiteres erwarten, daß sie der Arbeitslosenzählung das nötige Verständnis entgegenbringen, und für ihre Person das Unternehmen nach Kräften fördern. Aber wir möchten noch ein weitergehendes Ersuchen an unsere Leser und Parteigenossen richten: Klärt eure Nachbarn, eure Arbeitskollegen, eure Bekannten, die der Arbeiterbewegung fremd gegenüberstehen, über die bevorstehende Arbeitslosenzählung auf. So mancher, der sich nicht kümmert um das, was in der Arbeiterbewegung vorgeht, wird dem Zähler vielleicht mit Mißtrauen begegnen. Nur zu häufig ist es ja der Fall, daß jemand glaubt, er könne irgend einen Nachteil haben, wenn er Fragen, die seine

persönlichen Verhältnisse betreffen, wahrheitsgemäß beantwortet. Es gilt also, solche Leute über den Zweck der Arbeitslosenzählung zu unterrichten, womöglich noch bevor ihnen die Zählkarte zugestellt wird. Die Zählung hat nur einzig und allein den Zweck, festzustellen, wie groß die Arbeitslosigkeit gegenwärtig ist. Niemand hat durch die Beantwortung der an ihn gerichteten Fragen, irgend welchen Nachteil zu befürchten.

Wären also unsere Leser und Parteigenossen dafür Sorge zu tragen, daß die Verstandlosen belehrt werden, damit die Zähler nicht bei der Ausführung ihrer Arbeit auf Mißtrauen oder Widerstand im Publikum stoßen. Wenn so jeder Arbeiter zum Zustandekommen des schwierigen Werkes beiträgt, dann wird es gelingen, und die socialpolitische Arbeit, welche durch die Zählung geleistet werden soll, wird nicht vergeblich sein.

Die Polizei und das Versammlungsrecht. Unser Parteigenosse Weimer hatte sich in einer Eingabe an den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg darüber beschwert, daß ihm im Widerspruch mit dem auch in der gestrigen Nummer unseres Blattes erwähnten Entscheid des Kammergerichts die Abhaltung einer Versammlung am Sonntagvormittag nicht gestattet worden sei. Hierauf erhielt Weimer vom Oberpräsidenten folgende Auskunft:

„Die in der Bescheinigung des königlichen Polizeipräsidenten zu Berlin vom 16. November d. J. enthaltene Mitteilung, daß die für Sonntag, den 17. d. M., vormittags 10 Uhr, angemeldete Versammlung zu der angegebenen Zeit nicht abgehalten werden könne, weil nach den Vorschriften der Polizeiverordnung vom 19. März 1898 öffentliche Versammlungen erst nach Beendigung des Hauptgottesdienstes stattfinden dürfen, steht zwar mit dem in Ihrer Beschwerde erwähnten Urteile des Kammergerichts nicht in Einklang. Nichtsdestoweniger ist die als ein polizeiliches Verbot anzusehende Mitteilung gerechtfertigt, weil die dem Gebote zu Grunde liegende Vorschrift in § 10 der erwähnten Polizeiverordnung und die dieser Vorschrift entsprechenden Bestimmungen in gleichartigen, sonst erlassenen Polizeiverordnungen durch mehrfache Entscheidungen des königlichen Ober-Verwaltungsgerichts und auch des königlichen Kammergerichts für gültig erklärt worden sind.“

Das Kammergericht hat die Versammlungs-Verordnung in mehreren Entscheidungen für ungesetzlich und verfassungswidrig erklärt. Trotzdem verbietet der Polizeipräsident im Einverständnis mit seinem Vorgesetzten weiter darauf los. Für ihn existiert der deutliche Wille der höchsten preussischen Gerichtsstanz nicht. So wird die Achtung vor Recht und Gesetz von Polizei wegen praktisch bethätigt.

Essentielle Hygiene-Vorträge der Centralkommission der Krankenassen Berlins und der Vororte. Der diesjährige Vortrags-Cyklus beginnt am Donnerstag, den 23. Januar, und Freitag, den 24. Januar, und zwar werden die Vorträge gleichzeitig in acht Schul-Käulen in Berlin, zwei in Charlottenburg und eine in Schöneberg gehalten. Bei der großen Bedeutung, die eine hygienische Belehrung der breiten Volksmassen besitzt, ist zu wünschen, daß auch in diesem Jahre sich die Vorträge wieder eines lebhaften Besuches erfreuen werden. Nach dem Bericht des Herrn Dr. Lemhoff, welcher letzten Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte in Hamburg erstattet, wurden die Vorträge im vorigen Jahre von insgesamt 10 000 Personen besucht, das ist die höchste Ziffer, die jemals eine derartige Veranstaltung aufzuweisen hatte. Einzelne Vorträge wiesen eine Besuchsziffer von ungefähr 400 Zuhörern auf. Es ist zu erwarten, daß in diesem Jahre der Besuch ein noch weit regerer sein wird. — Zutritt zu den Vorträgen für jedermann muntellos ohne Legitimation.

Die Eröffnung der Hochbahn ist nach dem jetzigen Stande der Arbeiten in der ersten Hälfte des Monats Februar zu erwarten. Dann dann die „Eröffnung“ wirklich vor sich geht, wird in der Korrespondenz, die diese Revue bringt, nicht gesagt. Auf Grund der durch die Genehmigungs-Behörden zugelassenen Reisegeschwindigkeit von 50 Kilometer in der Stunde haben die Fahrversuche eine durchschnittliche Geschwindigkeit von 33 Kilometer in der Stunde ergeben. Für jede Haltestelle ist nach den Erfahrungen der Stadtbahn ein Aufenthalt von 1/4 Minute vorgeschrieben. Die Strecke Potsdamer Platz—Stralauer Thor werden die Hochbahnzüge fahrplanmäßig in 13 Minuten zurücklegen. In den beiden ersten Morgenstunden verkehrt nach dem Vertrage mit der Stadt Berlin alle 10 Minuten ein Zug. Von 7 Uhr 22 ab Potsdamer Platz und 7 Uhr 13 ab Stralauer Thor beginnt der fünfminütigen-Verkehr, der während des ganzen Tages bis 10 Uhr abends durchgeführt wird. Von 10 Uhr an tritt wieder zehnminütigen-Verkehr ein. Die letzten Züge verkehren von beiden Endpunkten Potsdamer Platz und Stralauer Thor Punkt 12 Uhr nachts.

Antisemitische Gassenbuben. Der „Staatsbürger-Zeitung“ ist die bitterste Reichstagsdebatte über die Arbeitslosigkeit gerade gut genug zum — Wiederein. Die Witze sind allerdings danach. Wir können es uns nicht versagen, vom antisemitischen Geist eine Probe zu geben; ein Artikel im gestrigen Abendblatt soll ein Situationsbild aus dem Reichstag darstellen:

Herr Paul Singer ist noch nicht anwesend; er feiert als orthodoxer Jude jedenfalls den Sabbath. In einem solchen Tage kümmert sich Herr Singer nicht um so profane Dinge, wie um Wahregeln gegen die Arbeitslosigkeit. Eben betritt nun Schärden aller Herr Stadthagen mit einem riesigen Affenbündel den Sitzungssaal, nun kann der Rummel losgehen. Hoffentlich vergißt Herr Stadthagen in seinem Vortrag nicht, die Rechtsanwältin zu erwähnen und deren Verhalten gebührend zu geißeln, die armen Arbeiter zu hohe Kosten auf die Rechnung setzen. Ueber solche Dinge kann Herr Stadthagen jedenfalls am besten reden, weil er darüber ein kompetentes Urteil haben dürfte, während er über die eigentliche Arbeiterfrage wenig oder gar nichts verstehen dürfte. So das Organ des Dresdener. Man könnte dem Blatt gegenüber die bekannten Worte wiederholen, die der alte Feig bei Jorndorf sprach, wenn es solchem Gesindel nicht zuviel Ehre anheim hieße, sich damit herumzuschlagen.

Beschwerden an den Minister des Innern über Gesetzesverletzungen der Polizei sind sehr empfehlenswert, wenn es sich nicht um Dinge handelt, bei denen rasche Erledigung erwartet wird. Der Minister scheint rasche Entscheidung und gründliche Prüfung für unvereinbare Gegensätze zu halten. Vor ca. 4 Wochen wurden an den Minister aus Anlaß der Beschlagnahme der gefährlichen „Weihnachts-Zeitung“ zwei Beschwerden gegen die Polizei durch besondere Voten eingereicht, von denen die eine gegen die Hausdurchsuchung in den Geschäftsräumen und gegen die Beschlagnahme der Geschäftsbücher der Buchhandlung Vorwärts bezug genommen. Die zweite Beschwerde gegen die Staatsanwaltschaft innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist sich richtete, die andere gegen die gesetzwidrige Erbrechung der Siegel durch die Polizei. Bis heute ist seitens des Ministers dem Beschwerdeführer auf diese Beschwerden noch nicht eine Silbe erwidert worden; dieses Schweigen ist um so unbegreiflicher, als der Inhalt der Gesetzeverletzung bei der Siegelbrechung bereits durch die der Beschwerde beigelegte Entscheidung des Herrn Oberstaatsanwalts un-

widerprechbar festgestellt ist, und es sich dabei, wenn der Minister die Auffassung des Beschwerdeführers teilt, eventuell um eine Gesetzesverletzung handelt, die im Strafgesetzbuch mit 3 zu 1 1/2 Jahren bedroht ist. Auch die Bitte um Rückgabe der Verfügung des Herrn Oberstaatsanwalts ist bis jetzt noch nicht erfüllt worden.

Das Vertrauen in die Polizei und deren höchste Ueberwachungsinstanz wird durch solche — Grundsätzlichkeit bei Untersuchung von Beschwerden gegen polizeiliche Gesetzesverletzung so gesteuert, daß auch eine rasche Entscheidung sie kaum noch erhöhen könnte.

Der Raubmörder Janke. Der am Dienstag vom Schwurgericht des Landgerichts II zum Tode verurteilte Raubmörder Janke hat sich gestern bei dem Gerichtsschreiber vorführen lassen und dort zu Protokoll erklärt, daß er auf Einlegung eines Rechtsmittels verzichte. Es dürfte ein in den Annalen der Justiz wohl noch nie oder doch höchst selten vorgelommener Fall sein, daß ein zum Tode verurteilter Verbrecher nicht verurteilt, die ihm noch übrig gelassene Spanne Lebenszeit durch Einlegung einer, wenn auch fruchtlosen, Revision etwas zu verlängern. — Für den zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilten Stehke hat H. A. Dr. Heilmann II Revision angemeldet.

Die Stadtverordneten-Versammlung hatte den Magistrat ersucht, für die Unfallversicherung der Treiber der Viehkommissionäre auf den städtischen Vieh- und Schlachthöfen zu sorgen. Das Statutorium des Viehhofes hatte schon früher auf eine Anfrage an die Fleischer-Vereinsgenossenschaft wegen der Versicherung eine ablehnende Antwort erhalten, mit der Begründung, daß die Oberstreiber als selbständige Gewerbetreibende nicht versicherungspflichtig seien. Das Reichs-Versicherungsamt hat auf die eingelegte Beschwerde der Gewerbe-Deputation sich dahin ausgesprochen, daß die Oberstreiber nicht versicherungspflichtig sind und daß die Treiber städtischer Vieh- und Schlachthöfen nicht zu versichern sind, weil sie Angestellte der Oberstreiber sind.

Die Nacht des Kapitalismus. Eine eigentümliche „Massenbewegung“ wird jetzt zu Gunsten des Bankiers Sternberg entfaltet. Nachdem wir kürzlich mitgeteilt haben, daß die hiesigen Unternehmungen dieses Herrn ihre Arbeiter zum Untersuchen eines Schwandengeschäfts veranlaßt haben, wird jetzt aus Breslau berichtet: In den Scafaer Brunn-Tabakfabriken bei Wittichenau werden Unterschriften zu einem Bittgesuch an den Kaiser um Vergünstigung des Bankiers Sternberg gesammelt und ebenso in den andern Sternberg'schen Werken. Es sollen schon ungefähr etwa 10 000 Unterschriften vorhanden sein.

Eine neue Erscheinung ist jetzt im Berliner Kohlenhandel zu beobachten, nämlich ein direkter Verkauf von Preßkohlen durch den Schiffer vom Kahn aus. Nachdem vor einiger Zeit am Rotenburger-Ufer ein Kahn mit ca. 300 Centner Preßkohlen in vier Tagen nur in ganz kleinen Porten verkauft wurde, ist derselbe Unternehmer jetzt wieder mit zwei Kahnabladungen am Engelshof 10 und Friedrichsgracht 82 eingetroffen. Der Verkauf findet auf den Kähnen, entgegen dem hiesigen Handelsgebrauch, nicht nach Stückzahl, sondern nach Gewicht statt. Es haben sich auch schon heftige Feinden zwischen den Kleinhändlern und dem Schiffer ereignet. Der Centner Preßkohlen, enthaltend ca. 138 Stück Preßkohlen, wird für 85 Pf. verkauft, während die Händler für 100 Stück 80—85 Pf. nehmen. Die Händler haben bereits die zuständigen Behörden wegen Zulieferung des Kohnhandels ersucht. Was das wohl nützen soll?

Schwere Einbrecher sind in letzter Nacht von der Berliner Kriminalpolizei dingfest gemacht worden. Schon seit geraumer Zeit wurden in Berlin, in Weihenau, in Rixdorf und andern Vororten Einbrüche und Diebstähle in Schanklokalen und Warenhäusern verübt, die scheinbar sämtlich von einer gemeinsam arbeitenden Diebsbande ausgeführt sein mußten. Als Führer der Einbrechergesellschaft waren unter anderen ein gewisser Hennig und Schermer der Polizei bekannt. Bisher war es jedoch nicht möglich, der Bande habhaft zu werden, und auch ein Stedbrief blieb erfolglos. Erst in der vergangenen Nacht gelang es, die Räuberführer und ihre Kumpane, die ihr Absteigequartier in der Rüdigerdorferstraße hatten, hinter Schloß und Riegel zu bringen. Die gestohlenen Waren hatten sie seit Jahren zu Schmelzpreisen in überbelegten Lokalen an den Mann gebracht.

Gefunden. Am 20. Dezember 1901, nachmittags gegen 5 Uhr, ist vor dem Hause Müllerstr. 3a auf dem Bürgersteige von einer Frau ein mittelgroßes schwarzes Lederes Klapp-Portemonnaie mit Inhalt gefunden und als Fundsache abgegeben worden. Der Finder hat sich bis jetzt nicht gemeldet. Retrospectanten wollen sich im Polizeipräsidenten, Zimmer 331 II, in den Vormittagsstunden von 9—11 Uhr einfinden resp. Nachricht zu Nr. 4074 II/18 072 geben.

Dem Museum für Deutsche Volkstrachten und Erzeugnisse des Handwerkes, Klosterstraße 86, sind neuerdings wieder verschiedene Geiseln zugegangen. Unter diesen befindet sich eine Schüssel aus dem Schwarzwalde mit einer kunstgeschichtlich sehr bemerkenswerten Darstellung: einen Charlatan des 15. Jahrhunderts, der seinen mit einem Schwein gekrönten Wunderwagen zieht. Bisher kannte man solche Zeitbilder nur in graphischen Darstellungen. Auch aus der Mark Brandenburg sind verschiedene Geräte aus dem 16. Jahrhundert eingegangen, die aus einem alten Koffer stammen.

In der Deutschen Gesellschaft für völkische Naturkunde spricht am Montag, den 20. Januar, abends 8 Uhr, im großen Hörsaal des königlichen Museums für Völkische Kulturgeschichte, 120, Herr Dr. Hellmuth, eines der Mitglieder der verunglückten Rinde-Expedition, über das Thema: „Eine Forschungsreise nach dem Bismarck-Archipel“ unter Vorführung zahlreicher Lichtbilder.

Feuerbericht. Sonnabend früh kurz nach 4 Uhr wurde die Wehr nach der Klaffenstr. 29 gerufen, wo in einer Schneiderwerkstatt Feuer ausgebrochen war. Die Gefahr konnte zwar leicht beseitigt werden, doch sind Thüren, Fenster und Möbel durch Feuer beschädigt. Freitagabend 11 Uhr hatten in der Badstr. 39 in einer Bäckerei Regale Feuer gefangen, während in der Myfest. 39 ein Brand abgeköpft werden mußte, der den Fußboden und die Balkenlage ergriffen hatte. Kurz vorher hatte die Wehr in der Markgrafenstr. 60 längere Zeit zu thun, wo in einer Wohnung Betten, Teppiche, Möbel und Kleidungsstücke in Brand geraten waren. Nachmittags erfolgte eine Alarmierung nach dem Tiergarten. Hier brannte in der Nähe der Rousseau-Insel auf dem sogenannten Großen Weg, jedenfalls durch Unachtsamkeit, ein Schupfschirm für Reiter. Gleichzeitig mußte in der Lühovstr. 97 ein Brand abgeköpft werden, der hauptsächlich Küchenmöbel beschädigte. Außerdem erfolgten Alarmierungen nach der Kirchbachstr. 6, Potsdamerstr. 98 und Tempelinerstr. 8, bei denen es sich jedoch um geringfügige Unfälle handelte.

Aus den Nachbarorten.

Die Zahl der socialdemokratischen Vertreter in den Ortsparlamenten der Berliner Vorortsgemeinden ist durchaus nicht so groß, wie man annehmen sollte, wenn man die starke Arbeiterbevölkerung vieler Gemeinden in Betracht zieht. In den städtischen Gemeinden in Charlottenburg, Schöneberg und Rixdorf freilich haben die letzten Wahlen die Zahl der socialdemokratischen Mandate beträchtlich vermehrt; in Rixdorf wäre, wie es sich normalerweise gebührt, die ganze dritte Abteilung durch Socialdemokraten vertreten, wenn nicht das bekannte Urteil des Ober-Verwaltungsgerichts die unerschließbaren Forderungen in Bezug auf die Hausbesitzer-Qualität aufgestellt hätte.

Es giebt nur einen einzigen Vorort mit Landgemeinde-Verfassung, der ein gleiches Verhältnis aufweist wie Rixdorf, nämlich

Lichtenberg. Dort sind sämtliche acht Mandate der dritten Abteilung in den Händen der Socialdemokratie.

In den übrigen Vororten mit starker Arbeiterbevölkerung hindert die Landgemeinde-Ordnung vielfach unsere Parteigenossen, sich die dritte Klasse völlig zu erobern. Sie will bekanntlich nicht nur wie die Städte-Ordnung die Hälfte, sondern zwei Drittel der Vertreter aus den Kreisen der Hausbesitzer entnommen wissen und daher scheitert eine entsprechende Vertretung der Arbeiterklasse meist am Kandidatenmangel. Immerhin müssen sich unsere Parteigenossen neuerdings vielfach mit Erfolg, auch diese große Schwierigkeit zu überwinden. Zur Zeit zählen socialdemokratische Vertreter: Adlershof 2, Weig 2, Friedrichshagen 3, Johannisthal 1, Lichtenberg 8, Kowawes 2, Pantow 1, Reinickendorf 1, Rummelsburg 1, Steglitz 1, Weißensee 3, Wilmsdorf 1. Ohne socialdemokratische Vertretung sind die Gemeinden Baumgartenweg, Kreuzow, Friedrichsfelde, Lichtenfelde, Mariendorf, Marienfelde, Schmargendorf und Zehlendorf.

Hoffentlich gelingt es unseren Parteigenossen, bei den zum März in Aussicht stehenden Gemeindevahlen ihre bisherige Position zu stärken und auch an Orten, wo sie bisher untertreten waren, Arbeitervertreter ins Ortsparlament zu entsenden. Es giebt keinen Berliner Vorort, wo die kommunalen Zustände solches nicht bitter notwendig machen.

**Tempelhof.** Die Gemeindevertretung hat, wie dies bereits in andern Orten geschehen, eine Verringerung der Lustbarkeitssteuer in der Weise vorgenommen, daß patriotische Festlichkeiten an gewissen Tagen von der Steuer befreit sind. Festlichkeiten, die Wohltätigkeitszwecken dienen, kann die Steuer ebenfalls erlassen werden. So weit ganz gut! Es bleibt nur noch der fromme Wunsch bestehen, „andre Festlichkeiten“ ohne Eingreifen der Polizeiorgane ihrem natürlichen Ende entgegengehen zu lassen. — Ein Antrag zur Umfassung der Ordnung, wonach der erste Verkäufer und der letzte Käufer die Steuer gemeinsam tragen sollen, wird einer Kommission zur Beratung überwiesen. Ein weiterer Antrag des Gemeindevorstandes, bei staatlichen Bauten nur die Hälfte der Baugeschäfte zu erheben, fand mit vollem Recht keine Zustimmung. Die Kosten der Kanalisierung des Terrainsviertels betragen 140 000 M. Gemäß Ortsstatut vom 8. Juni 1899 haben die Eigentümer für die Entwässerungsanlage einen Beitrag von 25 M. pro laufenden Meter Straßenfront zu entrichten, so daß von dieser Summe 110 000 M. in Abrechnung kommen. Der Rest von 30 000 Mark soll durch ein Darlehen von der Telow-Kanalparasse aufgebracht werden. Ein Antrag des Socialdemokratischen Wahlvereins, im Erweiterungsbau der zweiten Gemeindegemeinschaft einen Bade-raum einzurichten, geht an die Baukommission, welche bei Beratung der Specialprojekte auf den Antrag Bezug nimmt.

**Die Gemeindevertretung zu Groß-Lichtenfelde** beschloß in ihrer letzten Sitzung, die sogenannten „Zwischengeschäfte“ bei Grundstücksverläufen zur Umsatzsteuer heranzuziehen und die Bildung eines „Telow-Kanal-Kostenfonds“. Der Beitrag mit dem Eisenbahnkosten wegen Durchführung des Grundstücks für die Kanalisierung unter den Geleisen der Anhalter Eisenbahn führte zu sehr lebhafter Diskussion. Während einige Gemeindevorteiler den Beitrag als einen solchen bezeichneten, den kein vernünftiger Mensch unterschreiben würde, stellte sich die Majorität (11 gegen 10 Stimmen) auf den Standpunkt der Kommission und genehmigte denselben. — Auch der „Kalendar“ gab Anlaß zu einer leider wenig lichtvollen Diskussion. Da die Laternen wegen des späteren Nachtzuges auf Bahnhof Lichtenfelde-Dorf etwas länger brennen müssen, ist eine Nachforderung von 383 M. für das letzte Vierteljahr nötig geworden, die genehmigt wird. Gemeindevorteiler Krause wünscht, daß auch an den Abenden die Laternen brennen sollten, wenn Mondschein im Kalender stünde. Um aber der Gemeinde möglichst Mehrkosten zu ersparen, entwickelte er folgende Beleuchtungs-Theorie: glaubt der Laternen-Anwender, daß der Himmel an den bewölkten Abenden hell und klar bleibe, so soll er nicht anzünden; glaube er aber, daß dies nicht der Fall sein werde, so solle er anzünden. Gemeindevorteiler Dr. W. L. L. w. w. wünschte ebenfalls, daß an dunklen Tagen „alle Laternen angezündet werden. Gemeindevorteiler Haupt ist der Meinung, daß dies jedenfalls zu viel koste. Wir sind auch der Meinung, daß der Etat unter der Last zusammenbrechen müsse, wenn an allen dunklen Tagen in Lichtenfelde die Straßenlaternen brennen würden.

**Aus Schöneberg** schreibt man uns: Bekanntlich findet am Donnerstag, den 23. Januar, im 9. Bezirk für die für ungültig erklärten Mandate des Genossen Obst und des Oberlehrers a. D. Dr. Richter eine Neuwahl statt. Ueber die Ursache der Ungültigkeitserklärung und die von den Vätern des Protestes vielfach nicht erwartete Nebenwirkung haben wir schon an anderer Stelle berichtet. Wir können jedoch nicht unterlassen, nochmals unsere Parteigenossen auf die Neuwahl zu verweisen. Wir haben unsere ganze Kraft einzuwenden nicht bloß für die Wiedereingewinnung des Obst'schen Mandates, sondern es muß uns auch das Mandat des Nichteingewählten, welches von unserer Seite dem Genossen Wollermann übertragen worden ist, unbedingt zu fallen. Hoffentlich werden die Parteigenossen und Wähler des neunten Bezirks sich bemühen, das Veräumdete nachzuholen. Unsere Gegner werden natürlich alles Mögliche versuchen, den bisherigen Vertreter wieder ins Stadiparlament zu senden; und was in puncto Wahlmache von dieser Seite geleistet werden kann, das haben uns die letzten Stichwahlen, sowohl im 4. als auch im 8. Bezirk, gezeigt. Die Parteigenossen dürfen sich auf keinen Fall in Sicherheit wiegen, sondern müssen zur Wahl mit dem Aufgebote aller Kräfte agitieren.

**Lichtenberg.** Die Gemeindevertretung beschloß am Donnerstag, den Versuch einiger Grundbesitzer abzuwehren, wonach der Gemeinde auf dem Wege eines Vergleichs die Pflicht aufzuerlegen ist, den Herren Hausbesitzern auch die Bürgersteige auf Kosten der Gemeinde zu reinigen. Bezüglich des Besetzungsbereiches über den Servistarif und Wohnungszulassung wurde beschlossen, bei den gesetzgebenden Körperschaften wegen Umgehung Lichtenbergs in die Servis-Kasse A. vorstellig zu werden. Die Hundsteuer wurde von 12 M. auf 16 M. erhöht. Eine Interpellation über den Stand der Verhandlungen mit der Regierung über die Annahme der Städteverfassung rief eine stellenweise recht lebhaft Debatte hervor, die zu erkennen gab, daß trotzdem der wiederholte Beschluß schon 9 Monate alt ist, in der Sache so gut wie gar nichts gethan würde. Eine neuerliche Zuschrift der Regierung giebt als Grund der Verzögerung an, daß die Verhandlungen Lichtenbergs mit der Stadt Berlin wegen Einverleibung des Ortes als Anlaß der Offerte des Pflichtenwandel von Donnerstag abgewartet werden müßten. Beschlossen wurde, den Minister um Bescheinigung anzugehen und den Versuch zu machen, die Sache in Gestalt einer Anfrage im preussischen Abgeordnetenhaus zu erörtern. Eine Anfrage über den Verbleib der Kommission für die Revision der Grundwertsteuer rief eine rege Unterhaltung unter der Grund- und Hausbesitzer-Majorität hervor, deren Leitmotiv die Frage war, wie man die Steuerleistungen am besten zum Nutzen der Besizenden gestalten könne. Mit den Vorarbeiten zur Errichtung eines Elektrizitäts-Werkes für Rechnung der Gemeinde wurde das Gasontstalts-Bureau beauftragt. Auch bei dieser Angelegenheit hat sich die Majorität den Wünschen der Socialdemokraten im Princip anschließen müssen.

**Johannisthal.** Zu dem bereits veröffentlichten Kanalisations-Projekt für die Orte Treptow, Nieder-Schöneweide, Adlershof, Grünau und Alt-Glienitz hat auch die Gemeindevertretung von Johannisthal ihre Zustimmung gegeben. Die Verhandlungen hierüber fanden in nichtöffentlicher Sitzung statt. — Die Gemeindevertretung hatte in einer früheren Sitzung die Zahlung eines Barbeitrages zu dem geplanten Gasen für Johannisthal abgelehnt, da ja der Gasen für Johannisthal in dem Entwurf bereits festgelegt war und die Landverkäufe der Johannisthaler Grundbesitzer an die Kanalbauverwaltung unter dieser Voraussetzung erfolgt waren. Nachdem der

Kanalbauverwaltung von einigen Haupt-Spekulanten unentgeltlich Land zur Verfügung gestellt worden, forderte die Verwaltung von der Gemeinde Johannisthal den Betrag von 80 000 M., welchen sie später auf 15 000 M. ermäßigte. Auch dies wurde abgelehnt, da der Gasen für Johannisthal schwerlich einen solchen Nutzen haben dürfte, um die Ausgabe einer solchen Summe zu rechtfertigen, zumal der Kanal jetzt mehrere hundert Meter entfernt von Johannisthal geführt wird, als ursprünglich geplant war. Jetzt hat nun ein Rentier Künze aus Rudow die Vermittlerrolle bei dem Vertreter Kohlenberg übernommen, um die Gemeinde Johannisthal zur Zahlung einer noch geringeren Summe, als wie die zuletzt geforderte, zu veranlassen. Die Vertretung war sich aber klar, daß durch die Zahlung auch einer noch so geringen Summe die Gemeinde nur zu den späteren Unterhaltungs-kosten herangezogen werden solle, und lehnte es wiederum ab, eine Beihilfe zu leisten. Etwas andres wäre es indes, wenn das Rudower Gebiet zwischen Johannisthal und dem Kanal in Johannisthal eingemündet würde. Eine Kommission wurde beauftragt, mit dem Landrat in dieser Sache und wegen der Verlegung des Gasens zu verhandeln.

**Das neu erbaute städtische Krankenhaus in Westend, vis-a-vis** Etablissement Moriz, wird zum dirigierenden Arzt den bekannten Ehrgang Professor Dr. med. Bethel-Hagen erhalten.

**Obstruktion auch in der Spandauer Stadterordneten-Versammlung!** In der Donnerstag-Sitzung der hiesigen Stadterordneten, so wird uns aus Spandau geschrieben, übten unsere Genossen zur Abwehr gegen die an ihnen immer deutlicher verächtliche Vergeßlichkeit durch die gesamte bürgerliche Mehrheit während der ganzen Sitzung Obstruktion.

Die Neuwahl eines Abgeordneten für den Provinzial-Landtag hatte stattgefunden, ebenso die Wahl des Bürgermeisters Wolf an Stelle des bekannten Stadterordneten Sturm, der dieses Mandat so lange bekleidete, jetzt aber wiedergelegt hatte und sich zur Wiederwahl stellte (wobei unsere Genossen für Herrn Wolf stimmten). Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten, auf welcher fast ausschließlich Rennwahlen für die einzelnen Ausschüsse und Deputationen standen. Gleich bei dem 1. Punkt, Neuwahl von 9 Mitgliedern für den „Etschbau“ gab die Mehrheit zu erkennen, daß es ihr Ernst damit war, uns ihre Uebermacht fühlen zu lassen, indem von dem Referenten aus unserer Fraktion der Stadtv. Pieper (Soc.) vorgeschlagen wurde, Dieser verzierte seinerseits und empfahl namens unserer Fraktion den Stadtv. Neger (Soc.) Gegen diesen lehrt sich aber augenblicklich der ganze blindwütige Haß der bürgerlichen Stadtväter. Natürlich nicht ohne guten Grund. Es ist bereits wiederholt an Mitglieder der socialdemokratischen Fraktion von den Gegnern das mehr als naive Ansinnen gerichtet worden, Neger auszumergeln, sonst sei ein eintätiges Zusammenarbeiten mit den Socialdemokraten im Stadthaus nicht mehr möglich. Namens unserer Fraktion erklärte domum Stadtv. Scholz, daß er in dem Widerstande der Herren gegen die Wahl Negers die bloße Angst vor diesem erblicke! Es mußte nun, da verschiedene Vorschläge vorlagen, Jettelwahl stattfinden; zum nicht geringen Verdruß der Mehrheit mußte diese Jettelwahl auch bei allen übrigen Wahlen (mit einer einzigen Ausnahme) vorgenommen werden. Eudlich um 1/2 Uhr, nach mehr als dreistündiger Tagung, verließ die Geduld unsere Gegner vollends; flugs wurde die Sitzung vertagt. Es blieben noch 49 Wahlen zu erledigen, die sicher mindestens noch eine Sitzung ausfüllen dürften. Dessen dürfen die bürgerlichen Stadtväter Spandaus aber gewiß sein, daß unsere Genossen so lange ihre Obstruktionstaktik, verbunden mit der allerschärfsten Kritik, fortsetzen werden, bis sich die Herren der nötigen Einsicht zugänglich zeigen wollen! —

## Gerichts-Beitrag.

**Eine unansehnliche Vaterlandskretzung.** Der socialdemokratische Wahlverein für Stralau-Rummelsburg wollte im Juli 1901 einen Sommerabend-Ball abhalten. Der Vorsitzende, Genosse A. Oehling in Rummelsburg, zeigte dies dem Amtsvorsteher an und erhielt darauf eine Bescheinigung des Amtsvorstehers über die Anmeldung einer „Versammlung“, der hinzugefügt worden war, die Versammlung dürfe nur stattfinden, wenn die Beteiligung von Frauenpersonen, Schülern und Lehrlingen ausgeschlossen sei. Das Vergnügen unterblieb am fraglichen Tage. Oehling beschwerte sich aber beim Landrat und später, als die Bescheide fruchtlos blieb, beim Regierungspräsidenten in Potsdam, der ihn ebenfalls abwies. Rummelsburg klagte er beim Ober-Vorwaltungsgericht. Sein Vertreter, Rechtsanwalt Dr. Karl Lieberlich, nahm sich der Sache mit großem Eifer an. In dreiviertelstündiger Rede machte er den ersten Senat des Gerichts davon zu überzeugen, daß sich ein Verbot der Teilnahme von Frauen an einem Ballvergügen in keiner Beziehung rechtfertigen lasse. Unter anderm machte er geltend: Der § 8 des Vereinsgesetzes, auf den sich der Regierungspräsident unter Bezugnahme auf Entscheidungen des Ober-Vorwaltungsgerichts berufe, sei insoweit verfassungswidrig, als er die Frauen z. B. von der Teilnahme an politischen Vereinen ausschließe. Artikel 30 der preussischen Verfassung rechtfertige einen solchen Ausschluß bestimmter Gruppen von Personen vom freien Vereinsrecht nicht. Wenn er von Beschränkungen politischer Vereine spreche, dann wären damit lediglich sachliche Beschränkungen gemeint. Ferner sei § 8 des Vereinsgesetzes als Verbotsgesetz einschränkend dahin ausulegen, daß die Frauen z. B. nicht von jeglicher Verbindung mit politischen Vereinen im Sinne dieses Paragraphen ferngehalten werden sollten, sondern nur von solcher Verbindung, die sie in ihre politischen Bestrebungen hineinziehe, ihre politische Betheiligung einwölge. Danach erstrecke sich das Verbot der Teilnahme von Frauen an den Versammlungen und Sitzungen politischer Vereine nicht auf rein gesellschaftliche, den Tanz, den Amusement gewidmete Veranstaltungen. Und schließlich liege der Wortlaut und die Fassung des § 8 (die der Anwalt eingehend zerlegte) nur die Deutung zu, daß er stets nur, auch in seinem Absatz 3, Versammlungen und Sitzungen im beschränkten Sinne des Wortes meine, daß nur an solche gedacht worden sei, in denen politische Gegenstände erörtert werden sollten.

Der Senat wies die Klage mit folgender Begründung ab: Der Senat habe mit Interesse von den eingehenden Darlegungen des Herrn Anwalts Kenntnis genommen. Er habe aber nicht darauf eingehen können, da sich die Sache schon anderweitig erziele. Die Klage müsse schon deshalb abgewiesen werden, weil eine durch die Klage anfechtbare polizeiliche Verbotsvorschrift überhaupt nicht vorliege. Dem ein positives Verbot sei darin nicht zu finden, wenn der Amtsvorsteher der Anmeldebekanntmachung hinzusetzte, die „Versammlung“ dürfe nicht stattfinden, wenn Frauenpersonen, Schüler und Lehrlinge teilnahmen. Es wäre vielmehr lediglich ein Hinweis auf eine nach Meinung des Amtsvorstehers hier in Betracht kommende gesetzliche Vorschrift. Die Klage sei darum als unzulässig abzulehnen, ohne daß das Gericht in eine materielle Nachprüfung der Sache eingehe und die Klagegründe materiell würdigen brauche. Dazu würde sich ja ein nächstes Mal Gelegenheit bieten.

**Eine Droschkenfahrt sämtlicher Gemeinbediener von Tegel,** die gestern die erste Strafkammer am Landgericht II beschäftigte, trug wesentlich bei zur Illustration der Verhältnisse, wie die Gemeinbedienten in Tegel leben und wirken. Auf der Anklagebank stand der frühere Gemeinbedienter Gustav Trezinski, der beschuldigt war, in seiner Eigenschaft als Gemeinbedienten-Vollziehungsbeamter während der Monate August und September in 46 Fällen Steuerbeträge in der Höhe von 150 M. und darüber unterschlagen zu haben. Der Angeklagte hat nach Entdeckung der That nahezu vier Monate in Untersuchungshaft zubringen müssen, weil er einmal seine Amtsgenossen bezichtigte, daß sie ihn zu unzulässigen Ausgaben gelegentlich einer Spicytour verleiteten hätten und andererseits von der Amtsanwaltschaft angenommen wurde, daß die Unterschlagungen nur möglich gewesen seien, wenn der Angeklagte Bücher und Register oder Urkunden ge-

fälscht hätte. Wäre das letztere erwiesen worden, so hätte der Angeklagte vor das Schwurgericht gestellt werden müssen. Die Untersuchung hat aber ergeben, daß Urkundenfälschungen nicht vorliegen und die Unterschlagungen nur durch den Mangel einer ausreichenden Kontrolle möglich wurden. Ueber seine Verhältnisse erzählte der Angeklagte, daß er früher in Selow als Gemeinbedienter auf Grund seines Wohlverhaltens angeestellt gewesen sei. Am 1. Juli sei er auf seine Veranlassung in Tegel angestellt worden. Um die Anfordern zu beden, die ihm durch seine Ueberbedienung entstanden, habe er sich 60 Mark als Gehaltsvorschuß geben lassen. Sein Gehalt habe 100 Mark betragen, wovon er die nicht geringe Miete zu bezahlen und Frau und fünf Kinder zu ernähren hatte. Am nächsten Gehaltstage seien ihm 40 Mark auf den erhaltenen Vorschuß abgezogen worden, so daß ihm nur sechzig Mark blieben. Davon habe er mit seiner Familie nicht leben können und da habe er die Gelder angegriffen, die er im Auftrage der Gemeinde eingezogen habe. Der Staatsanwalt bemerkte hierbei, daß es in Tegel etwas eigenmächtig zugezogen scheine, denn es käme neuerdings wieder ein Verfahren, weil Kuntz und Gemeinbedienter eine gemeinschaftliche Kneipe veranlassen und — statt auf Ordnung zu sehen — einen harmlosen Gast verprügeln hätten. Die Gemeinbedienter Hänslar und Dzendric gaben bezüglich der Spicyfahrt an, daß sie sich mit dem Angeklagten verabredet hätten, eine Partie nach Treptow zu machen, nachdem dieser versichert hatte, daß er außer dem Jahrgelde sämtliche Kosten tragen wolle. Woher er das Geld habe, gehe sie nicht an. In Treptow habe er die ganze Woche bezahlt und in der Nacht seien sie mit einer Droschke von Treptow nach Tegel gefahren, wofür der Angeklagte 15 bis 20 Mark bezahlt habe. Ingesamt habe derselbe 35 bis 40 Mark ausgegeben. Daß das Geld aus amtlichen Mitteln stamme, hätten sie nicht ahnen können. Unterwegs habe der Angeklagte noch ein Mädchen in die Droschke aufgenommen, doch habe er sich, um Pöhl zu machen, auf den Tod gesetzt und das „Mädchen“ dem „Sauger“ der Zeugen überlassen. Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr Gefängnis und Aberkennung der Beamtenqualifikation auf drei Jahre, der Verteidiger Dr. Wertbauer führte jedoch so viel Widerstandsgründe an, daß der Gerichtshof sich veranlaßt sah, nur auf sechs Monate Gefängnis zu erkennen, wovon zwei Monate als Verbot erachtet wurden. Außerdem wurde die Aberkennung der Befähigung zur Bekleidung eines öffentlichen Amtes nur auf ein Jahr ausgesprochen.

**Die neueste Strafkammer** wird sich demnächst mit einer Erpressungs-Affaire zu beschäftigen haben, die eines gewissen romantischen Hintergrundes nicht entbehrt. Der der verdächtige Erpresser beschuldigte Schriftsteller Alfred Schulte war in den achtziger Jahren Hauslehrer in der Familie eines Mitgliedes der hiesigen Finanzverwaltung und Leiter eines großen Bankinstituts geworden ist. Die Gattin des Finanzmannes fand Gefallen an dem Hauslehrer und es soll sich zwischen beiden ein freundschaftlicher Verkehr entwickelt haben, in dessen Verlauf der Angeklagte eine Reihe von Briefen der jetzigen Frau Kommerzienrätin in Besitz bekam. Schließlich trat der Gatte der letzteren als Jupiter tonans auf, es kam zu einer heftigen Auseinandersetzung und der Angeklagte verstand sich dazu, die in seinem Besitz befindlichen Briefe unter gewissen Bedingungen herauszugeben. Es scheint ihm dabei ein kleiner Vermittler unterlaufen zu sein, denn er hat später entdeckt, daß noch ein Briefteil der Briefe in seinem Besitz verblieben ist. Er hat sich dann längere Zeit im Auslande aufgehalten und ist nach seiner Rückkehr mit Forderungen gegen den Kommerzienrat aufgetreten, die er dann im Wege des Civilprozesses geltend machte. Er behauptet, daß der Kommerzienrat ihm versprochen und sich bei Zurückgabe der Briefe geradezu verpflichtet habe, für ihn zu sorgen und ihn zu unterstützen, wenn er keinen ausreichenden Erwerb habe. Der Prozeß ist zu seinen Ungunsten ausgefallen. Der Angeklagte soll sich später zu Handlungen haben hinreichend lassen, die ihm als verächtliche Erpressungen ausgelegt werden. Er versuchte einerseits einen Artikel in eine hiesige Zeitung zu lancieren und darin im Anschluß an die noch in seinem Besitz befindlichen Briefe den Kommerzienrat und seine Gattin bloßzustellen; den gleichen Zweck verfolgte er mit einer Broschüre, die er einer hiesigen Volkszeitung zum Verlage anbot. In beiden Fällen kam er nicht zum Ziele, vielmehr erhielt der Kommerzienrat Kenntnis von dem Verhalten des Angeklagten und stellte nunmehr den Strafantrag. Inzwischen hatte übrigens auch der Angeklagte schon eine Strafanzeige, die auf andern Gebiete liegt, gegen die Frau Kommerzienrätin erstattet. Die Hauptverhandlung gegen ihn wird noch in diesem Monat stattfinden. Seine Verteidigung hat Rechtsanwalt Morris übernommen.

## Mermischtes.

**Das Grubenunglück in Brück.** Am Freitag liegt vom Samstag folgende Nachricht vor: Im Juviterschacht hat sich gestern ein neues Feuererwartung ereignet. Die Verdrämmungs- und Vergütungsarbeiten gehen langsam vor sich, da auch weiterhin die größte Vorsicht gehalten ist. Keine Zeiche wurde seit gestern geborgen. Der Wasserstand ist gegen gestern unverändert. Die Gatterschächte sind in den Hüllorten wasserfrei. Das Wasser in den Pingen ist trotz mangelhafter Pumpen über Nacht um 90 Centimeter gestiegen, da der Wasserstand mehrfach außerordentlich ist und das umliegende Terrain übersättigt hat. Die obertägigen Verdrämmungsarbeiten werden durch die kalte, nasse Witterung sehr erschwert und verzögert. — Weiter wird noch gemeldet: Bei dem Vorbirgen im Jupiterschacht wurden drei Pferdebeladungen gefunden. Der hier anwesende Staats-Bauingenieur erklärte, daß seitens der sogenannten Schiffsgraben-Gesellschaft die nötigen Sicherungsarbeiten vorgenommen wurden.

**Eisenbahnunglück.** Auf der Hensburger-Becker-Bahn stieß am Abend früh ein Personenzug auf einen Güterzug, der auf einem Nebengleise hielt. Ein Lokomotivführer und zwei Heizer wurden getötet.

**Aus Kopenhagen** wird berichtet: Eine ungeheure Feuerbrunst, die bei dem starken Sturm einen großen Teil der Stadt ernstlich gefährdete, brach in der vergangenen Nacht in einem Holzlager der Vorstadt Sundby aus. Der aufopfernden Thätigkeit der Feuerwehr, die durch Militär unterstützt wurde, gelang es nach zehnständiger anstrengender Arbeit, heute in der ersten Stunde das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Der Schaden, der sich noch gar nicht übersehen läßt, aber durch Versicherung gedeckt sein soll, dürfte mehr, als 800 000 M. betragen.

**Ueber ein Grubenunglück** wird aus Meiderich gemeldet: In der Zeche Krummühl wurden gestern drei Gesteinsblöcke und der die Luftleitende Obersteiger durch herabfallendes Gestein erschlagen. Wie die „Neue Meidericher Zeitung“ meldet, gelang es, die Verunglückten, die schwer verletzt sind, zu befreien.

**Tötung eines Försters.** Wie der Bromberger „Deutsche Anzeiger“ meldet, ist der Förster Jarkzewski aus Weelich im Walde mit zerstückeltem Schädel tot aufgefunden worden. Der Förster ist wahrscheinlich das Opfer eines Wildbevers geworden.

**Der große deutsche Dampfer „Ossendach“** der „australischen Dampfisch-Gesellschaft“ ist auf der Fahrt von Australien und Java nach Amsterdam gestern in der Nähe von Noordwijk gestrandet. Die Schleppter Polizei, Nordzee und Zuidzee aus Hoek van Holland und die Schleppter Callop und Simon sowie noch einige kleinere Schleppter aus Amuiden sind nach der Unglücksstelle abgegangen in der Hoffnung, den gestrandeten Dampfer heute bei Hochwasser wieder flott machen zu können.

**In der Catalonischen Stadt Saurea,** die ungefähr 55 Kilometer nordwestlich von Barcelona gelegen ist, explodierte in einem Fabrikgebäude der Hauptkessel und zerstörte die sämtlichen Anlagen. Zahlreiche Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben, viele tote und Verwundete sind jetzt festgesteckt, andre werden vermisst. Der Direktor, der sich zur Zeit in der Fabrik befand, wurde ebenfalls ein Opfer der Explosion, und sein Leichnam wurde durch den Einsturz bis in die Mitte des Markplatzes geschleudert und blieb dort zerstückt und als unformige Masse liegen.

**Der Verein für Frauenstudium** veranstaltet durch seine Vorsitzende, Dr. jur. Anita Kugler, am 23. d. Mts. im großen Saale der Berliner Hochschule, Kommandantenstr. 57, eine öffentliche Versammlung, in welcher die schon im vorigen Winter in mehreren Versammlungen behandelte Kritik wegen der höheren Mädchenschule" fortgesetzt werden soll. Der bevorstehende Abend soll speziell das Ungerechte der semestralen Schreibrubenbildung betreffen. Als Referenten sind Herr Reichstags-Abgeordneter Dr. Wedekamp und Dr. phil. Helene Städer gewonnen worden.

**Berliner Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Verein für Frauen und Mädchen** (Gegr. 1892). Heute abend 9 Uhr im "Häfenhof", Altonaerstr. 138, Versammlung. Tagesordnung: Vortrag des Herrn Dr. Bernheim: Die Hygiene des Schulkindes. Statutenänderung. Gefeelliges Beisammensein. Gäste willkommen.

**Sanatorium für Arbeiter und Arbeiterinnen**. Morgen, Montag, abends 9 Uhr, Nebungsstunde in der Centrale, Dresdenstr. 45: Vortrag über Bergkämpfer. Nachher praktische Übungen. - Gäste willkommen. Neue Teilnehmer können jederzeit eintreten.

**Witterungsüberblick vom 18. Januar 1902, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. F.	Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. F.
Sonnenberg	762.9	SW	4	Regen	5	Saparanda	750.9	W	2	Zwölfent	-17
Dresden	767.5	SW	3	bedeckt	5	Reichenburg	760.0	SW	1	Schnee	0
Berlin	765.9	SW	5	bedeckt	5	Worms	772.0	S	3	bedeckt	8
Königsbrunn	770.0	SW	2	bedeckt	4	Aberdeen	-	-	-	-	-
Wilmanns	770.0	SW	2	bedeckt	4	Paris	771.0	SW	2	bedeckt	0
Berlin	768.5	SW	2	bedeckt	5						

**Wetter-Prognose für Sonntag, den 19. Januar 1902.**  
Ein wenig kühler, zeitweise auflockernd, vorwiegend trübe mit geringen Niederschlägen und ziemlich frischen nordwestlichen Winden.  
Berliner Wetterbureau.

Am 17. Januar früh nach längerem Leiden unser lieber Kollege, der Drucker **Ferdinand Stauff** nach langem Krankenlager im Alter von 57 Jahren.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. cr., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Thomaskirchhofes, Altonaerstr. 138, statt.  
Das Personal der Firma H. S. Hermann.

**Todes-Anzeige.**  
Allen Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, das meine innig geliebte Frau, unsere Mutter, Schwieger- und Großmutter **Frau C. Pfäzner** am 17. Januar nach schwerem Leiden sanft entschlafen ist.  
Die Beerdigung findet am Montag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Heil. Kreuz-Kirchhofes, Mariensdorf, statt.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Dankfagung.**  
Für die mir anlässlich des Hinscheidens meiner geliebten Frau bewiesene zahlreiche Teilnahme bei der Beerdigung und die schönen und vielen Kranzspenden sage ich den Kollegen des Hauptverbandes und der Ortsverwaltung Berlin des Central-Verbandes der Handel-, Transport- und Verkehr-Arbeiter Deutschlands, sowie dem Vorstand und besonders den Beamten der Ortsstelle für den Gewerkebereich der Kaufleute, Handwerker und Apotheker, aber auch allen Freunden und Bekannten, sowie dem Gesangsverein St. Urban meinen tiefgefühltesten und herzlichsten Dank.  
**August Werner.**

Für die innige Teilnahme und Kranzspende bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters **Ernst Henze** sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Gesangsverein "Freiheit West" für sein Erscheinen unseren herzlichsten Dank.  
21135 Frau Henze nebst Tochter.

Für die und bewiesene herzliche Teilnahme sowie für die vielen schönen Blumenspenden bei dem und durch Gottes Güte bewiesenen schweren Verlust meines geliebten Mannes, unseres teuren Vaters, sagen wir herzlich unseren innigsten Dank.  
Berlin, im Januar 1902.  
Witwe Marie Nautsch, nebst Kindern Franz und Willy.

Freunden eines wirklich guten und sehr wohlbedachten Traubeneisens empfiehlt garantiert **unverfälschten**  
**1899er Rotwein.**  
Derselbe kostet in Fässern v. 30 L. an 55 Pf. per Liter

u. in Flaschen von 12 Fl. an 60 Pf. pr. Fl. von ca. 7/8 Liter, einfach Glas 2 Flasch. u. Weidling, versende pr. Post. Zusätzliche Anmerkungen: 100, 3\* Carl Th. Oehmen, Coblenz a. Rh. 311 Weinbergbesitzer u. Weindübel.

**Rum**  
sehr kräftig und von feinem Aroma, per 7/8 Liter 1,00 bis 1,50.  
**Punsch und Glühwein,**  
Gl. 75 Pf. bis 1,00.  
**F. Willumeit,**  
Alexanderstr. 52. (32992\*) Potsdamerstr. 48 (Eing. Karlsruherstr.) Skatzenstr. 135. - Reichenbergerstrasse 67 u. Löwestr. 12.

**Dr. Simmel, Praxenstr. 59.**  
Spezialarzt für 3/18\* **Haut- und Harnleiden.**  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Habe das Hotel von **W. Brinkmann** übernommen, bitte alle Bekannten um geneigten Zuspruch. Zwei Bereinigungstermine stehen zur Verfügung.  
**Heinrich Enders,**  
Prinzen-Allee 21. 21639

**Herren-Vortrag**  
Mittwoch, den 22. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in den Insel-Schiffen, Inselstr. 10 I, und Freitag, den 24., abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Altonaerstr. 276: **Carl Brackhoff,** Friedrichstr. 10, über die sogenannten ungeliebten Räucherleiden.  
Eintritt frei! Nur für Herren!

**Bekanntmachung, Charlottenburg**  
Meine **Bade-Anstalt** Berlinerstr. 109 ist wieder eröffnet. Täglich für Damen und Herren von 8 Uhr morgens bis 9 Uhr abends für sämtliche Krankenkassen Berlin und der Provinz. 33012\*  
Bäder und Massagelieferung. **A. Posner** und Frau.

**Gesucht ein Verschollener!**  
Der am 26. Februar 1876 zu Helsen geborene Vater **August Klunker**, welcher sich zuletzt im August 1901 in Wilhelmshaven aufgefunden hat und seit jener Zeit verschollen ist, wird hierdurch aufgefordert, sich schnellstmöglich bei dem Unterzeichneten wegen Entgegennahme seiner Erbschaft zu melden. Personen, welche Auskunft über den Verschollenen geben können, werden gebeten, dieses dem Unterzeichneten mitteilen zu wollen.  
Helsen in Hannover, den 17. Januar 1902.  
Der künftige Nachlasspfleger, **Meyer.** 32915\*

**Schleuniger Ausverkauf**  
wegen **Auflösung** meines seit 43 Jahren bestehenden Geschäfts.  
Die noch bedeutenden Restbestände **Teppiche Tischdecken Steppdecken Läuferstoffe Möbelstoffe Rouleauxstoffe Gardinen Portieren S ores etc.** werden zu wahren Schleuderpreisen zum **Ausverkauf** gestellt.  
**Reste** in allen Artikeln besonders billig  
**A. Löwenthal**  
Berlin C., Breitestr. 20,  
Ecke Scharenstrasse.

**Turnverein „Fichte“**  
(Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes.)  
**I., VIII. u. X. Männer-Abteilung.**  
Sonntag, den 25. Januar 1902, in der Brauerei Friedrichshain (früher Lippa) am Königsdamm:  
**Großer Wiener Maskenball.**  
Jede Dame erhält ein Präsent  
**Billet 50 Pf.** (Es ladet freundlich ein [21255] Anfang 8 Uhr. Das Komitee.

**Central-Verband der Bau-, Erd-, und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.**  
Zahlstelle Berlin II.  
Sonntag, den 25. Januar 1902:  
**Großer Wiener Masken-Ball**  
im Lokale des Herrn Hellmuth Peters, Alt-Moabit 80/81.  
12 Uhr: Demaskierung. \* Großer Dankregen. \* 1 Uhr: Kaffeepause während der Kaffeepause: Humoristische Vorträge.  
Anfang 8 Uhr. **Billet 50 Pf.** Ende ???. Zum zahlreichen Besuch ladet ein **Das Komitee.**

**Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft.**  
(Verwaltungsstelle Berlin).  
Sonntag, den 25. Januar, in Ballschmieders Festsälen, Badstraße 16:  
**Großer Wiener Maskenball.**  
Achtung! Während der Kaffeepause Auftreten des bekannten **Verlierer Trio** in seinen 6 Klangnummern.  
Anfang 8 Uhr. **Entrée 50 Pf.**  
Billet sind bei den Bekannten Kollegen erhältlich.  
**Die Ortsverwaltung.** 280/1

**Unterstützungsverein der Kupferschmiede Deutschlands.**  
(Zentrale Berlin).  
Sonntag, den 25. Januar 1902, abends 9 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engel Nr. 15,  
**15. Stiftungsfest.**  
Festrede, gehalten vom Kollegen **Saube** aus Magdeburg. Auftreten des beliebten Berliner **Ull-Trios**. Vorträge, Gesangsbeiträge der Berliner Kupferschmiede. Große Ueberraschungen für Damen. Tanz-Billetts zum Preise für Herren 60 Pf., für Damen 40 Pf. inkl. Garderobe sind bei den Kollegen **Zanzow**, Wagnersstr. 57, **Lasner**, Gerichstr. 23, und **Korbowicz**, Steingartenstr. 3 zu haben. 100/1

**Luna-Säle, Neue Königstr. 7.**  
Empfiehlt meine Säle sowie Vereinszimmer für Vereine und Festlichkeiten, für 20 bis 500 Personen. Palmsonntag sowie erster Oktoberfesttag noch frei. 136/10

Wochen- Spielplan.	Montag 19.	Dienstag 20.	Mittwoch 21.	Donnerstag 22.	Freitag 23.	Sonnabend 24.	Sonntag 25.	Sonntag 26.
<b>Opernhaus</b>	Carmina	Die Weierhänger von Nürnberg	Salvator Pascha Rosenbrädel	Die Schilde von Tobak Coppetta	Tannhäuser	Carmina	Evangelium im Brem. Klosterteller	Wigron Rindervorstell. Die Puppenfee.
<b>Schauspielh.</b>	Wie die Alten jungen Mitt.: Matinee	Das große Licht	König Richard III.	Nathan der Weise	Das große Licht	Der Kaufmann von Venedig	Wilhelm Tell	Das große Licht
<b>Schiller- Theater</b>	Der Kesselfor	Der Kesselfor	Einame Menschen	Einame Menschen	Der Jongleur	Der Jongleur	Der Kesselfor	Einame Menschen N.: Die Mütter
<b>Deutsches Theater</b>	Lebendige Stunden	Lebendige Stunden	Rosenmontag	Lebendige Stunden	Lebendige Stunden	Ein Volkseind	Lebendige Stunden	Lebendige Stunden N.: Der Silberpfeil
<b>Leistung- Theater</b>	Amphitruon Der eingeschlehte Kranke.	Das schwarze Schäfflein	Amphitruon Der eingeschlehte Kranke	Die Fee Caprice	Das schwarze Schäfflein	Amphitruon Der eingeschlehte Kranke	Das schwarze Schäfflein	Die Fee Caprice
<b>Berliner Theater.</b>	Alt-Heidelberg	Alt-Heidelberg	Ueber unsre Kraft I	Alt-Heidelberg	Die rote Robe	Alt-Heidelberg	Alt-Heidelberg	Die rote Robe
<b>Theater des Westens</b>	Wiener Blut	Die weiße Dame	Wiener Blut	Die Fledermaus	Der Maskenball	Wiener Blut	Zigarrs Hochzeit	Wiener Blut N.: Jar und Zimmermann Wolgerföhig Nachh.: Dorf und Stadt
<b>Luisen- Theater</b>	Der Wälgerröng	Schröder u. Co.	Die Waise von Lowood	Der Wälgerröng	Dorf und Stadt	Die Räuber	Dorf und Stadt	Die Räuber

**Neues königliches Opern-Theater (Krohn).** Diesen Sonntag: Das große Licht. Nächsten Sonntag: Ein Sommernachtsstraum. - **Metzger-Theater.** Alle Abende: Die japanische Rabe. Vorher: Onass-Orphee. - **Reines Theater.** Alle Abende: Coralie u. Co. Nächsten Sonntag: Die tote Stadt. - **Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.** Alle Abende: Der rote Kofat. - **Central-Theater.** Alle Abende: Das liebe Mädel. - **Thalia-Theater.** Alle Abende: Seine kleine. - **Welle-Alliance-Theater.** Alle Abende: Die Dame aus Trouville. Dienstag: Der! - **Trion-Theater.** Alle Abende: Lebende Lieber und keine Spiele. - **Ernst u. Wollogens Neues Theater.** Alle Abende: Die schwebende Aufführungen. - **Secession-Theater.** Alle Abende: Delle v. Villencron's Gutes Brett. - **Carl Weis-Theater.** Alle Abende: Das Jungfernhilt. - **Apollo-Theater.** Alle Abende: König Kaua. Spezialitäten. - **Callao-Theater.** Alle Abende: Weischaapten. Spezialitäten.

**Musikinstrumenten-Arbeiter-Fachverein.**  
Montag, den 20. Januar, abends 8 Uhr, bei Graumann, Raunynstraße Nr. 27:  
**General-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom vierten Quartal. 2. Abrechnung von der Uebersicht-Berstattung und vom Weihnachtübergang. 3. Bericht des Vorstandes. 4. Vereinsangelegenheiten. 141/1

**Zur Beachtung.**  
In der Versammlung gelangt der gedruckte Jahresbericht zur Ausgabe. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist unbedingt notwendig.  
Mitgliedsbuch legitimiert.

**Schnegelsbergs Festsäle. (Inh.: Max Schindler).**  
Sonntag, den 15. Februar cr.:  
**Grosser Wiener Masken-Ball.**  
Anfang 8 1/2 Uhr. - Billets 50 Pf.  
Billets sind im Restaurant **Grundmann**, Raunynstr. 78, sowie bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern zu haben. Der Vorstand.

**Turnverein „Fichte“**  
(Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes.)  
**I., VIII. u. X. Männer-Abteilung.**  
Sonntag, den 25. Januar 1902, in der Brauerei Friedrichshain (früher Lippa) am Königsdamm:  
**Großer Wiener Maskenball.**  
Jede Dame erhält ein Präsent  
**Billet 50 Pf.** (Es ladet freundlich ein [21255] Anfang 8 Uhr. Das Komitee.

**Central-Verband der Bau-, Erd-, und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.**  
Zahlstelle Berlin II.  
Sonntag, den 25. Januar 1902:  
**Großer Wiener Masken-Ball**  
im Lokale des Herrn Hellmuth Peters, Alt-Moabit 80/81.  
12 Uhr: Demaskierung. \* Großer Dankregen. \* 1 Uhr: Kaffeepause während der Kaffeepause: Humoristische Vorträge.  
Anfang 8 Uhr. **Billet 50 Pf.** Ende ???. Zum zahlreichen Besuch ladet ein **Das Komitee.**

**Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft.**  
(Verwaltungsstelle Berlin).  
Sonntag, den 25. Januar, in Ballschmieders Festsälen, Badstraße 16:  
**Großer Wiener Maskenball.**  
Achtung! Während der Kaffeepause Auftreten des bekannten **Verlierer Trio** in seinen 6 Klangnummern.  
Anfang 8 Uhr. **Entrée 50 Pf.**  
Billet sind bei den Bekannten Kollegen erhältlich.  
**Die Ortsverwaltung.** 280/1

**Unterstützungsverein der Kupferschmiede Deutschlands.**  
(Zentrale Berlin).  
Sonntag, den 25. Januar 1902, abends 9 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engel Nr. 15,  
**15. Stiftungsfest.**  
Festrede, gehalten vom Kollegen **Saube** aus Magdeburg. Auftreten des beliebten Berliner **Ull-Trios**. Vorträge, Gesangsbeiträge der Berliner Kupferschmiede. Große Ueberraschungen für Damen. Tanz-Billetts zum Preise für Herren 60 Pf., für Damen 40 Pf. inkl. Garderobe sind bei den Kollegen **Zanzow**, Wagnersstr. 57, **Lasner**, Gerichstr. 23, und **Korbowicz**, Steingartenstr. 3 zu haben. 100/1

**Luna-Säle, Neue Königstr. 7.**  
Empfiehlt meine Säle sowie Vereinszimmer für Vereine und Festlichkeiten, für 20 bis 500 Personen. Palmsonntag sowie erster Oktoberfesttag noch frei. 136/10

**Achtung! Moabit. Achtung!**  
**Berein für Gesundheitspflege des Volkes, Berlin-Moabit.**  
Montag, den 20. Januar 1902, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saal von Armand's Brauerei, Turmstr. 25/26:  
**Großer öffentlicher Vortrag für Männer u. Frauen.**  
„Die Darwinsche Lehre“ von der Abstammung des Menschen.  
Referent: **Dr. Hirschfeld.**  
Grundlegende Kenntnisse über die wichtigsten naturwissenschaftlichen Fragen der Zeit.  
Um zahlreichen Besuch dieses lehrreichen Vortrages ersucht  
Der Vorstand. 21706

**Ausstellung für Spiritus-Industrie**  
und  
**technische Verwendung des Spiritus**  
Berlin N., Sec-Strasse  
Institut für Gärungsgewerbe  
vom 8. bis 16. Februar 1902.  
Geöffnet von 9 Uhr vormittags bis 4 1/2 Uhr nachmittags.

**Die Hausfrau findet**  
3267L\*  
**Der Landwirt findet**  
**Jedermann findet**  
Alle Apparate, vom grössten bis zum kleinsten, werden im Betrieb vorgeführt.

**Eintrittspreis:**  
Für Dauerkarten . . . . . 2 M.  
Für Tageskarten . . . . . 1 M.  
Für Sonntagskarten . . . . . 50 Pf.  
Im Vorverkauf:  
Tageskarten . . . . . 75 Pf.  
Sonntagskarten . . . . . 40 Pf.  
erhältlich im ständigen Ausstellungs- und Verkaufslokal der Centrale für Spiritus-Verwertung, Friedrichstr. 96 (gegenüber dem Central-Hotel), sowie während der Ausstellung im Ausstellungs-Gebäude selbst zum Preise von 1,50 M. bei Dauerkarten, 0,70 M. bei Tageskarten, 0,40 M. bei Sonntagskarten in Zahlung genommen.

**Max Kliems Festsäle**  
Galensteide 13-15.  
Kuhhäute halber sind meine Schäfte (auch der große Festsaal) einige Sonntage im März und der Palmsonntag frei geworden. 3303\*

**Rum No. 3 Façon**  
ca. 50 Proz. stark, a Literflasche 1,10 M., 10 Literfl. 10 M. inkl.  
**Jamaica-Rum** [31839\*]  
echt und echt Verschnitt  
a Literfl. 1,00, 2,10, 2,50, 3,10, 4,50. 10 Fl. 10 Pf. billiger.

**Glühwein-Extrakt**  
hochfein im Geschmack  
a Literfl. M. 1,30. 10 Fl. M. 12,- inkl.  
**Deutscher Cognac**  
angenehm, mild im Geschmack  
a Literfl. M. 2,10, 2,50, 3,-

**Eugen Neumann & Co.** Amt IV. 9576.  
Belle-Allianceplatz 6a. Neue Friedrichstr. 81. Genthinerstr. 29. Oranienstr. 190. Gröner Weg 60. Elsassstr. 71. Potsdamerstr. 35. Wilmanerstr. 25. Schöneberg, Hauptstr. 123. Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 48. Stglitz, Albrechtstr. 18.

# Ausverkauf

zu ausnahmsweise herabgesetzten Preisen,  
so lange der Vorrat reicht:

Der Ausverkauf währt nur bestimmte Zeit. Das Ende desselben wird bekannt gegeben.	sämtlicher Winter-Paletots für Herren . . . . .	von Mk. 7,65 an	Der Ausverkaufs-Preis ist deutlich neben dem bisherigen Preise in Zahlen gezeichnet.
	sämtlicher Winter-Joppen für Herren . . . . .	von Mk. 5,40 an	
	sämtlicher Pelz-Joppen für Herren . . . . .	von Mk. 22,50 an	
	sämtlicher Hohenzollern-Mäntel für Herren . . . . .	von Mk. 16,20 an	
	sämtlicher Kaiser-Mäntel für Herren . . . . .	von Mk. 13,50 an	
	sämtlicher Schlafröcke . . . . .	von Mk. 7,65 an	
	sämtlicher Paletots und Mäntel für Knaben . . . . .	von Mk. 2,70 an	
	sämtlicher Winter-Joppen für Knaben . . . . .	von Mk. 3,60 an	
	sämtlicher Pelze, Pelzmützen, Pelzkragen unter Preis.		

Grosse Posten **Anzüge und Hosen** für Herren und Knaben bedeutend unter Preis.

## BAER SOHN,

Fabrikation und Mass-Anfertigung guter Herren- und Knaben-Bekleidung.  
Ghausseestrasse 24a/25. 11. Brückenstrasse 11. Gr. Frankfurterstr. 20.

### 30 Tage zur Probe!

vorsendet die  
Stahlwarenfabrik und Versandhaus I. Ranges  
von  
**Gebrüder Rauh**  
Gräfrath bei Solingen  
das  
**China-Nickermesser**

gesetzlich geschützt No. 146046.

Neu! **Noch nie dagewesen!** Neu!  
In kurzer Zeit wurden von diesem Messer  
**Tausende Stück**  
von uns verkauft



Bei keiner Konkurrenz und in keinem Ladengeschäfte zu haben; mit 2 aus prima Stahl geschmiedeten Klingen und Korkzieher, echtes Hirschhornheft, mit doppelten Neusilberbeschlägen, unter Garantie zum Preise von nur **M. 1.60 franco**. — Die grosse Klinge lässt sich wie jedes andre Messer öffnen, aber nicht schliessen, bevor der oben befindliche Hebel in **wagerechte Richtung** gestellt wird, es ist somit die Gefahr, sich zu verletzen zu können, durchaus ausgeschlossen, da der Hebel nicht zulässt, die grosse Klinge auf andre Art zu schliessen. Gebrauchsanweisung liegt jedem Messer bei. Für **Eingravierung eines jeden beliebigen Namens in die grosse Klinge**, fein vergoldet und verziert, berechnen nur **10 Pfg.** Sollte vorstehendes Muster nicht gefallen, so bitten wir nach unserm Katalog zu wählen; derselbe enthält eine grosse Auswahl in Taschen- und Jagdmessern.

**Versand gegen Nachnahme** oder vorher. Einsendung des Betrages.

**Garantieschein:** Nichtgefallende Waren tauschen wir bereitwilligst um oder zahlen das Geld zurück.

**Umsonst und portofrei** versenden wir an jedermann unseren neuesten illustrierten

**Pracht-Katalog**

**Ausgabe 1902**

mit über 2500 Abbildungen von Solinger Stahlwaren, Lederwaren, Gold- u. Silberwaren, Haushaltsgegenständen, Uhren, Uhrketten, Musikwaren, Pfeifen, Cigarren, Cigarrenspitzen, Spielsachen u. sonstigen vielen Neuheiten. 100,5\*

Bemerken noch, dass wir nur elegante, gediegene, gute und preiswürdige Waren versenden. Wir bitten, genau auf unsere Firma und Fabrikmarke zu achten.

### Möbel-Fabrik

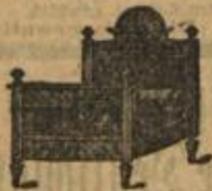
**Hellmundt & Comp.**  
Holzmarktstrasse No. 11, Berlin,  
Hof, Fabrikgebäude, 1 Treppe.



**Modernes „Panel-Elageren-Sopha“**, mit Satteltaschen, Plüsch- oder Moquett-Einfassung . . . Mk. 95.—



**Waschtoiletten** mit Marmor, echt Nussbaum . . . Mk. 27.— etwas kleiner . . . Mk. 24.—



**„Bettstelle“** echt Nussb., furniert mit Sprungfeder-Matratze und Keilkissen . . . . . Mk. 54.— Einfacher . . . . . Mk. 48.— Nussb., pol. Mk. 24.— bis 33.—



**Kleiderspind** extra gross, halbecht, echt Nussb. furniert Mk. 43.— **Passend. Verdicow** Mk. 43.—



**Garnituren | Sophas** 120-150 Mk. | 40-55 Mk.  
**Walzen-Divan** Mk. 70.— m. Satteltaschen u. Plüsch-einfass.

**Anerkannt solide Arbeit.**

### Eine wahre Freude ist

die Selbstbereitung von Cognac, Rum, sämtlichen liqueuren u. Punchdrinks mit den allein echten Original-Reichel-Essenzen „Lichters“.

### Die Erfolge überraschen

u. werden Jeden zu dauerndem Gebrauch veranlassen. Die daraus ohne Weiteres bereiteten Liqueure sind von grösster Reinheit und können an Feinheit des Geschmacks Kraft u. Fülle des Aromas von den besten Marken nicht übertroffen werden, stellen sich aber mehr als doppelt und dreifach billiger.

### Man macht sich keinen Begriff

über 100 Sorten, vollkommen gebrauchsfähig für Jedermann. Jede Originalflasche mit Gebrauchsanweisung geht mit Wein, Wasser u. bis 2/3 Liter Liqueur und mehr. Je nach Sorten 40, 50, 60, 75 Pfg. je Liter. Versand einfache und leichteste Herstellung eines jeden Liqueurs. Ein Probieren unmöglich. Man prüfe selbst.

### Otto Reichel, Berlin 80., Eisenbahnstr. 4

Essenzen-Fabrik mit Dampftrieb. Fernsprecher Amt IV 3190 und IV 646. Mehr als 600 Niederlagen in Deutschland.

Verlangen Sie Reichel-Essenzen und nehmen Sie nur Original-Flaschen mit meinem Namenszug und Schutzmarke als Wahrzeichen der Echtheit. Nur dann haben Sie Garantie für vollen Erfolg! Man achte genau auf unzerstörten Schutzverschluss mit meiner Signatur. Jeder weitere Kostenfrei!

Die Destillation im Haushalte. Niederlagen durch meine Plakate kenntlich. Wo keine Niederlagen, hier frei Haus durch meine Gespanne. Versand nach auswärts gegen Vorkaufsendung oder Nachnahme. Täglich begehrte Anerkennungen.



Bitte anschreiben, diese Anzeige erscheint nur 1 mal.  
Patentfingerring: Simon & Berlin W., Gullab: Simon & Berlin W., Simon & Berlin W. (fr. 10, 3).

### Obstgarten.

1/2 Morgen, 5 Minuten vom Bahnhof, eingezäunt, Brunnen, Laube, Kiosk, 40 Meter Strassenfront, verkauft für 1500 M. Hälfte Anzahlung. 5.10\*

### Joers, Zepernick b. Bernau.

### Gänsefedern

mit allen Dämmen, ungerissen 1,20 bis 1,50, gerissen 2,00-3,50. (1448)

### Paul Paegelow, Wriezen (Oderbrück).

**Zahn-Klinik.** Olga Jacobson, strasse 145

**Versammlungen.**

Die Arbeiter-Bildungsschule hielt am Freitag, den 10. Januar, im Gewerkschaftshause ihre vierte Generalversammlung ab. Der erste Vorsitzende Lamm gab der gut besuchten Versammlung den Vorstandsbericht über das vierte Quartal 1901. Er führte aus, daß die gegenwärtige ungünstige Konjunktur sich natürlich auch der Arbeiter-Bildungsschule bemerkbar mache, trotzdem könne man mit dem Besuche und der Entwicklung der Schule auch unter diesen schwierigen Verhältnissen zufrieden sein. Die Mitgliederzahl betrug im letzten Vierteljahre 373 und zwar 324 Herren und 49 Damen. Es nahmen davon an einem Unterrichtsfach 208, an zweien 53, an dreien sieben und an allen vier Unterrichtsfächern vier Personen teil, während 101 Mitglieder keinen Kursus besuchten. Gemäß den gemachten Angaben waren organisiert nur politisch 21, nur gewerkschaftlich 185, politisch und gewerkschaftlich 128 Teilnehmer. Der Vorsitzende bat auch diesmal um genauere Angaben auf den ausliegenden Aufnahmeformen. Die einzelnen Fächer wurden wie folgt belegt: 1. Geschichte, eingeschrieben 84 (24 Damen, 60 Herren), durchschnittlicher Besuch 60 Personen; 2. Naturerkenntnis, eingeschrieben 89 (4 Damen, 85 Herren), durchschnittlicher Besuch 25 Personen; 3. Nationalökonomie, eingeschrieben 5 Damen, 77 Herren, durchschnittlicher Besuch 60; 4. Rede-Übung, eingeschrieben 147 Personen, mit einem Durchschnittsbesuch von 85. — Den Klassenbericht gab Genosse Königs. Danach betrug die Einnahme pro Oktober-Dezember 916,70 M., die Ausgabe 968,02 M., so daß von dem Bestand vom 1. Oktober von 2055,35 M. für den 1. Januar 1902 ein Bestand von 2008,43 M. verbleibt. Dem Bibliotheksbericht des Genossen Engel zufolge umfaßte die Bibliothek am 1. Januar 1257 Bände, im letzten Quartal kamen 116 Bände hinzu, ausgeliehen wurden 420 Bände. Den Bericht des Lehrerkollegiums gab für Geschichte, Rede-Übung, Nationalökonomie Genosse Dr. Steiner, während für Naturerkenntnis der Vortragende Herr D. Hoffe seinen Erfahrungen Ausdruck giebt. Die Herren erklären sich im allgemeinen von dem Interesse und der Teilnahme der Schüler an den verschiedenen Fächern befriedigt. Dr. Hoffe weist besonders auf die Schwierigkeiten hin, die dem Erklären ohne Experimente entgegenstehen. Von einer Anwendung der letzteren könne aber bei dem gegenwärtigen Verhältnisse der Schule nicht die Rede sein. In der folgenden Diskussion wird besonders der Mangel an guten Vorträgen für die Sonntagabendversammlungen erwähnt. Die Schwierigkeit, geeignete Referenten zu finden, wird vom Vorstand und den Diskussionsrednern hervorgehoben und besonders bedauert, daß so viele der besten Redner so wenig geneigt seien, den an sie herangetretenen Aufforderungen zu entsprechen und oft unter recht wichtigen Vorwänden ablehnten. Nach längerer Diskussion wird die vom Genossen Jul. Lamm beantragte Decharge-Erteilung für Kassierer und Bibliothekar einstimmig angenommen. Ein Antrag C. Müller betreffend Ausbau einer Tafel, auf der um Zurückbringen der benutzten Zeitungen gebeten wird, wird gegen eine Stimme angenommen. Ein zweiter Antrag desselben Genossen betreffend Neu-Ordnung und Neu-Katalogisierung der Bibliothek, wird durch Uebertragung zur Tagesordnung erledigt, nachdem der Vorsitzende bekannt gegeben, daß die Bibliothekare schon mit den Vorarbeiten zu einer Neu-Ordnung beschäftigt seien. Der Vorsitzende weist noch darauf hin, daß Genosse Georg Bernharz erst am 23. Januar in der Lage sei, seine Vorträge beginnen zu lassen, bittet um guten Besuch des Stiftungsfestes am 18. Januar und fordert zu einer lebhaften Agitation für die neu beginnenden Kurse auf, worauf die Versammlung geschlossen wird.

Eine Versammlung der Gas-, Wasser- und Heizungs-Rohrleger fand am 12. d. M. im Gewerkschaftshause statt. Dieselbe war von ca. 600 Personen besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Obmann den Kollegen klar, auf welche Art die Arbeitslosezählung stattfinden und knüpfte daran die Aufforderung, sich Mann für Mann an der Zählarbeit zu beteiligen. Karven-Heil als Obmann der Kommission erstattete dann den Bericht für das Halbjahr Juli-Dezember. Aus den Ausführungen des Obmannes ging hervor, daß die Organisation der Rohrleger einen Aufschwung genommen hat. Leider lassen die Werkstattberichte erkennen, daß bei vielen Firmen noch die denkbar traurigsten Zustände herrschen. Ficus nahm Veranlassung, die Kollegen zu ermahnen, sich an den Werkstattversammlungen reger als bisher zu beteiligen, indem er ausführte, daß doch die Unternehmer und in betreff des Zusammenhaltens mit gutem Beispiel voranzugehen. Dieses zeige sich in verstärktem Maße wieder jetzt, wo die Firmen versuchen, wieder Abzüge zu machen. Bei dem Punkt „Renovierung der Agitationskommission“ entspann sich eine längere Debatte über die Mitgliederzahl der neuen Kommission. Da die vorige Kommission aus 18 Mitgliedern bestand, entschied sich die Versammlung dahin, die neue Kommission in derselben Zahl bestehen zu lassen. Ebenso blieb es bei dem Beschluß vom vorigen Jahr, daß die Mitglieder der Kommission auch Angehörige derjenigen Partei sein müssen, welcher für die moderne Arbeiterbewegung eintritt. Bis auf 2 Kollegen, welche ablehnten, wurde die alte Kommission, welche am Schlusse des Jahres nur noch aus 10 Mitgliedern bestand, wiedergewählt. Außerdem wurden noch 5 Kollegen gewählt. Die Kommission besteht nunmehr aus 5 Heizungs- und 5 Gas- und Wasserrohrlegern, dazu kommen 3 Helfer.

Der Zweigverein Berlin des Centralverbandes deutscher Brauer hielt am 12. d. M. seine regelmäßige, diesmal sehr gut besuchte Monatsversammlung im Gewerkschaftshause ab. Die Versammlung hörte zunächst einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag des Genossen W. M. a. n. a. s. s. e über das Thema „Vertrännte Götter“.

Nachdem gab der Kassierer G. Gärtner den nach Monaten getrennten, specialisierten Kassenbericht der Verbandsklasse und der Lokalstelle.

Beide ergaben entsprechend der stetig steigenden Mitgliederzahl ein erfreuliches Anwachsen der Einnahmen, aber auch infolge der größeren und längeren Arbeitslosigkeit einzelner Mitglieder vermehrte Ausgaben. Einnahmen und Ausgaben schließen mit 6603.— M. ab, wovon 2264,12 M. an die Hauptkasse abgeliefert wurden. Rummelt gab den Vorsitzenden und der Gewerkschaftsdelegierte Aufklärung über die Arbeitslosezählung. Hierzu wurde beschlossen, einige Nichtorganisierte, die sich zur Zählung gemeldet hatten, von der Liste zu streichen und den arbeitslosen Zahlern pro Tag 2,50 M. Vergütung zu gewähren. Nachdem noch einige innere Vereinsangelegenheiten erledigt waren, wurde unter „Verschiedenes“ die Frage der Pächterkollegen bezüglich Vergabe ihrer Unterschrift zum Gnadengesuch für ihren Direktor Sternberg angesprochen. Die Versammlung erklärte sich mit dem Verhalten derselben nicht einverstanden.

**Briefkasten der Redaktion.**

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.  
 H. B. Köpcke. In Friedrückungen müssen die Radfahrkarten alljährlich gegen eine Gebühr von 50 Pf. erneuert werden.  
 J. D. L. 1. Beim „Staat“ nichts. 2. Die Entschädigungsgelder werden höchstenfalls ausbezahlt und Unkosten. 3. Zur Verbesserung des Blattes, sowie für allgemeine Parteizwecke. 4. Wozu ist sehr neugierig?

W. D. 130. Am 1. Januar 1891 ist das „Berliner Volksblatt“ „Vorwärts“ genannt worden.  
 W. D. 99. 1. Ja. 2. Gegen. 3. Nein.  
 Stöckheim. 1 und 2. Das ist nicht strafbar. 3. Wer eine Unfallrente von mindestens 115 M. jährlich bezieht, ist auf Antrag durch die untere Verwaltungsbehörde (Rathrat oder Magistrat) von der Rückzahlung zu befreien. — W. D. 11. 1. Die Frage ist zu bejahen, falls nicht der Vertrag ausdrücklich aufgehoben ist. 2. In vier Jahren nach Fälligkeit der Rente. 3. „Arbeiterrecht“ S. 359-362. — W. D. 1. Besselsstraße 11b. Die Adresse lautet: An das Auditorium des Nationalbank für Veteranen, Berlin, Kriegsministerium, Versorgungs-Abteilung. — Alter Abonnent 100. Der Anspruch ist an die Post-Versicherungskommission, Berlin, zu richten. — W. D. 1. Die Frau soll den Anspruch erheben. Wenn sie nachweist, daß die dritte Karte verloren gegangen ist und daß auf dieser dritten Karte die Hälfte des Jahres 1899 gelebt war, so würde eine Befreiung als ausgeschlossen erachtet werden können: für die Zeit bis zum 1. Januar 1900 betrug die Befreiungsbetrag vier, nicht zwei Jahre. 2. An das Polizeipräsidium. — W. D. 2. Friedenstr. 1. Zunächst muß zum Schlichteramt (Kantonsgericht, Genslerstraße 1, Anmeldebüro) gehen. Nach nachfolgendem Anruf des Schlichteramt läßt sich die Gefrau vom Kantonsrichter befreien, daß sie außer Hande ist, die Kosten des Scheidungsprozesses zu tragen. Dann legt sie dem Landgericht unter Ueberreichung des vom Kantonsrichter-Vorbescheid erhaltenen Urtheils dar, aus welchen Gründen sie die Scheidung begehren und wie sie ihre Behauptungen beweisen will und beantragt Bewilligung des Urtheils. 2. Die Dauer eines Scheidungsprozesses läßt sich nicht voraussagen. Die geringste Zeitdauer ist etwa ein Viertel bis ein Halbjahr. Eine Scheidung auf Grund gegenseitiger Abweisung findet nicht statt. — S. G. 1. Ja, Sie können wählen. — Alter 48er. Monat. Das können Sie thun. Sie erhalten dann diejenige Rente, die die höchste ist. Welche die höhere ist, läßt sich nicht allgemein sagen. — G. G. 27. In der Regel bis ein Sechstel Schicksale. — S. G. 1. Nein. 2. Eine Anfechtung wäre völlig ausgeschlossen. — G. G. 76. 1. Ja, des Obergerichtspräsidenten kann aber anders entscheiden. Die Betroffenen können sich an dasselbe wenden. 2. Das ist hinfällige Anfechtung, also, wenn der Vater in L. wohnt, das Kantonsgericht, Halleischer Ufer 29/30, wenn er in Berlin wohnt, das Kantonsgericht, Neue Friedrichstr. 13. — W. D. 99. 1. Nein: eine Genehmigung des Vaters zur Uebertragung ist für den Sohn überhaupt nicht erforderlich. 2. Dafür giebt es keine bestimmten Sätze: es ist das Erforderliche zu leisten. — W. D. 99. 1 und 2. Nein. 3. Ja. 4. Nein. — Streitende. 1. Weil außer dem Worte noch andre Straftatbestände begangen sind. 2. Das gewerkschaftliche Glücksspiel ist strafbar. Alle Spiele, deren Erfolg allein vom Zufall abhängen, sind strafbar. — W. D. 1. Ja. 2. Ja. 3. Ja. 4. Ja. 5. Ja. 6. Ja. 7. Ja. 8. Ja. 9. Ja. 10. Ja. 11. Ja. 12. Ja. 13. Ja. 14. Ja. 15. Ja. 16. Ja. 17. Ja. 18. Ja. 19. Ja. 20. Ja. 21. Ja. 22. Ja. 23. Ja. 24. Ja. 25. Ja. 26. Ja. 27. Ja. 28. Ja. 29. Ja. 30. Ja. 31. Ja. 32. Ja. 33. Ja. 34. Ja. 35. Ja. 36. Ja. 37. Ja. 38. Ja. 39. Ja. 40. Ja. 41. Ja. 42. Ja. 43. Ja. 44. Ja. 45. Ja. 46. Ja. 47. Ja. 48. Ja. 49. Ja. 50. Ja. 51. Ja. 52. Ja. 53. Ja. 54. Ja. 55. Ja. 56. Ja. 57. Ja. 58. Ja. 59. Ja. 60. Ja. 61. Ja. 62. Ja. 63. Ja. 64. Ja. 65. Ja. 66. Ja. 67. Ja. 68. Ja. 69. Ja. 70. Ja. 71. Ja. 72. Ja. 73. Ja. 74. Ja. 75. Ja. 76. Ja. 77. Ja. 78. Ja. 79. Ja. 80. Ja. 81. Ja. 82. Ja. 83. Ja. 84. Ja. 85. Ja. 86. Ja. 87. Ja. 88. Ja. 89. Ja. 90. Ja. 91. Ja. 92. Ja. 93. Ja. 94. Ja. 95. Ja. 96. Ja. 97. Ja. 98. Ja. 99. Ja. 100. Ja.

**Warenhaus A. Wertheim**

**Extra-Preise**

Montag, Dienstag, Mittwoch

**Porzellan**

**Glas**

Ein grosser Posten weiss Porzellan, darunter befinden sich:

Speiseteller flach 12 Pf., tief 15 Pf.	Kuchenteller 13 Pf.
Dessertteller 9 Pf.	Salatschüsseln 27 Pf.
Bratenschüsseln 3 Größen 18 bis 40 Pf.	Kartoffelschüsseln 65 Pf.
Sauciersen 45 Pf.	Terrinen 95, Fruchtschalen 45 Pf.

**Mit Goldlinien oder Blumenmuster:**

Kaffeekannen 33, 57, 78, 95 Pf.	Milchtöpfe 15, 25, 40, 63 Pf.	Tassen 25 u. 27 Pf.
---------------------------------	-------------------------------	---------------------

Aus diesen Artikeln zusammengestellt:  
 Kaffeeservices 2.75 u. 3 Mk.

**Mit blauem Muster unter Glasur:**

Salz-u. Mehlmesten kleine 25, gr. 40 Pf.	Essig- u. Oelflaschen 18 Pf.	Vorratstonnen 20 Pf.	Kaffeekannen 50 Pf.	Kaffeetöpfe 10 u. 13 Pf.
--	------------------------------	----------------------	---------------------	--------------------------

**Mit bunten Mustern:**

Brotteller 10 Pf.	Kuchenteller 18 Pf.	Kuchenkörbe 23 Pf.	Salatschüsseln 20 Pf.	Speiseteller 25 Pf.
-------------------	---------------------	--------------------	-----------------------	---------------------

Rotweingläser glatt 14 Pf.	Portweingläser geschliffen 14 Pf.	Kompottteller gepresst 5 Pf.	Kompottschalen gepresst 5 Pf.	Salatschüsseln gepresst 7 bis 38 Pf.	Wassergläser gepresst 5 u. 7 Pf.
Likörgläser gepresst 6 Pf.	Citronenpressen 10 u. 13 Pf.	Butterdosen 22 Pf.	Käseglocken 35 Pf.	Bierbecher mit Goldrand 7, m. Goldf. u. Goldbuchst. 18 Pf.	Salatschalen zichenlaubmuster 20 Pf.

**Steingut**

Speiseteller tief und flach 5 Pf.	Salatschüsseln Satz = 6 St. 45 Pf.	Kaffeeteller 6 u. 7 Pf.
-----------------------------------	------------------------------------	-------------------------

Vorratstonnen, Kuchenschüsseln, Kaffeekannen, Milchtöpfe u. s. w.

**Tafelservices**

**Milchkannen**

**Emaill-Geschirr**

30 Teile f. 6 Pers. 16 Mk.	30 Teile für 6 Pers. mit Goldverzierung 14.50	60 Teile f. 12 P. 27.50	80 Teile f. 12 P. 42 Mk.
----------------------------	---	-------------------------	--------------------------

Sämtliche Teile werden hiervon auch einzeln abgegeben.

Milchtöpfe 10 Größen 10 bis 60 Pf.	Wasserkessel mit Abzug, 3 Größen 90 Pf. bis 1.10	Durchschläge 4 Größen 25 bis 50 Pf.	Brühsiebe 3 Größen 20 bis 30 Pf.	Töpfe u. Kasserollen 3 Größen 40 bis 95 Pf.	Bratpfannen rund, 6 Größen 20 bis 50 Pf.	Topfdeckel 8 Größen 5 bis 35 Pf.	Tablets 4 Größen 40 Pf. bis 1 Mk.
Schüsseln flach, 6 Größen 25 bis 80 Pf.	Kaffeekannen konische Form 3 Größen 50 bis 80 Pf.	Kaffeekannen gebauchte Form 3 Größen 60 bis 85 Pf.	Kinderteller, Kinderbecher je 10 Pf.	Salz- u. Mehlmesten 50 Pf.	Seifenhalter mit Blatzenbrett 30 Pf.	Schöpflöffel, Bratenlöffel je 15 Pf.	Schaumlöffel 15 Pf., Leuchter 20 Pf.



Zu den Gemeindevahlen!

In vielen Orten liegen die Listen zur Gemeindevahl auch am Sonntag im Amtsbureau zur Einsicht aus. Wo solches geschieht, bietet sich den Parteigenossen besondere Gelegenheit, die Wähler auf diesen Umstand aufmerksam zu machen und sie aufzufordern, die freie Zeit am Sonntag zu einem Gang aufs Amtsbureau zu benutzen. Vermöge dieser jeder Parteigenosse den heutzigen Tag zu fleißiger Agitation!

Für Wähler, welche verhindert sind, die Wählerliste einzusehen, haben an verschiedenen Orten sich Parteigenossen bereit erklärt, sich dieser Mühe zu unterziehen. Es empfiehlt sich, die letzte Steuerquittung mitzubringen. Wir geben nachstehend die Adressen derjenigen Personen bekannt, an die man sich im Verhinderungsfalle wenden sollte:

Witz: Drechsler A. Gau, Chauffeurstr. 40. Cigarrenhändler A. Ringe, Bürgerstr. 68. Restaurateur Weniger, Werderstr. 27. Die Listen liegen von vormittags 8 bis nachmittags 3 Uhr im Gemeindebureau, Zimmer 1 zur Einsicht aus.

Nimmelsburg: Gebauer, Neue Prinz-Albertstr. 17; Walle, Türschmidtstr. 33, part.; Gastwirt Wendling, Goethestr. und Kantstr. Ecke; Gastwirt Henning, Schillerstr. 28; Gastwirt Müller, Türschmidtstr. 37; Gastwirt Burgener, Kantstr. 44. Die Listen liegen vom 15. bis 30. Januar im Rathaus aus.

Friedrichsfelde: Restaurateur J. Voße, Lufsenstr. 20. Die Liste liegt aus im Gemeindebureau, Schloßstr. 24, von 9-1 Uhr und von 3-5 Uhr.

Friedrichshagen: Otto Barth, Horn-Allee 19; Paul Buhn, Wilhelmstr. 65.

Lichtenberg: Die Wählerlisten liegen Wochentags von 8-3 Uhr und Sonntags von 9-12 Uhr im Rathaus aus. Die Einsichtnahme ist um so mehr notwendig, als nach den neuen Listen die Ergebnisse erfolgen. Folgende Personen werden für Wähler, die verhindert sind, die Listen nachsehen: I. Bezirk: Krause, Wilhelmberg, Berlinerstr.; Postian, Hagen- und Sudamstr.; Ede, II. Bezirk: Krause, Wilhelm- und Ireneustr.; Ede; Schulz, Prinzessinnen- u. III. Bezirk: Weippland, Bartenbergstr. 68; Grauer, Frankfurter Allee 197. IV. Bezirk: Lutterbühl, Friedrichs Karlstr. 11; Madle, Friedrichs Karlstr. 26. Steuerzettel ist als Legitimation erwünscht.

Großlichtersfelde: A. Wenzel, Lankwitzerstr. 6 I, für die Genossen auf der Anhalter Seite (östlich der Bälle), Restaurateur Ernst Richter, Chauffeurstr. 104, für die Genossen auf der Potsdamer Seite (westlich der Bälle). Die Wählerlisten liegen von 8-3 Uhr im Rathaus aus.

Lautzsch: Garbrecht, Kaiser Wilhelmstr. 45. Ferner im Restaurateur Jägerheim, Victoriastr. 33. Die Listen liegen im Amtsbureau aus.

Notawes: Die Wählerliste ist beim Restaurateur A. Gruhl, Pieselerstr., einzusehen. Zur Anstandsfeierlichkeit ist Gruhl sowie der Genosse R. Lange, Wallstr. 62, jederzeit bereit.

Pankow: Die Wählerlisten zu den bevorstehenden Gemeindevahlen sind an folgenden Stellen einzusehen: S. Klingenberg, Kaiser Friedrichstr. 12; J. Nitzke, Berliner- und Mühlenstr.; Ede; C. Hoffmann, Mühlenstr. 25; Clemens, Wollant- und Gieselerstr.; Ede; Köhner, Cigarrengeschäft, Drehmeister, 60; Richter, Wollantstr. 92; Köse, Wollantstr. 69.

Reinickendorf: Die Wählerlisten zu den Gemeindevahlen liegen von 10 bis 3 Uhr im Rathaus aus. Wähler, die verhindert sind, die Listen einzusehen, mögen ihre letzte Steuerquittung für Otten beim Restaurateur H. Puhierer, Provinz- und Granatenstr.-Ecke, sowie beim Restaurateur Händel, Gesellschaftsstraße 33, abgeben; für den Westen bei A. Engel, Eichbornstraße 73-74.

Nieder-Schöneweide: Christian Hofmann, Haffelwerderstr. 4. Teglin: Schellbasse, Wronstr. 15a. Kahl, Cigarrenladen, Herderstr. 31. Ost, Cigarrenladen, Döppelstr. 29. Kasse, Cigarrenladen, Schloßstr. 118. Tramer, Marktsteine 1. Lewandowski, Döppelstr. 7. Wolf, Schildhornstr. 78. W. Krüger, Hersestr. 1.

Tempelhof: S. Hiteg, Berlinerstr. 33. M. Müller, Berlinerstr. 41. M. Schmidt, Berlinerstr. 43a. A. Thiel, Friedrich Wilhelmstr. 17. E. Lohewig, Restaurant, Neuestr. 1, Ecke der Dorfstraße. Die Annahme von Aufträgen erfolgt wochentags von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr abends, Sonntags von 11 bis 1 Uhr mittags.

Wariendorf: Herrn Lehmann, Bergstr. 31. Herrn Schütte-lop, Chauffeurstr. 17.

Weißensee: Emil Schumann, Lehderstr. 118. Julius Schiller, König-Charité 39a. Helmut, Heinersdorfer Weg 38. Wilhelm Reute, Mittelstr. 198. H. Albert Taubmann, Eisästr. 16. H. S. Sörter, Strahburgstr. 66.

Wilmerdorf: Ratusch, Uhländstr. 71. Kraft, Pariserstr. 51. Witte, Berlinerstr. 40. Rudolf, Bruchsalstr. 14. Ridel, Uhländstr. 108.

Ostensee (zu Wilmerdorf gehörig): Hilbert, Aurfürstendamm Nr. 126. Weyer, Georg Wilhelmstr. 20.

Zehlendorf: Aug. Wirth, Auguststr. 6. G. Scumler, Beerenstraße 3. H. Böhm, Grunewaldstr. 4a. O. Wielde, Potsdamerstraße 8. H. Koeber, Neuestr. 3. E. Krause, Mittelstr. 10. D. Jäkel, Spandauerstr. 26. W. Kaulf, Döppelstr. 12. Die Wählerliste liegt von morgens 8 bis nachmittags 3 Uhr im Zimmer 2 des Gemeindehauses aus.

Zur Lage in der Schweiz.

Zürich, 13. Januar. (Sig. Ver.) Aus den Rückblicken der Presse auf das verfloßene Jahr ist als ein schätzbarer sozialer Fortschritt die Einführung der Militärversicherung zu erwähnen. Dieselbe war seiner Zeit mit der Kranken- und Unfallversicherung verbunden und so mit derselben auch verworfen worden, trotzdem gegen sie von seiner Seite etwas vorgebracht worden war. Es wurde dann die Militärversicherung allein wieder aufgenommen und da gegen das Gesetz das Referendum nicht erwiesen wurde, ist es bereits in Kraft getreten. Das Gesetz schafft eine klare Grundlage für die Entschädigungsansprüche aus Krankheit und Unfall, die im Militärdienste zugeworfen wurden und es ergibt ferner die zu zahlenden Entschädigungen. Danach erhält der im Militärdienste verunglückte Offizier während 30 Tagen eine tägliche Unterstützung von 5 Fr., während sie für Unteroffiziere und Soldaten gleichermäßen 3 Fr. beträgt. Dauert die Erwerbsunfähigkeit länger als 30 Tage, so wird für jeden folgenden Tag eine Entschädigung nach Maßgabe des Tagesverdienstes der Betroffenen vergütet. Bei gänzlicher Erwerbsunfähigkeit werden 70 Proz. des Tagesverdienstes vergütet, bei nur teilweiser entsprechend weniger, wobei aber Tagesverdienst von über 750 Franc außer Betracht bleiben. Bei gänzlicher Hilflosigkeit und gleichzeitigem Notbedarf kam diese Entschädigung in der vollen Höhe des anrechnungsfähigen Tagesverdienstes gewährt werden. Im Todesfälle leistet die Versicherung 40 Franc an die Bestattungsgelosten, 40 Proz. des Jahresverdienstes des Verstorbenen an die hinterlassene Witwe und 65 Proz. derselben, wenn anpensionsberechtigter, d. h. nicht über 18 Jahre alte Kinder da sind. Bemerkenswert ist, daß auch adoptierte, legitimierte, außer eheliche oder Brustkinder in gleicher Weise wie ehelich geborene Kinder unterstützt werden. Die Kosten der ganzen Versicherung trägt der Bund. Man darf also mit allem Recht diese neue Einrichtung als einen bedeutsamen sozialen Fortschritt anerkennen.

Zu Bezug auf die Wiederaufnahme der beiden bürgerlichen Versicherungen erklärte in der letzten Dezemberession der Bundesversammlung Bundesrath Deucher in Zustimmung zu der

bezüglichen, von unren Genossen Bauschleger vertretenen Auffassung, daß man auf die Einführung der Krankenversicherung vorläufig verzichten wolle, dagegen das Haftpflichtgesetz im Sinne der Erweiterung seines Geltungsbereiches revidieren und an die Einführung der Unfall-Versicherung gehen werde. Für die Revision des Haftpflichtgesetzes erklärte sich vor einiger Zeit der schweizerische Juristenverein auf seiner Jahres-Versammlung und zwar im Sinne der Ausdehnung der Haftpflicht, der Einführung der Versicherungspflicht der Unternehmer, sowie der Abschaffung des Entschädigungsmaximums, das jetzt 6000 Fr. beträgt und daher viel zu niedrig ist.

Von der kantonalen Gesetzgebung ist nicht viel, aber immerhin einiges von Bedeutung zu erwähnen. Da ist im Kanton Zürich noch gegen den Schluß des Jahres zu im der Volksabstimmung das fortschrittliche Wasserbau-Gesetz angenommen worden; im Kanton St. Gallen ein Gesetz betreffend die Erhöhung der Besoldungen der Volksschullehrer; im Kanton Tessin ein Gesetz über die unentgeltliche Geburtshilfe und im Kanton Genéve ein Gesetz über die Erleichterung der Einbürgerung. Aus der Gemeindepolitik ist die verständigere Behandlung der Arbeitslosenfrage zu erwähnen, indem immer mehr die Pflicht zur Fürsorge für die Arbeitslosen anerkannt wird, die früher allgemein bestritten war. Aus der Anerkennung dieser Pflicht folgt sodann die Gewährung von Arbeit oder Unterstützung, wobei letztere nicht als Almosen-gewöhnlichkeit qualifiziert wird. Die Städte Zürich, Basel und Bern gehen auf diesen Gebiete mit der modernen Auffassung voran.

Im Vordergrund der Politik des neuen Jahres steht die Zollpolitik, deren weitere Gestaltung unbestimmbar von den Auswirkungen der bezüglichen Vorgänge in Deutschland stark beeinflusst wird. Im Herbst haben die Nationalrats-Wahlen statt, voraussichtlich auf Grundlage der Ergebnisse der Volkszählung von 1900, wonach die bisherige Zahl von 147 Abgeordneten um 19 auf 166 erhöht wird. Öffentlich erhält auch die Sozialdemokratie den ihr gebührenden Anteil an den 19 neuen Sitzen, die ja ausschließlich auf die Städte und Industriezentren entfallen, also auf die Zunahme der Arbeiterbevölkerung. Eine Vervielfachung der heutigen Zahl von 4 sozialdemokratischen Abgeordneten wäre sehr wünschenswert, um den Einfluß der Arbeiterklasse auf die eidgenössische Gesetzgebung und Verwaltung zu stärken.

Die Gestaltung der seit längerer Zeit unangenehm wirtschaftlichen Verhältnisse der Schweiz im neuen Jahre steht im engsten Zusammenhang mit deren Gestaltung in Deutschland. Zeit hier eine Besprechung ein, so wirkt sie auch auf die Schweiz bedingend; dauert die Krise aber ungeschwächt fort oder erfährt sie gar noch eine weitere Verschärfung, so wird es in der Schweiz ebenso sein. Eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse wäre dringend zu wünschen, leider ist aber für ihren Eintritt wenig Aussicht vorhanden.

Beseitigt der Prügelparagraph der altpreussischen Gefinde-Ordnung noch zu Recht?

In der Besprechung des Stillschickens Wandes über die weiblichen Diensthöfen („Vorwärts“ Nr. 6) wird angeführt, daß auch Stiller die Ansicht vertritt, die Prügelparagraphen seien trotz des § 95 des Einführungsgesetzes zum bürgerlichen Gesetzbuch anfechtbar. Diese träge Annahme Stillschicks deckt sich mit den Ausführungen des preussischen Polizeiministers in seinem Erlaß vom 11. August 1898. Bei der großen Wichtigkeit dieser Frage erhebt es insbesondere mit Rücksicht auf die nicht unerhebliche Verbreitung der ministeriellen Irrlehre angebracht, etwas ausführlicher die Frage zu behandeln.

§ 95 des Einführungsgesetzes zum bürgerlichen Gesetzbuch lautet: „Ein Rechtigungsgesetz steht dem Dienstherrn gegenüber nicht zu.“

Wie zum Erlaß des bürgerlichen Gesetzbuchs liegen eine Reihe Gefinde-Ordnungen ein Züchtigungsrecht zu: ein Teil unmittelbar, ein Teil mittelbar, wie §§ 77-79 der altpreussischen Gefinde-Ordnung nämlich durch Gewährung der Straffreiheit leichter, seitens der Herrschaft begangener Mißhandlungen. Beide Sorten Prügelparagraphen sind bereits durch § 2 des Einführungsgesetzes zum Strafbuch und Artikel 2 der Reichsverfassung beseitigt. Denn sie betreffen eine Materie (Verleumdung und Körperverletzung und die Art ihrer Verfolgung), welche durch das Reichs-Strafbuch und die Strafprozessordnung geregelt sind. Zudem hat die gelehrte Rechtsprechung (Reichsgerichtsentcheidung Band II S. 7) der Sorte „mittelbares Prügelparagraph“ durch eine zwar nicht richtige, auch nicht loslöschende, aber doch angewendete Auslegung lieblos angenommen. Es „konstruierte“: das Gesetz (die altpreussische Gefindeordnung) räumt der Dienstherrschaft ein Züchtigungs- und Strafrecht gegen das Gefinde nicht ein — nur bleibt die Herrschaft wegen der in §§ 77-79 ungenutzten Verleumdungen und Mißhandlungen von gerichtlicher Abmündung befreit. So die Rechtslage bis zum bürgerlichen Gesetzbuch.

Nach dem Sprachgebrauch ist unter dem Ausdruck Züchtigungsrecht im § 95 des Einf. Gesetzes zum bürgerlichen Gesetzbuch sowohl das unmittelbare wie das mittelbare, durch Gewährung von Straffreiheit eingeräumte Züchtigungsrecht zu verstehen und so ist darunter verstanden worden. Das zeigt einmal der Umstand, daß ja mindestens das unmittelbare Züchtigungsrecht bereits durch das Reichs-Strafbuch obsolet geworden war. Es wird das aber auch durch die Entstehungsgeschichte des § 95 erwiesen. Diese nun eingehender dargelegt werden, weil der Bericht der Kommission nur einen kleinen Teil derselben enthält. Die Oberstaatssekretäre des Reichsgerichts hat der vörläng verlebte Ansicht des Polizeiministers Nachdruck gegeben.

Wie entstand die Vorschrift des Artikels § 95?

In der Reichstagskommission zur Vorbereitung des V. G. B. wurde von 2 Seiten, seitens eines Centrumsmitgliedes (Gröber) und seitens der Sozialdemokraten (Probus und mir) beantragt, den Art. 95 des Einführungsgesetzes zum V. G. zu streichen (Drucksachen der Kommission 38 Nr. 5 und 42 Nr. 13). Diese Anträge wurden abgelehnt. Ferner war von denselben Seiten bezüglich des Züchtigungsrechts beantragt:

1. seitens des Abgeord. Gröber (Druck. 35 Nr. 8) „hinter § 610“ (d. i. jetzt § 615) „nachstehende Vorschrift als § 610a folgen zu lassen: Eine Züchtigung des zur Dienstleistung Verpflichteten steht dem Dienstberechtigten nicht zu“;

2. von anderer Seite (Druck. der Komm. 44 Nr. 17): „als § 610e einzufügen: Eine Strafgewalt oder ein Züchtigungsrecht steht dem Arbeitgeber gegenüber dem Arbeiter und dem Arbeiter gegenüber dem Arbeitgeber nicht zu“;

3. seitens der konservativen Kommissionsmitglieder: „hinter § 610 folgenden § 610a anzuschließen: „Dienstverpflichtete unter 18 Jahren sind der staatlichen Justiz des Dienstberechtigten unterworfen, wenn sie in die händliche Gemeinschaft des Dienstberechtigten aufgenommen sind. Eine Züchtigung der zur Dienstleistung verpflichteten Personen, welche das 16. Lebensjahr vollendet haben, steht dem Dienstberechtigten nicht zu“ (Druck. 51 der Reichstagskommission).

In der Debatte wurde auf die oben erwähnte Entscheidung des Reichsgerichts hingewiesen, aber allseitig anerkannt. Daß auch dieses mittelbare Züchtigungsrecht beseitigt werden soll, das belegen auch die Anträge zu 2 und 3, eventualmöge die Revisionskommission eine dies ausdehnende gegen den Anträgen geben. Bei der Abstimmung wurde der oben zu 2 mitgeteilte Antrag abgelehnt, der zu 1 erwählte angenommen. Nachdem später die Anträge auf Streichung des Artikels 95 des Einführungsgesetzes abgelehnt waren, beantragte die Revisionskommission einige Tage später, den angenommenen § 610a von dort zu entfernen und in der jetzigen Fassung als Absatz 3 des Artikels 95 zu ge-

halten, da ja ein mittelbares oder unmittelbares Züchtigungsrecht nur auf dem Gebiet des Gefindebereichs bestesse. Dem gegenüber wurde betont, daß ja auch bei Seelenleuten gegenüber auf Grund von Bestimmungen der Seemannsordnung Schlüge als „berechtigte Aufseherungen“ von einem Gericht angesetzt, also auch hier unmittelbares Züchtigungsrecht konstruiert sei. Dem wurde erwidert, daß eine Revision der Seemannsordnung bald zu erwarten sei und es fraglich sei, ob ohne ausdrückliche Bestimmung im bürgerlichen Gesetzbuch eine Specialbestimmung der Seemannsordnung getroffen würde. Der Widerspruch wurde hierauf zurückgezogen und die jetzige Fassung genehmigt. Bei der Beratung im Plenum des Reichstags wurde wiederholt (in den Sitzungen vom 22. und vom 30. Juni 1899, stenographische Berichte Seite 2806 und 2818) ohne Widerspruch betont, daß das direkte und indirekte Züchtigungsrecht durch das Einführungsgesetz gestrichen ist.

Die ausführlich verlebte Auslegung des Art. 95 durch den preussischen Polizeiminister gab wiederholt Veranlassung, im Reichstagsplenum, daß der preussische Minister in seinem Erlaß das Züchtigungsrecht verlege. Am 17. Januar 1899 interpellierte der Abgeordnete v. Dziembowski den Staatssekretär des Innern, am 22. Februar 1899 in den Staatssekretär des Reichsjustizamtes über den geschwundenen Erlaß. Kein Mitglied der Regierung, kein Mitglied des Reichstags unternahm den Versuch, die ministerielle Irrlehre zu vertheidigen.

Nach alledem ergibt Wortlaut, Zweck, Entstehungsgeschichte des Art. 95 des Einführungsgesetzes zum bürgerlichen Gesetzbuch klar, daß auch das „mittelbare“ Züchtigungsrecht der altpreussischen Gefinde-Ordnung seit dem 1. Januar 1900 beseitigt ist.

Damit ist freilich dem Interesse des Gefindes noch lange nicht genügt. Von einer wirklichen Beseitigung des Züchtigungsrechts kann man erst sprechen, wenn jede Thätigkeit und grobe Verleumdung (wie z. B. in Baden und Hessen) und wie gegenüber den gewerblichen Arbeitern) zum sofortigen Dienstausschritt berechtigt. Da die Gefindeordnungen des preussischen Staates solche Vorschriften nicht enthalten, so läßt sich nur raten, solchen Austrittsgrund ausdrücklich zu vereinbaren — ein Rat, der von Eltern und Vormündern zur Zeit eines Gefindemangels befolgt werden kann. Leider hat die „Dienstbotenbewegung“ in Berlin, die n. G. außerordentlich überhitzt wird, soviel mir bekannt, bislang nichts zur Verwirklichung dieses Rechts durch Koalierung gethan.

Berlin, Januar 1902. Arthur Stadthagen.

Ein letztes Wort der Entgegnung.

Die Erwiderung des Herrn Georg Bernbard in Nr. 13 des „Vorwärts“ zwingt mich, nochmals auf seine Antikritik zurückzukommen, so ungern ich auch den Namen des „Vorwärts“ für derartige Polemiken in Anspruch nehme.

Auf Bernbards Einleitung zu antworten, verzichte ich; bemerkten will ich aber, daß, wenn er es „empfindet“, findet, daß ich Calwers Ausführungen über Zollfragen für nicht minder sonderbar halte als die des Professors Mühlau, ich — und derselben Ansicht dürften noch manche andere Genossen sein — es noch weit empfindlicher finde, wenn ein Genosse in exponierter Stellung zu derselben Zeit, wo meine Partei in Preußen und Versammlungen mit Aufbietung aller Kraft gegen den Zollwucher kämpft, mit einer Schrift hervortritt, in der er sich die Argumente der Hochschulzöllner aneignet und dadurch der gegenwärtigen Presse die willkommenen Gelegenheiten zu Anzuspinnungen und Verdächtigungen bietet.

Kann zur Sache selbst: I. Bernbard bestreitet, daß er mich hat sagen lassen, nach Calwers Ansicht würde „stets“ der Zoll vom Ausland getragen. Zum Beweise genügt es, folgenden Satz Bernbards zu wiederholen:

„Was zunächst den ersten Teil dieses Gedankenganges betrifft, so glaubt Calwer selbstverständlich nicht, daß stets jeder Zoll vom Auslande getragen wird. Er hat nicht annehmen können, daß irgend ein Kritiker ihn für solchen Ignoranten halten will — ich sage absichtlich nicht: kann. Nachdem er jedoch aus der Unwohlsein kritisiert eines Besten belehrt worden ist, hat...“

Bovon soll dem Genosse Calwer durch meine Kritik belehrt worden sein? Doch nur davon, daß ich ihn unterstellt hätte, es würde „stets“ jeder Zoll vom Auslande getragen. Daß nun, nachdem Bernbard auch nicht einen einzigen Satz aus meiner Kritik für seine Unterstellung beibringen vermag, er den Wadung antritt, finde ich ganz begrifflich, weniger begrifflich aber, daß er sich einfach auf das Abstreiten verlegt, obgleich ein Blick auf seine Antikritik zum Beweise des Gegenteils genügt.

Auch, daß ich an entscheidender Stelle Calwers eignen Ausdruck „in der Regel“ gebraucht, vermag Bernbard nicht zu leugnen; aber, meint er, an einer anderen Stelle spräche ich doch von „regelmäßiger“ Bezahlung des Jolles durch das Ausland. Das ist richtig. Nur muß ich gestehen, bisher habe ich die Wörter „regelmäßig“ und „stets“ nicht identisch gehalten, sondern für „regelmäßig“ das gehalten, was der Regel entspricht. Inwiefern gebraucht Calwer selbst nicht überall die Einschüblung „in der Regel“, sondern sagt in dem zweiten von mir angeführten Beispiele ganz allgemein: „Wie aus dem früher Gesagten hervorgeht, zahlt aber bei industriellen Waren den Zoll heutzutage das einflussreiche Ausland...“

II. Ebenfalls wenig vermag Bernbard einen einzigen Satz beizubringen, in dem ich Calwer sagen lasse, es würde „nur mit Verleumdung“ exportiert. An der Stelle, die Bernbard anführt, spreche ich lediglich von den andauernden und regelmäßigen Verleumdungen — einer Exportfirma. Bernbard verlegt anscheinend unter dem Export einer Firma den Gesamtexport; für diese Verwechselung bin aber nicht ich verantwortlich.

III. Bernbard behauptet, daß Calwer gar nicht daran denkt, daß wir bei unserem Export nach Amerika den Zoll in „voller Höhe“ bezahlen. Rog sein, daß Genosse Calwer das nicht denkt. Darum handelt es sich jedoch gar nicht, sondern lediglich darum, was Calwer sagt hat. In dieser Hinsicht aber steht fest, daß er, wie die Citate in Nr. 8 zeigen, einmal von einer Zahlung des Jolles „fast in seiner ganzen Höhe“ durch das Exportland, und das andre Mal einfach von einer Bezahlung des Jolles auf industrielle Waren durch das einflussreiche Ausland spricht.

Wenn Bernbard weiter auf Calwers-Schrift über „die Reichsbegünstigung der Vereinigten Staaten“ hinweist, so vergißt er hinzu-zufügen, daß dieses Buch erst nach Veröffentlichung meiner Kritik der Calwerschen Polemiken über den „Wachstums“ erschienen ist. Die Gabe, vorauszuwissen, was in Wächem stehen wird, die erst geschrieben oder gedruckt werden, bestreite ich nicht.

IV. Ferner bestreitet Bernbard, daß bei Calwer etwas davon stehe, der Zoll, den die Vereinigten Staaten von dem deutschen Export nach dort erheben, würde „von deutscher Seite bezahlt“ — das sei nur zu eine Erfindung. Demgegenüber sei nochmals festzustellen, was Calwer sagt:

„Von den circa 300 Millionen Mark Zollsummen, die in den Vereinigten Staaten im Jahre 1898 auf 1899 eingingen, wurden aus der deutschen Einfuhr circa 200-250 Millionen, also annähernd 2/3, bereit, aufgebracht. Wie aus dem früher Gesagten hervorgeht, zahlt aber bei industriellen Waren der Zoll heutzutage das einflussreiche Ausland...“

Also von der deutschen Einfuhr werden in Amerika 200 bis 250 Millionen Mark Zoll erhoben. Diesen Zoll aber trägt, wie Calwer bestimmt, das einflussreiche Ausland. Wer ist nun aber dieses „Aussland“, das die deutschen Waren einführt, doch wohl Deutschland. Sollte aber Bernbard den Nachdruck darauf legen, daß Calwer nur von „industriellen Waren“ spricht, so möchte ich ihn ersuchen, sich anzusehen, was wir in den letzten Jahren nach Amerika eingeführt haben, und von wem wir uns

**Das beliebteste aller Hustenmittel**

ausführlicher dort vornehmlich Zoll erhoben wird, und er wird finden, daß tatsächlich fast ausschließlich Textilfabrikate aller Art, Metallwaren, Zucker, Lederwaren, Spielzeug, Porzellan- und Glaswaren, feine Papierwaren, Kunstleder- und Guttaperchawaren, chemische Fabrikate etc. in Betracht kommen. Was Deutschland an Rohstoffen nach den Vereinigten Staaten ausführt, ist völlig unbedeutend und trägt zu der Zollsumme von 200 bis 250 Millionen so gut wie nichts bei.

Ueber „Feinfähigkeit“ mit Bernhard zu diskutieren, lehne ich ab. Es ist eine allbekannte Sache, daß, wenn in einer Polemik der einen Seite die sachlichen Gründe ausgehen, sie oft anfängt, auf der anderen Seite Mangel an irgend einem Gefühl zu entdecken: an Takt, Feinsinn, Verantwortlichkeit, Rationalgefühl usw. **Heinrich Cunio.**

**Schriften-Eingang.**

**H. Hüger, Militär-Rechtspflege, altentwähige Darstellung.** Berlin, Verlag G. Wollmer, 114 Seiten.

**Der Socialismus zum Liberalismus.** Wandlungen der Nationalsozialen. Von Paul Göhre. Berlin, Verlag der „Socialistischen Monatshefte“.

**Unter den Dozenten der „Freien Hochschule“** hält der Ingenieur Leo Wöber vom 22. d. Mts. ab jeden Mittwoch eine Reihe von Vorträgen über internationale Ergebnisse der Wissenschaft, so über „Energie und Leben“, „Elektrische Schweißbahnen“, „Telegraphie ohne Draht“ usw. Die Vorträge finden abends von 9-10 im Schulminneum, Stallschreiberstr. 54, statt. Anmeldungen werden in verschiedenen Buchhandlungen, sowie auch bei der Leitung der „Freien Hochschule“, Kreuzbergstr. 50, entgegen genommen.

**Der Socialismus in der Schweiz.** Von Otto Lang in Zürich. Berlin, Verlag der „Socialistischen Monatshefte“.

**Nömischer Glaube und freie Wissenschaft.** Von Dr. Max Venz, Professor der Geschichte an der Universität Berlin. Berlin 1902, Hermann Walther Verlagbuchhandlung, Preis 0,50 M.

**Die Gelegenheitswaise zur Sicherung der Bauverordnungen.** Vorschläge zur Abänderung und Gehrenhaltung. Von Amtsgerichtsrat a. D. Fern. Schneider in Berlin. J. Wittenberg Verlag, Berlin.

**Immanuel Kant's Kritik der Urteilskraft.** Herausgegeben und mit einer Einleitung, sowie einem Personen- und Sachregister versehen von Dr. Karl Borlandt. Dritte Aufl. Leipzig 1902, Friedrich Buchhandlung (Philosophische Bibliothek, Band 39), Preis 3,50 M.

**Ethik und Volkswirtschaft in der Geschichte.** Weltanschauung, gehalten am 23. November 1901 von Dr. Hugo Brentano. München 1902 (Gust. Reinhardt, Verlagbuchhandlung). Preis 1 M.

**Das beliebteste aller Hustenmittel**

**Spizweggerichst-Bonbons.** Nur allein zu haben bei **Carl Giers.** Wiesenstraße 32, und **Otto Schulz,** Gaussestraße 84, vis-a-vis der Wiesenstraße.

**Herren Steppdecken**

**J. Kurzberg, Landsbergerstr. 13, part.**

**Vuelta-Abajo-Cigarren-**  
**P. Fleischner, Berlin W.**  
**2 Unter den Linden 2.**

**Was sind Ausschuss-Cigarren?**

Mit größter Sorgfalt werden beim Sortieren die annähernd gleichen Farben der Cigarren ausgewählt. Als Ausschuss werden folglich diejenigen abgeordnet, die in Farbe ungünstig abweichen. Solche Cigarren werden mindestens **1/2 billiger verkauft.** Die meisten Raucher beurteilen die Qualität der Cigarre lediglich nach dem Aussehen. **Dieser Standpunkt ist aber irrig,** da die Farbabweichungen des Deckblattes dadurch hervorgerufen werden, dass das Tabakblatt, wenn es nach einem Regen sofort von der tropischen Sonne beschienen, hierdurch gefleckt wird.

**So gefleckte Cigarren beeinträchtigen jedoch die Qualität durchaus nicht.** 90 Prozent der dunklen Cigarren sind nicht kräftig; und die der hellen nicht leicht, nur die Einlage und Geschmack sind entscheidend, so dass das Äußere absolut nichts sagen will. Ausschuss-Cigarren verkaufen nur in Düten von 10 Stück, unsortiert, diverse Normate, Farben- u. Tabakmischungen pro Düte zum Preise von 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90 Pf. 1., 1.20, 1.35, 1.50 u. 2. - Mk. Diese Ausschuss-Cigarren zu 60-65 Mk. entsprechen in Qualität meiner 100 Mk.-Cigarre reiner Farben; bei den höheren Preislagen ist der Unterschied noch grösser. Kenner, die mit Zunge und Nase den Tabak beurteilen, sollten gemischtem Ausschuss den Vorzug geben.

Um diese Preisermässigung auch bei importierten Cigarren zu erzielen, wies ich meine Havana-Vertreter an, für mich **Fehl-farben oder Ausschuss,** dort **Segundas** genannt, aufzukaufen. Ein Posten davon ist stets am Lager und offeriere ich hiervon verzollt pro Mille zum Preise von **80, 85, 95, 105, 110, 115, 125, 130, 135, 140, 160, 170, 185, 190, 195, 200 Mk.**

Da der Lagerbestand permanent wechselt, und ich nur solche Posten bekomme, wie selbe von Fall zu Fall erhältlich sind, kann ich bestimmte Marken und Façons nicht angeben, doch sind es durchweg nur Fabrikate renommierter Firmen. All diese Havana-Cigarren sind mit dem Namen der Fabrik **Nur von 100 Stück Cigarren an, auch 10 mal 10 Stück zu verschiedenen Preisen mit 10 Prozent Rabatt und halbem Porto gegen Nachnahme oder Cassa. 500 Stück franko.**

Proben als Muster ohne Werth werden nicht versandt. Nichtkonveniente Cigarren werden auf Kosten des Bestellers gern umgetauscht, resp. der Betrag zurückerstattet.

**Havana-Cigaretten** (Reis-Papier arros & pectoral) **Ernte 1901.**

Bock u. Ca. Aguilla de Oro alle in Päckchen zu Corona Exquisitos 20 Stück **40 Pfg.** Henry Clay Julian Alvarez netto ab Lager Susini de Prudencio Rabell ohne 10% und ohne Pedro Marias Meridians Abszug von 1/2 Porto

**Havana-Importen** reine Farben **nicht segundas** - von Mk. 250 bis 3000 La Capitana - La Africana - La flor de cuba - La Espanola - La Intimidad - La flor de Inclin - La Rosa Aromatica - La Carolina - El Equador - Flor de A. F. Garcia - Aguila de Oro - Pedro Marias - H. Upmann y Ca. - Manuel Garcia Alonso - Henry Clay - Panoh etc. etc.

Direkt importierte frische und echte **Rio de Janeiro Mais-Cigaretten,** feinsten Brasil-Tabak (Langschmitten), 2 Qualitäten, Quadrados & Esmaçados, Päckchen 20 Stück 60 Pfg. netto ab Lager ohne 10% und ohne Abzug von 1/2 Porto.

**Versand:** Proben als Muster ohne Werth werden nicht versandt. Nichtkonveniente Cigarren werden auf Kosten des Bestellers gern umgetauscht, resp. der Betrag zurückerstattet.

**Gesundheit ist Reichtum!**  
**Dampf- und Heissluft-Bäder**

wirkungsvolles, erfolgreichstes und billiges Mittel gegen Erkältung, Gicht und Rheumatismus. Lieferung an sämtliche Krankenhäuser. 3192L.

**Bad Frankfurt** | **Ritter-Bad**

136 Gr. Frankfurterstr. 136 | 18. Ritter-Strasse 18.

**Specialität:** Russ. bzw. Dampfbaden-, Röm. bzw. Heissluft-, Lohtannin-, Sool- und Schwefelbäder täglich für Damen und Herren.

**Schlafmöbel-Bazar „Baby“**

Invalidenstr. 100 | Beusselstr. 18  
Selle-Allianzstr. 107 | Louisenstr. 71  
Reinoldenbörgerstr. 20 | Oranienstr. 3a  
Frankfurterstr. 115 | Brunnenstr. 92

**Teilzahlung** gestattet. Bei größeren Käufen Kassapreise. Lieferant des Post-Spar- und Vorspar-Bereichs.

**Betten und Metallbettstellen** für Kinder und Erwachsene.

**Metzners Korbwaren-Fabrik.**

Berlin, Andreadstraße 28.  
II. Geschäft: Brunnenstr. 95  
III. Geschäft: Beusselstr. 67.  
IV. Geschäft: Leipzigerstr. 51/53  
V. Geschäft: Stralauerstr. 19

Puppenwagen, Leiterwagen, Sportwagen, Kinderstühle.

**Kinderrwagen, Grösstes Lager**  
**Kinderrbettstellen. Berlins.**

1000 Mark Belohnung zahle ich jedem, der mir in Berlin ein größeres Spezialgeschäft in der Branche als das meinige nachweist. Diese Belohnung biete ich schon seit 15 Jahren an und ist meine Konkurrenz gar nicht in der Lage, diese 1000 M. zu verdienen.

**Roh-Tabak**

3198U\*) Max Jacoby, Streifergstr. 52

**Polyphon Musikwerke**

Selbstspielende u. zum Drehen mit auswechselbaren Metall-Notenschälben zum Preise v. 20 M. aufwärts gegen Monatsraten v. 2 M. an.

**Phonographen Gramophone**

erstklassige, tadellos funktionierende Apparate mit Wachswalzen u. Hartgummiplatten zum Preise v. 20 M. aufwärts gegen Monatsraten v. 2 M. an.

**Phologr. Apparate** aller Systeme sowie sämtl. Zubehör u. Bestandteile **Nur erstklassige Fabrikate gegen mässige Monatsraten.** **Illustr. Spezialkataloge über jeden Artikel gratis u. franco.**

**BIAL & FREUND** in Breslau II.



**J. Baer,** BERLIN N. (31849) 26, Badstraße 26, Ecke Prinzen-Allee, u. 37 Schlemannstrasse 37 empfiehlt, wie bekannt, in reicher Ausführung und streng festen Preisen: **Herren- u. Knaben-Garderobe.** Arbeitssachen. **Grosses Stofflager** zur Anfertigung nach Mass.

**Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik** von **A. Schulz, Reichenbergerstr. 5,** empfiehlt Einrichtungen von 250 bis 10000 M. 3191Q\* Auerkannt gediegene Arbeit, billige Preise, constanteste Zahlungsbedingungen

**Umsonst** versende meinen großen **Bruchkatalog** mit diesen **Reu-Solinger Stahlwaren,** Gold- u. Silberwaren, Kanthalgeräthe etc. etc. **14 Tage zur Probe!** **5 Jahre Garantie** verk. 1 Rasiermesser Nr. 27, fein hochl. incl. Scheide 1,50 M. Nr. 29, extra hochl. 2 M. Nr. 33 ff. hochl. 2,50 M. Sicherheit. D.R.G.M. (Verlegung unanständig) 3 M. Richtige fallendes Betrag zurück. **Emil Jansen, Fabrik-Versandhaus Wald-Solingen 24.**

**Gardinenhand** **Beruhard Schwarz**

**Goldene u. Silberne Medaille Paris 1900.** **Einem Weltreij** hat seit Jahren **Georg Pohl's** Appell-Kräuter-Magen-Bitter-Liquor **Lebensretter!** Derselbe ist ein vorzügliches, wohlschmeckendes u. kräftigendes, diätetisches Genusmittel, für jung u. alt, Gelunbe und Kranke. Bestens empfohlen bei Magenbeschwerden. Täglich ein Probier- und anerkannt. 1/2 Fl. 1,50 M., bei 6 Flaschen die 7. Fl. gratis. Nur bei **Georg Pohl, Droguerie, Berlin N., Brunnenstr. 157**

**Teppiche**

Bruchstücke 3, 7, 6, 10, 20 bis 500 M. Gardinen, Portieren, Wädelstoffe, Steppdecken etc. **billigst im Spezialhaus** **Emil Lefevre, Berlin-Oranienstr. 158,** **Bruch-Katalog** mit ca. 450 Illustrationen gratis und franco.

**Max Brinner** Jerusalemstr. 42 Brunnenstr. 6. **Wunderschöne** Kinderrwagen, Kinderrbettstellen, auch Fabrikat, billig. Teilzahlung gestattet.

**Chronisch Kranke,** besonders Haut-, Harn-, Nieren-, Geschlechts-, Lungen-, Hals-, Herz-, Magen-, Leber-, Darm-, Blut-, Nerven- u. Frauenleiden, Blutmangel, Bleichsucht, Gicht u. Rheumatismus werden mit gutem Erfolge behandelt in **3118L\* Remedes Naturheilanstalt „Drachenkopf“ Eberswalde b. Berlin.** Während der Wintermonate **sehr billige Preise.** Centralheizung. Aerztl. Leitung. Prospekt u. Heilberichte gratis durch die Direktion.

**Agentur und Kommission** 3194Q\*) **Vogel von Roh-Tabak.** **Hermann Herholz, Berlin, Brunnenstr. 188.**

**Roh-Tabak.** Grösste Auswahl. - Billigste Preise. **J. Wienert Nachf. L. Lehmann** 23 Rosenthalerstr. 23. \*

**Roh-Tabak.** Grösste Auswahl. - Billigste Preise. **J. Wienert Nachf. L. Lehmann** 23 Rosenthalerstr. 23. \*

**Roh-Tabak,** sämtliche Utensilien zur **Cigarren-Fabrikation** offeriert in der grössten Auswahl zu den billigsten Preisen **W. Hermann Müller, 22 Alexanderstr. 22.**

**Blutarme, Schwache California-Blutwein** trinken mit grösstem Erfolg **Kraft-Rotwein** natürliches Stärkungsmittel von köstlichem Geschmack. **Kräftigt Körper und Geist. 3221Q\*** Schafft Mut und Kraft. 1/2 Flasche 2 M., 1/4 Flasche 1,25 M.

**Husten, Heiserkeit, Reicheit röhmlisch bekannte Bonbon-Pectoral** von großer Wirkung, wirken sicher lindern und beruhigend, wohlschmeckend für **Tunze und Hals** 1 Pfund 1,20 M., 1/2 Pfund 30 Pf

**Kendhusten** wird sofort gelindert, die Hustenanfälle werden bedeutend schwächer und seltener und die Dauer des Hustens wesentlich verkürzt durch den unerschöpflich wirkenden **Schwarzen Johannisbeerjast** 1/2 Flasche 50 Pf. und 1 - Mark. **Berlin SO., Otto Reichel, Offenbachstr. 4.**

**Herren Steppdecken** **J. Kurzberg, Landsbergerstr. 13, part.**

**Honig!** Unverfälscht, deutschen Bienenhonig, beste Qualität, verk. 9 Pfd. netto zu 6,50 M., 6 Pfd. 4 M. franco Nachh. Garant. Rückh. **E. Reil, Nordloh, Bahnhof Auguststr. Eidenbg.**

**Goldene u. silberne Medaille Paris 1900.** **Bei Hosten, Asthma, Angenleiden, Bronchialkatarrh, Kleinnot, Heiserkeit, Keuchhusten, Brustschmerzen, Rehflopfleiden, Krampfen in Hals, Nuchtschweiss, Zukunzung, Erschlaffung und Schlaflosigkeit ist die Heilkräft von **Pohl's Brombeersaft** für Erwachsene und Kinder erprobt; a. Flasche 1 Mark, bei 6 Flaschen die 7. gratis. **Pohl's Brombeerbbonbons** wohlschmeckend u. sehr einwirkend 1/2, Pfd. 30 Pf. **Georg Pohl, Droguerie, Berlin, Brunnenstr. 157.****

**Teilzahlung** monatlich 10 M. liefert elegante **Herren-Garderobe** nach Maß, auch bar Stoffe allerbilligste Preise. **Herr Garderobe stets vorräthig.** Schneidermeister, **Tomporowski, Neanderstr. 16. II.**

**36 Mf. elegante Winter-Paletots**  
**30 Mf. hochfeine Herren-Anzüge.**  
**12 Mf. schwere Winter-Beinkleider.** Anfertigung nur nach Maß. **Guter Stoff, labelloser Sitz. (3177L\*)** **14 Krausenstr. 14, 1 Tr., kein Laden, 1 Tr.**

**UNVERGLEICHLICH** **GUSTAV LUSTIG** echt chinesische MANDARIN-MONOPOLDÄNEN **erfekt gefärbt das Pfd. M. 2,85.** Douane, wie alle inländischen garantiert neu, 3-4 Pfd. in großen Eberbett angedreht. Bitte Wankerkennungen. **Verpackung unanständig.** **Verband nur allein von den ersten Seifeherstellern in der Welt. Vertrieb** **GUSTAV LUSTIG, BERLIN S. PRINZENSTR. 45.**

**Blütenhonig,** garantiert reiner Bienenhonig, 10 Pfd. **Raffinade-Honig,** 10 Pfd. **Dr. Schünemann,** Spezialist für Haut-, Harn- und Frauenleiden. **Seidelstr. 9.** **Druckstunden: 1/2, 1/2, 1/2, 1/2.**

**Künstliche Zähne** ohne Wurzel-Einführung! **Garantiert** **schmerzlos!** Zahn-u. Wurzel-Operat., **Plomben etc.** **Teilzahlung** **Woch 1 Mark.** **Bruno Steffen, Neanderstr. 21**